

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans-Adolf Jacobsen
Zur Lage der Nation:
Deutschland im Mai 1945

Albrecht Tyrell
Die deutschlandpolitischen
Hauptziele der Siegermächte
im Zweiten Weltkrieg

Roland Schmidt
Nationalsozialismus —
ein deutscher Faschismus?

ISSN 0479-611 X

B 13/85
30. März 1985

Hans-Adolf Jacobsen, Dr. phil., o. Prof. und Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, geb. 1925.

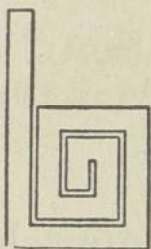
Veröffentlichungen u. a.: Zahlreiche Studien und Dokumentationen zur Geschichte des 3. Reiches und des 2. Weltkrieges (1956—1985); Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919—1970, 1970; Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 2 Bde, 1973/78; Von der Strategie der Gewalt zur Politik der Friedenssicherung, 1977; Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939—1945, 1978; Karl Haushofer. Leben und Werk, 2 Bde, 1979; Bundesrepublik Deutschland und Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen (Mithrsg.), 1979; Nationalsozialistische Diktatur 1933—1945. Eine Bilanz (Mithrsg.), 1983; Contemporary Germany (Mithrsg.), 1984; „Spiegelbild einer Verschwörung“, 2 Bde, 1984.

Albrecht Tyrell, Dr. phil., geb. 1941; 1974—1980 Hilfsreferent im Gesamtdeutschen Institut, Bonn; seit 1980 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Führer befiehl... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP, Düsseldorf 1969; Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975; (Hrsg. zus. mit K. D. Bracher und H.-A. Jacobsen) Bibliographie zur Politik in Theorie und Praxis. Vollst. Neubearbeitung, Düsseldorf 1982; Voraussetzungen und Strukturelemente des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: F. Ronneberger u. a., Politische Herrschaft und politische Ordnung, Mainz 1983, S. 137—204; Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941—1945, Frankfurt a. M. 1985 (im Erscheinen).

Roland Schmidt, M. A., geb. 1955; Studium der Politischen Wissenschaft, Germanistik und Soziologie an der Universität Bonn; Doktorand der Politischen Wissenschaft.

Veröffentlichung: Zur alternativen Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/83.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch,
Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zur Lage der Nation: Deutschland im Mai 1945

I. Einleitung

Zu Beginn des Jahres 1985 hat in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland eine lebhaft, kontroverse Debatte eingesetzt, in der nicht nur die Frage nach der Bedeutung des 8. Mai 1945 für die Deutschen im Mittelpunkt stand, sondern auch das Problem, wie ein solcher „sperriger Gedenktag“ (DIE ZEIT) 40 Jahre danach am würdigsten begangen werden könnte. Rundfunk- und Fernsehsendungen waren und werden diesem Datum gewidmet, desgleichen Kommentare und Sonderartikel in Tages- und Wochenzeitungen. DIE ZEIT ließ eine Reihe prominenter Wissenschaftler¹⁾ und Publizisten aus verschiedenen Ländern zu Worte kommen, um die politisch-militärisch-geistige Situation dieses Epochenjahres analysieren und bewerten zu lassen¹⁾. Unterdessen hatten osteuropäische Staaten in unterschiedlicher Lautstärke eine Propagandakampagne eröffnet, um den „alten“ wie „neuen Revanchismus“ der Deutschen in der Bundesrepublik anzuprangern und vor jenen Gefahren zu warnen, die wiederum den Frieden auf dem Kontinent gefährden könnten²⁾.

Diese Vergleiche und zahlreiche Vorschläge zur Gestaltung des 8. Mai 1985 in der Bundesrepublik sind — unabhängig von den z. T. andersgearteten Vorstellungen bei den ehemaligen Siegermächten, dieses Tages zu gedenken

— ein Beweis mehr dafür, wie eng nach wie vor unsere Gegenwart, d. h. das Schicksal der beiden deutschen Staaten, mit der unheilvollsten Epoche der deutschen Geschichte verbunden ist und bleibt. Während die einen, mit überaus berechtigten Gründen, zu einem „*Tag der Besinnung*“ aufrufen, bei dem an den Verlust der Freiheit 1933 und den Beginn des Krieges 1939 mit all seinen Folgen erinnert werden müßte, betonen andere besonders den *Befreiungscharakter* dieser Zäsur; dies jedoch mit dem gewichtigen Hinweis, daß nach 1945 nur in einem Teil Deutschlands eine freiheitliche Ordnung verwirklicht worden sei. Es gibt aber auch Stimmen, die das offensichtliche Ende des deutschen Nationalstaates in seinen Grenzen von 1937 beklagen und das Deutsche Reich nach wie vor als eine offene Größe betrachten, die also das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Einig sind sich jedoch die meisten in der Auffassung, daß mit dem Jahr 1945 der *Chance des demokratischen Neuanfangs* in der Bundesrepublik Deutschland zu gedenken sei, die sinnvoll genutzt wurde und dazu beigetragen hat, Europa vierzig Jahre friedlichen Wandels zu beschern³⁾.

Was aber bedeutet der Mai 1945 für die Deutschen und Deutschland wirklich? Lassen sich heute gesichertere Aussagen über die historische Einordnung dieses Ereignisses und damit des Epochencharakters machen? Zur Klärung dieser Frage bedarf es als erstes einer *Darstellung der unterschiedlichen Erfahrungsebenen*. Dabei sind subjektives Erleben und Empfinden von dem Versuch einer objektiven historischen Gesamtbewertung zu unterscheiden. Wie immer der einzelne das Jahr 1945 auch heute im Rückblick — verklärt oder nicht — in seiner Erinnerung bewahrt haben mag: jeder hat die Tage des Umbruchs damals anders erlebt, je nachdem, ob er zu den Unterdrückern oder Unterdrückten, zur Heimat oder zur kämpfenden Front in Uniform gezählt hat, ob er zu Wasser, in der Luft oder im Heer gefordert war oder aber, ob er

¹⁾ Vgl. DIE ZEIT v. 28. 12. 1984 (T. Sommer); 18. 1. 1985 (Hofmann); 1. 2. 1985 (Mayer); 8. 2. 1985 (Friedländer); 15. 2. 1985 (G. Mann); 22. 2. 1985 (M. Howard); 1. 3. 1985 (A. Grosser). Ferner: NZZ v. 3./4. 2. 1985: Deutsche Vergangenheit im Fokus der Gegenwart; Die Welt v. 22. 1. 1985 („Der 8. Mai und das Ausland“); Kremp: „Agitation zum Jahrestag“; SWF v. 16. 1. 1985 zum Jahrestag der Kapitulation am 8. Mai 1985 („Meinung gegen Meinung“); Frankf. Rundschau v. 25. 1. 1985 („Erinnerung — das Geheimnis der Versöhnung“ v. D. Cornelsen).

²⁾ Vgl. P. J. Winters, Eine Gelegenheit zur Agitation. Wie der 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai in der DDR gefeiert wird, in: FAZ v. 19. 1. 1985. Aus der sowjetischen Presse pp (exemplarisch): TASS v. 28. 1. 1985 („Die Revanchisten spielen va banque“); v. 28. 2. 1985: K. Tschernenko an amerikanische Veteranen des 2. Weltkrieges; Polen: Radio Polonia v. 26. 1. 1985 („Für die Revisionisten ist das Jubiläumsjahr des Sieges. Anlaß zur Betrübniß“).

³⁾ Vgl. Anm. 1.

die Ereignisse im Osten bzw. im Westen miterlebt hat. Erst wenn diese Unterschiede geklärt worden sind, kann Bilanz gezogen und

die Wendemarke von 1945 in ihrer Bedeutung für Deutschland und die Deutschen besser beurteilt werden.

II. Land und Leute: Trümmerfeld und Auflösungsprozesse

Deutschland bot im Mai 1945 ein gespenstisches Bild des Todes. Städte lagen in Trümmern, Dörfer waren ausgebrannt, fast fünf Millionen Wohnungen waren entweder ganz oder teilweise zerstört. Infolge der systematischen Bombenteppichabwürfe der anglo-amerikanischen Luftwaffe auf die wichtigsten Verschiebebahnhöfe, Knotenpunkte und Brücken war das Verkehrswesen fast völlig zusammengebrochen. Die Wagenzahl der Reichsbahn war auf ein Fünftel ihres Bestandes von 1944 zusammengeschrumpft; dies reichte nicht einmal aus, den eigenen Bedarf an Kohletransporten zu decken. Am 23. Januar 1945 war der öffentliche Schnell- und Eilzugverkehr eingestellt worden. Es gab keine Eisenbahnbrücken mehr über Rhein und Weser, insgesamt waren 2 395 Brücken ausgefallen, fast alle Wasserwege lagen still, Post- und Fernmeldewesen standen vor dem Zusammenbruch; seit Januar 1945 war für den allgemeinen Verkehr nur noch die gewöhnliche Postkarte zugelassen. Plünderungen, Schwarzmarkt und Prostitution waren weitere Symptome für den unaufhaltsamen Auflösungsprozeß⁴⁾.

Die Wirtschaft des Reiches war zerschlagen. Im Frühjahr 1945 konnten nur noch 4% der früheren Steinkohlenmenge gefördert werden, die Kraftstoffproduktion aus den Hydrierwerken war auf 5% zurückgegangen. Die Kapazitäten der Stahlwerke im Ruhrgebiet waren zu drei Vierteln und die öffentlichen Elektrizitätswerke zu über 50% vernichtet. Die Verbrauchsgüterproduktion je Kopf der

Zivilbevölkerung hatten die Verantwortlichen auf 10 bis 15% des Vorkriegsstandes gedrosselt⁵⁾.

Die zur Verfügung stehenden Nahrungsmittelrationen lagen längst unter dem „Erhaltungsminimum“, so daß den Leitern der Gau-Ämter für Volksgesundheit der NSDAP am 5. April 1945 empfohlen wurde, zu wichtigen neueren Nahrungsmitteln überzugehen, darunter Raps, Leinsamen, Kastanien, Eicheln („werden zweckmäßig geröstet und dann als Getränk benutzt“), Runkelrüben, Klee und Luzerne, Wurzeln und Pilze; die Vitaminversorgung könne durch „Aufbrührung von Kiefer- und Fichtennadeln Jungtrieben“ verbessert werden. Im übrigen konnten Medikamente und Kleidung nur noch unter der Hand erstanden werden⁶⁾.

4,2 Millionen tote Soldaten aller Wehrmachtsteile deckten die Schlachtfelder Europas und Afrikas; mehr als 600 000 Zivilisten waren Opfer des Bombenterrors geworden, während sich die Zahl der Toten und Ermordeten auf über sechs Millionen belief. Fast 1 000 Baudenkmäler und Kulturstätten, darunter 620 von Weltrang, waren in Schutt und Asche versunken, und von den 70 Millionen Büchern deutscher Archive und Bibliotheken waren zwei Drittel in Flammen aufgegangen⁷⁾.

Auf den Straßen und Wegen aber, in den Städten und Dörfern, irrte ein nicht endenwollender Strom von Menschen, Tieren und Fahrzeugen. Über 13 Millionen ausgebombter Menschen hatten auf dem Land Zuflucht gesucht oder waren dorthin evakuiert worden. Sieben Millionen Fremdarbeiter und alliierte Kriegsgefangene durchzogen Deutschland⁸⁾.

⁴⁾ Zur Lage in Deutschland: K. Bergmann/G. Schneider (Hrsg.), 1945. Ein Lesebuch, Hannover 1985; E. Kuby, Das Ende des Schreckens. Dokumente des Unterganges, München 1957², Neuaufgabe 1984; H. Michaelis u. a. (Hrsg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. XXII (Das Dritte Reich. Der Angriff auf die deutschen Grenzen), Berlin o. J.; Bd. XXIII (Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Dritten Reiches), S. 37 ff. (u. ö.), Berlin o. J.; M. Overesch, Das Dritte Reich 1939—1945, Düsseldorf 1983 (Droste Geschichts-Kalendarium. Chronik deutscher Zeitgeschichte, Bd. 2/II); W. F. Werner, „Bleib übrig.“ Deutsche Arbeiter in der NS-Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983, S. 329 ff.

⁵⁾ Vgl. E. Kuby (Anm. 4), S. 88 ff.

⁶⁾ Ebd.

⁷⁾ Vgl. u. a. Th. Schieder, Europa im Zeitalter der Weltmächte. Handbuch der Europäischen Geschichte, Bd. 7, Stuttgart 1979, S. 1 ff., S. 11 ff. (und die dort angegebene Literatur).

⁸⁾ Vgl. Anm. 4; außerdem W. Paul, Der Endkampf um Deutschland 1945, Esslingen-München 1985³; H. D. Arntz, Kriegsende 1944/45. Zwischen Ardennen und Rhein, Euskirchen 1984; W. Wolf, Luftangriffe auf die deutsche Industrie 1942—1945, München 1985.

Das „Dritte Reich“, einst als Höhepunkt der deutschen Geschichte apostrophiert, glich einem riesigen Scherbenhaufen. Wer vermöchte zu schildern, von welchen Gedanken beseelt, von welchen Erfahrungen aufgewühlt oder von welchen Hoffnungen getragen die Überlebenden das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt haben? Wie sie den *Zusammenbruch der staatlichen Ordnung* und den *Verfall traditioneller Werte* empfunden haben? Wer hatte angesichts der Toten und der Zerstörung, der alltäglichen Sorgen und Nöte überhaupt Kraft, darüber nachzudenken, was nach all dem Vergangenen Gegenwart und Zukunft bringen würde? Wer stellte in diesem Augenblick schon ernsthafte Fragen, die doch kaum jemand beantworten konnte? Wer war fähig, sorgfältig sein Gewissen zu prüfen, wieweit er selbst für all das Grauenhafte mitverantwortlich war? Und wer vermochte einzusehen, daß Wahrheit geworden war, was biblisch mit dem Satz ausgedrückt worden ist: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“?⁹⁾

Die meisten der hart gezeichneten deutschen Männer und Frauen hatten schon längst den Glauben an den Sieg verloren. Nach einem der letzten SD-Berichte, in dem ein erstaunlich ungeschminktes Bild von der Stimmung der Bevölkerung Ende März 1945 gezeichnet wurde, war der bis dahin noch „bewahrte Hoffnungsfunkel“ des Volkes ausgelöscht. Viele seien überzeugt, daß Deutschland an der Niederlage selbst schuld sei. Seit dem Sturm der Sowjetarmeen und der alliierten Truppen auf das Reich wußten sie, daß Deutschland „vor der *größten nationalen Katastrophe mit schwersten Auswirkungen für jede Familie und jeden einzelnen*“ stehen würde. In der Meldung hieß es weiter, daß das

Deutsche Volk, das in diesem Krieg „bis an die Grenze der physischen Leistungsfähigkeit gekämpft und gearbeitet“ habe, „Treue, Geduld und Opferbereitschaft“ in einem Umfange bewiesen hätte, wie kein anderes. Zwar habe es in den letzten Jahren „alles auf sich genommen“ und einen „Rest an Wundergläubigkeit“ bewahrt, die durch eine „geschickte Propaganda um die neuen Waffen zielbewußt genährt“ worden sei, aber jetzt sei es „müde und abgespannt“. Aus der „allgemeinen Hoffnungslosigkeit“ würden verschiedene Folgerungen gezogen. Die einen lebten nur noch für den Augenblick, für andere bedeutete der Selbstmord den einzigen Ausweg aus der zu erwartenden Katastrophe. Die „Nachfrage nach Gift, nach einer Pistole und sonstigen Mitteln, dem Leben ein Ende zu bereiten, sei überall groß“. Breite Schichten der Nation würden sich allerdings „von jeder Schuld für die Kriegsentwicklung freisprechen“, denn schließlich hätten sie ja keine Verantwortung für die Politik und Kriegführung gehabt; vielmehr hätten sie alles getan, „was die Führung seit Beginn des Krieges“ verlangt habe. Der *Arbeiter* habe alle Jahre nichts als „geschuftet“, der *Soldat* sein „Leben millionenfach in die Schanzen“ geschlagen, der *Beamte* seine Pflicht erfüllt und auch die *Frauen* in den Rüstungsbetrieben hätten ihr Bestes gegeben. Das Vertrauen zur Führung sei „in diesen Tagen lawinenartig“ abgerutscht. Im übrigen würde das „ganze Gerede der Presse von heroischem Widerstand, von der Stärke der deutschen Herzen“, von einem Aufstehen des Volkes, das ganze zu „leerer Phraseologie verbrauchte Pathos“, voller Verachtung und Hohn abgelehnt¹⁰⁾.

III. Die Nationalsozialisten: Zusammenbruch der Gewaltherrschaft und Götzendämmerung

Die *Partei- und Staatsführung* des NS-Deutschland aber meinte, auch jetzt noch mit drakonischen Maßnahmen das Chaos bändi-

gen oder abwehren zu können. Hierzu zählten absurde Durchhalteparolen, historische Filme („Kolberg“) als psychologische „Wunderwaffe“, realitätsfremde Richtlinien für die „siegreiche Fortführung des Kampfes“ bis zur „geschichtlichen Wende“, schändliche „Sühnemaßnahmen“ gegen „Pflichtvergessene und Ehrlose“, die Einrichtung von fliegenden Standgerichten und Hitlers Befehl der „ver-

⁹⁾ Zur geistigen Situation der Zeit: C. Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945—1955*, Bonn 1982, S. 37 ff. (Die *Zusammenbruchsgesellschaft*); M. Overesch, *Deutschland 1945—1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik*, Düsseldorf 1979. Vor allem: E. Jäckel, *Hitler und die Deutschen*, in: K. D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933—1945. Eine Bilanz*, Düsseldorf 1983, S. 706 ff.

¹⁰⁾ Vgl. H. Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 17, Herrsching 1984, S. 6734 ff.

brannten Erde" (19. März 1945), mit dem in Deutschland sämtliche Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen zerstört werden sollten. Als sich die SS-Leibstandarte in Ungarn nicht — wie erhofft — bewährte, befahl Hitler, ihr die „Ärmelstreifen" zu nehmen, um sie auf diese Weise zu bestrafen und in ihrem Stolz zu treffen¹¹⁾. Am 23. Januar 1945 hatte *Himmler* an die Reichsverteidigungskommissare der Ostgaue ein Fernschreiben gesandt, in dem er anordnete, daß alle Verwaltungsbehörden, vor allem Landräte, Bürgermeister und Regierungspräsidenten, „ihre Tätigkeit in feindbedrohtem Gebiet bis zum letzten Augenblick fortzusetzen und sich dann der kämpfenden Truppe anzuschließen" hätten. Gegen „Versager" sei sofort „scharf einzuschreiten"; sie seien ihres Amtes zu entheben und durch geeignete Männer zu ersetzen. Wenige Tage später wies der Reichsführer der SS darauf hin, daß die Leiter aller militärischen und zivilen Dienststellen unnachgiebig mit dem Tode bestraft würden, wenn sie ihren Platz „ohne Befehl" verlassen würden.

Die ersten abschreckenden Exempel statuierte *Himmler* am 30. Januar 1945, als er den früheren Standartenführer und Polizeipräsidenten von Bromberg, v. Salisch, „wegen Feigheit und Pflichtvergessenheit" degradierte und unverzüglich zu erschießen befahl; den Regierungspräsidenten von Bromberg, Kühn, und den Bürgermeister Ernst ließ er „ihrer Würden und Ämter" entkleiden und als Soldaten in ein Bewährungsbataillon abstellen. Vorher mußten beide jedoch noch der Exekution „des v. Salisch" beiwohnen¹²⁾.

Die *deutsche Bevölkerung im Westen* hatte jahrelang einen sich heftig steigernden Bombenterror erduldet. Für viele war der Einmarsch der Amerikaner, Briten und Franzosen daher nur das Ende eines furchtbaren Alpdruckes, mochten auch die letzten Auswirkungen des nationalsozialistischen Terrors immer noch Unruhe und Besorgnis auslösen. Ein Symptom dafür war die Ermordung des von den Alliierten eingesetzten Bürgermeisters von Aachen durch Angehörige des sogenannten „Werwolfes"; diese in den letzten Wochen des Krieges organisierte Bewe-

gung „nationalsozialistischer Freiheitskämpfer", eine Art Partisanentruppe, sollte, unterstützt von „revolutionären" Rundfunksendungen, hinter dem Rücken des Feindes den Kampf für „Freiheit und Ehre" fortsetzen. Dasselbe Schicksal war dem Polizeipräsidenten von Köln und dem Bürgermeister von Rheydt zgedacht¹³⁾.

Dieser Radikalismus, der im April und Mai 1945 auch im Norden und Süden Deutschlands noch so manches sinnlose Opfer gekostet hat, war die letzte Steigerung und Konsequenz einer totalen Kriegführung, die Hitler und Goebbels seit 1943 in maßloser Verblendung und mittels einer beispiellosen Lügenpropaganda verwirklicht hatten. Anfang *April 1945* wies Reichsleiter *Bormann* alle Parteiführer an, den Kampf mit den ins Reich eingedrungenen Gegnern überall mit „aller Unnachgiebigkeit und Unerbittlichkeit" zu führen; sie sollten „in ihrem Gau oder Kreis siegen oder fallen". „Ein Hundstößt, wer seinen vom Feind angegriffenen Gau ohne ausdrücklichen Befehl des Führers verläßt. Wer nicht bis zum letzten Atemzug kämpft, wird als Fahnenflüchtiger geächtet und behandelt."¹⁴⁾ Im übrigen war der Funk- und Nachrichtendienst zwischen den Behörden des Reiches, die sich seit dem Frühjahr 1945 nach Norden und Süden aus Berlin abgesetzt hatten, und der Parteiführung kaum noch gewährleistet. Mehr und mehr entwickelten sich örtliche und räumliche Sonderinteressen.

Die einstigen *Größen des Dritten Reiches* aber waren zu dieser Zeit längst nicht mehr in voller Einmütigkeit um ihren „Führer" geschart. Jeder von ihnen suchte einen Ausweg aus der Ausweglosigkeit oder beschuldigte den anderen, für den sich abzeichnenden Zusammenbruch des Systems verantwortlich zu sein. Goebbels wurde nicht müde, Reichsmarschall Göring die Schuld für den „Luftterror" zuzuschieben und Reichsaußenminister v. Ribbentrop vorzuwerfen, daß er nicht frühzeitiger, als Deutschland noch etwas in die Waagschale der Verhandlungen hätte hineinwerfen können, bei den Gegnern Waffenstillstandsbedingungen erkundet hätte. Zunehmend wurden auch immer härtere Anklagen gegen „Verräter" bzw. „Deserteure" erhoben

¹¹⁾ Vgl. H. Michaelis (Anm. 4); Joseph Goebbels Tagebücher 1945, Hamburg 1977, S. 404; P. Gosztony (Hrsg.), Der Kampf um Berlin 1945 in Augenzeugenberichten, München 1985²; H. Reim, Finale Berlin, Frankfurt 1980.

¹²⁾ Vgl. E. Kuby (Anm. 4), S. 36f.; H. Michaelis (Anm. 4), Bd. XXII, S. 3587ff.

¹³⁾ Vgl. Völkischer Beobachter v. 31. 3. 1945 (Franz Oppenhoff galt als „landesverräterisches Subjekt"); s. jedoch: Aachener Nachrichten v. 2. 8. 1945 (Oberbürgermeister Oppenhoff von drei Nazimeuchelmördern getötet); Goebbels Tgb. (Anm. 11), S. 438f.

¹⁴⁾ Vgl. H. Michaelis (Anm. 4).

und entsprechende Maßnahmen zur Einschüchterung und Abschreckung ergriffen¹⁵⁾.

Der Reichsführer SS *Heinrich Himmler* hatte — ähnlich wie Ribbentrop bei seinen Sondierungen in Stockholm — auf ein Sonderabkommen mit den Alliierten gehofft. Ingeheim mochte er dabei von der Möglichkeit geträumt haben, als neuer Kanzler des Reiches fortzusetzen, was Hitler begonnen hatte. Als letzterer allerdings von dessen Eigenmächtigkeiten erfuhr, stieß er ihn aus der Partei und allen Staatsämtern aus. Mit einer Zyankalikapfel machte Himmler am 23. Mai seinem Leben ein Ende¹⁶⁾.

Hermann Göring, der zweite Mann im Staate, war seit 1943 zunehmend in Ungnade gefallen, weil seine Luftwaffe nicht das geleistet hatte, was Hitler von ihr erwartet oder was er als Oberbefehlshaber großspurig versprochen hatte. Nachdem er am 23. April im Führerhauptquartier angefragt hatte, ob er infolge der „Handlungsunfähigkeit der Regierung“ in Berlin die Nachfolge „zum Wohle des Volkes und Vaterlandes“ antreten solle, enthob ihn Hitler all seiner Ämter und ließ ihn festsetzen. Am 9. Mai nahmen ihn Truppen der 7. US-Armee am Zeller See (Österreich) gefangen¹⁷⁾. Hier spielte er zunächst die Rolle des Berufssoldaten und lehnte jede Mitverantwortung für die große Politik und die Konzentrationslager ab. Bevor ihn die Siegermächte 1946 hängen konnten, beging er Selbstmord.

Robert Ley, Leiter der Deutschen Arbeitsfront, der noch im März behauptet hatte, die Krise im Westen sei nichts anderes als eine „Gesundungskur“, war fast zusammengebrochen. Dennoch raffte er sich noch einmal auf und versuchte, Hitler von Sinn und Erfolgchancen eines „Freikorps aus tapferen Parteigenossen“ zu überzeugen. Derartige Aushilfen in letzter Minute ersannen auch andere Parteiführer, ohne jedoch an dem Lauf der Dinge irgend etwas ändern zu können. Ley beging am 25. Oktober in Nürnberg Selbstmord¹⁸⁾.

Nur *Joseph Goebbels*, der leidenschaftliche Agitator, Reichspropagandaminister und Verantwortlicher für die Verteidigung der

Reichshauptstadt, blieb seinem „Führer“ blind ergeben und „treu“ bis in den Tod, nicht ohne bis zum letzten Atemzuge (er vergiftete sich und seine ganze Familie) das Genie des „größten Staatsmannes“ im 20. Jahrhundert und das NS-Programm in den höchsten Tönen gepriesen zu haben¹⁹⁾.

Adolf Hitler selbst, unentwegt seinem guten Stern vertrauend, gab den Kampf erst fünf Minuten nach zwölf auf, obwohl er sich längst hatte eingestehen müssen, daß seine „geschichtliche Mission“, den europäischen Kontinent nach den Prinzipien seiner Weltanschauung gewaltsam zu gestalten, gescheitert war²⁰⁾. Vergeblich hatten ihn einige seiner Mitarbeiter, darunter Reichsminister Speer, davon zu überzeugen versucht, daß es nicht die Aufgabe der Führung sein könne, ein Volk „zum heroischen Untergang“ zu führen. Wie eh und je — manchmal ohne längere Ruhepausen — erteilte er seine Befehle, seit dem 16. Januar von Berlin aus. In einer letzten Botschaft an seine Parteigenossen prophezeite er, durchdrungen von dem „Glauben an unser Volk“, daß am Ende der Sieg des Deutschen Reiches stehen werde. In Wirklichkeit aber hatte er dieses Volk schmachvoll verraten. Deutschland könne ruhig untergehen, hatte er in einem Gespräch mit Speer angedeutet; das deutsche Volk hätte sich seiner nicht für würdig erwiesen, die besseren seien gefallen und was vom Kampfe übrig sei, seien die „Minderwertigen“ — dem stärkeren Ostvolk gehöre die Zukunft. Entsprechend seinem einstigen Wahlspruch: „Deutschland wird Weltmacht oder überhaupt nicht sein“, hatte er vom Anfang bis zum Ende seiner Laufbahn gehandelt²¹⁾. In seinem letzten Tagesbefehl an die deutsche Ostfront hatte er seinen Soldaten noch einmal vorgegaukelt, daß die Bolschewisten vor der Hauptstadt des Reiches verbluten würden. „Berlin“, so verkündete er, „bleibt deutsch; Wien wird wieder deutsch und Europa wird niemals russisch“. Dann entzog er sich am 30. April 1945 durch einen Pistolenschuß der irdischen Verantwortung, allerdings nicht ohne vorher sein Handeln vor der Nachwelt in seinem „politischen Testament“ gerechtfertigt sowie zum Weiter-

¹⁵⁾ Vgl. Goebbels Tgb. (Anm. 11), S. 80, S. 235, S. 332f. (Ribbentrop) u. ö.

¹⁶⁾ Eine wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werdende Biographie Himmlers fehlt bis heute. Siehe H. Fraenkel/R. Manvell, *Himmler*, Hannover 1965. Allgemein: R. L. Koehl, *The Black Corps*, Madison 1983.

¹⁷⁾ Vgl. Anm. 16; ferner: L. Mosley, *Göring. Eine Biographie*, München 1975; H. Fraenkel/R. Manvell, *Hermann Göring*, Hannover 1964.

¹⁸⁾ Vgl. Goebbels Tgb. (Anm. 11), S. 167, S. 183 u. ö.

¹⁹⁾ Vgl. Anm. 11; außerdem: H. Heiber, *Goebbels Reden*, Bd. 2, 1939—1945, Düsseldorf 1972.

²⁰⁾ Vgl. hierzu: E. Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Stuttgart 1981; außerdem: K. D. Bracher/M. Funkel/H.-A. Jacobsen (Anm. 9).

²¹⁾ Vgl. u. a.: A. Hillgruber, *Der 2. Weltkrieg. Kriegsziele und Strategien der großen Mächte*, Stuttgart 1982, S. 106ff.; A. Hitler, *Mein Kampf*, 1933¹³⁾, S. 742.

kämpfen und zur Vernichtung des „Weltjudentums“ aufgefordert zu haben²²). Sein von ihm bestimmter Nachfolger, Großadmiral *Dönitz*, gab am 1. Mai den „Heldentod“ des Führers in einer Rundfunkansprache dem deutschen Volk bekannt; Hitlers Leben sei ein „einzigster Dienst an Deutschland“ gewesen. Mit dieser Zwecklüge bewies auch er, daß der Prozeß der geistigen Verführung die militärischen Spitzen des Reiches ebenso korrumpiert hatte wie zahlreiche andere Staatsdiener²³).

Man hätte annehmen können, daß die bis dahin Unbelehrbaren oder Fanatiker und die Gemäßigteren, die dennoch das Regime unterstützt hatten, unter dem Eindruck des totalen Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Regimes zu einer etwas nüchterneren Einschätzung der künftigen deutschen Politik gekommen wären. Aber wir wissen heute, wie unreal und phantastisch einzelne innerhalb der deutschen Führung bis zuletzt gedacht und geplant haben, wie wenig sie den noch verbliebenen Handlungsspielraum Deutschlands zwischen Ost und West im Jahre 1945 einzuschätzen vermochten. Sie waren Opfer ihrer eigenen und der unablässig propagierten NS-Parolen in jener Zeit geworden.

Reichsminister Goebbels spielte bis zur letzten Minute die Rolle des großen diabolischen Verführers und des vom Sieg überzeugten Nationalsozialisten. Anfang März empfahl er Hitler, Frauenbataillone in der Reichshauptstadt aufzustellen. Seinen Leitartikeln im „Reich“ und seinen Rundfunkansprachen nach zu schließen, mußte jeden Augenblick die „große Wende“ zugunsten Deutschlands eintreten. Bis dahin gelte es, sich an den heroischen historischen Beispielen des Punischen

und Siebenjährigen Krieges auszurichten und sich klar zu machen, daß auch damals die weltgeschichtlichen Entscheidungen nicht in einem Kriege gefallen seien. Schließlich belehrte er seine Leser, daß es in „unserer Lage“ nur noch eine Rettung gebe, nämlich die „Tapferkeit in jedem Falle“, denn wer um sein Leben kämpfe, finde stets einen Ausweg aus der Gefahr. Für ihn und seinesgleichen war Politik am Ende nichts anderes mehr als „das Wunder des Unmöglichen“. Ein solches versprach er sich durch den Zerfall des „Feindlagers“ und den Glauben an die „Sieghaftigkeit unserer Sache“, obgleich er über den Ernst und die absolute Aussichtslosigkeit der Situation durch zahllose „erschütternde Berichte“ wirklichkeitsgetreu unterrichtet worden war und durch Briefe von der tiefen Apathie und Resignation im deutschen Volk wußte. Revolutionär zu denken und revolutionär zu handeln, lautete seiner Meinung nach das Gebot der Stunde, in der überdies die „letzten bürgerlichen Eierschalen“ abgeworfen werden müßten²⁴).

Mehr als naiv war der Glaube des Finanzministers *Graf Schwerin v. Krosigks*, der am 12. März 1945 anlässlich der Aufstellung von zwei russischen Wlassow-Divisionen auf deutscher Seite die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß diese Divisionen „stärkste Trümpfe“ sein könnten, die Deutschland noch im Spiel habe. Dies vor allem „wegen des propagandistischen Einflusses“, den sie „vielleicht auf die russischen Soldaten ausüben“ könnten; das von einem Russen im rechten Augenblick in die Masse geworfene „Zauberwort Friede“ könne „zusammenbruchartige Wirkung auslösen“ und sich als „die Posaune erweisen, unter deren Dröhnen die Mauern Sowjet-Jerichos zusammenstürzen“²⁵).

IV. Überwindung der Katastrophe? Von der „Ost“- zur „Westlösung“

Während *Martin Bormann*, Leiter der Parteikanzlei und einflußreichster Mann in der Umgebung Hitlers, sich mit dem Gedanken einer Reorganisation der NSDAP-Führung beschäftigte, die praktisch auf eine völlige Konzentration der Macht innerhalb der Partei in seinen Händen hinauslaufen sollte, sannen andere über mögliche Auswege aus dem Dilemma oder die künftige politische Orientie-

rung Deutschlands nach. Wie weit diese von den Realitäten entfernt waren, lassen die folgenden, kurz skizzierten Konzepte erkennen. Da gab es einmal die sogenannte „*Deutsche Freiheitsbewegung*“, die wahrscheinlich in dem Leiter der Personalabteilung des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Standartenführer *A. Franke-Grieksch*, einen ihrer „geistigen Führer“ besaß. Sie behauptete, während des Krieges als Bewegung der Frontkämpfer aus der alten NSDAP herausgewachsen zu sein.

²²) Vgl. H. Michaelis (Anm. 4), Bd. XXIII, S. 196 ff.; J. Toland, *Das Finale. Die letzten Hundert Tage*, München 1968, S. 409 ff.

²³) Vgl. H. Michaelis (Anm. 4), Bd. XXIII, S. 225.

²⁴) Vgl. Goebbels Tgb. (Anm. 11).

²⁵) Archiv Institut für Zeitgeschichte (Fotokopie).

Getreu ihrem Eid auf den Führer sagte sie sich los von einer „verrotteten Parteibürokratie und einem mancherorts eingerissenen korrupten Bonzentum“, von einer jahrelang „andere und sich selbst täuschenden regierenden Kaste in Staat und Partei“, von einem „undeutschen einseitigen Führerprinzip in der inneren und einem hohlen Machtdünkel in der äußeren Politik, von einer verantwortungslosen, leichtfertigen Vergeudung der deutschen Volkskräfte, von einer Politik des Abenteuers, des Experimentes und des weltanschaulichen Starrsinns und von einem Zurücksinken in die längst überwundenen Welten des Kapitalismus, der politisierenden Kirchen, des zersetzenden Parteihaders einer parlamentarischen Demokratie, der kleinösterreichischen, bayerischen, rheinischen und sonstigen Sondertümelei sowie dem das Volk aufspaltenden klassenkämpferischen Kommunismus“²⁶⁾.

Trotz Tod und Not nach einer „heldenhaften“ Bewährung sollten sich alle anständigen und tapferen Deutschen an der Seite ihrer Soldaten geschlossen „um den so oft mißverstandenen Führer Adolf Hitler und seinen getreuen Reichsführer SS Heinrich *Himmler* als Kanzler des Reiches“ zusammenscharen und wider alle Hoffnungslosigkeit, Niedergeschlagenheit, Ziellosigkeit und Vaterlandsverrat kämpfen. Um ihren Kindern „einen Frieden zu erringen, der der gebrachten Opfer“ würdig sei, verkündete die „Bewegung“ im *April 1945* das Programm einer europäischen und deutschen „Friedensordnung“ — eine groteske Mischung von demokratischen Prinzipien und Ordensregeln der SS —, das in der Forderung gipfelte: den jahrhundertelangen Bruderzwist der europäischen Völker durch eine völkische föderalistische Zusammenarbeit in der „*Europäischen Eidgenossenschaft*“ zu überwinden. Alle Völker sollten das Recht haben, innerhalb dieser neuen Ordnung „ihr Eigendasein, eigenständige Volksordnung, Lebensstil und politische Organisation frei zu gestalten“. Dabei müsse der nationalstaatliche Eigennutz hinter dem europäischen Gemeinnutz zurückgestellt werden. Eine europäische Schiedsgerichtsbarkeit, an der jedes Volk berechtigt und verpflichtet war mitzuarbeiten, sollte binneneuropäische Streitigkeiten ohne Anwendung von Gewaltmitteln schlichten.

Das eigentliche *Fernziel* aber dieser „wahrhaft brüderlichen Gemeinschaft mit den

stammesgleichen germanischen Völkern“ war der spätere freie Zusammenschluß zu einem germanischen Reich“ unter Ausnutzung der europäischen Volkswirtschaft, das mit dem tschechischen Volk und den „blutsverwandten Slowenen“ im europäischen Interesse eng zusammenarbeiten mußte. Die „verworrene“ Volksgrenze in Ost- und Südosteuropa sollte durch eine organische und auf gleichartige Räume beschränkte Tauschsiedlung „sowie durch ein von der Europäischen Eidgenossenschaft garantiertes Volksgruppenrecht gewährleistet“ werden.

Die innerstaatliche „Erneuerung“ sollte auf den Einklang von Führung und Gefolgschaft durch eine feste Regierung, die durch eine Mitentscheidung des Volkes durch Volksentscheid und indirekte Wahl von Personen und nicht Parteien zu ergänzen sei, abzielen. Der deutsche „Volkswille“ sollte durch einen „deutschen Volksthing“ repräsentiert werden, der von gewählten Vertretern der Gauthinge „in geheimer Wahl“ zu bestimmen sei. Die „zweite Kammer“ bildete der „Ordensrat“, der nach „strengsten Maßstäben politischer, soldatischer und charakterlicher Bewährung“ ausgelost würde. Die deutsche Regierung sei dem Volksthing und dem Ordensrat Rechenschaft schuldig und garantiere die Freiheit der Meinungsäußerung, bekämpfe aber alle volksfeindliche und „zersetzende politische Hetze“. Neben der selbstverantwortlichen, ständisch geordneten und auf die völkische Notwendigkeit ausgerichteten Wirtschaft sollte die „neue Volksgemeinschaft auf der gesunden Volksordnung der sozialen Gerechtigkeit aufbauen“.

Eine andere Lösung zur „*Überwindung der Katastrophe*“²⁷⁾, die an der Wirklichkeit des Jahres 1945 ebenso radikal vorbeiging, schlug eine Gruppe vor, die sich wahrscheinlich aus jüngeren Offizieren der deutschen Wehrmacht zusammensetzte. Sie befürwortete ein Bündnis der „jungen sozialistischen Kräfte gegen die alten verrotteten Beharrungsmächte des Westens“. Angesichts der Lage im April 1945 folgerte sie, daß es bisher nur drei Möglichkeiten gegeben habe, durch eine „politische Kriegführung“ einen „partiellen Sieg“ zu erringen: indem Deutschland unmittelbar einen Sonderfrieden mit den Anglo-Amerikanern abschließen, indem es Waffenstillstandsverhandlungen mit dem Osten einleite, um die Westmächte verhandlungsbereit zu machen, oder durch einen Sonderfrieden im

²⁶⁾ Vgl. National Archives, Washington (Mikrofilm; Kopie im Bes. d. Verf.).

²⁷⁾ Ebd.

Osten. Die beiden ersten Lösungen seien entweder nicht zumutbar — sie würden Versklavung des deutschen Volks auf Jahrzehnte hinaus durch die Engländer zur Folge haben — oder aus zeitlichen Gründen nicht mehr zu verwirklichen. Hingegen verspreche der *Sonderfrieden mit Rußland* die besten Aussichten.

Der ungenannte Verfasser einer Denkschrift „*Generalplan 1945*“ vom 5. April 1945 begründete dies mit dem Hinweis, daß eine deutsche Niederlage gegenüber den Westmächten für die Sowjetunion nur die „Verlängerung des Krieges durch einen dritten Weltkrieg“ bedeute. Die Teilung Deutschlands werde auch in der UdSSR als „vorübergehend und auf die Dauer untragbar“ angesehen. Während auf der Konferenz in Jalta der Sowjetunion nur ein beschränkter und noch dazu immer wieder bestrittener Einfluß in Ost- und Südosteuropa zugestanden worden sei, könne der Sowjetunion durch ein Zusammengehen mit Deutschland ein Einfluß in ganz Europa ermöglicht werden. Ein Sonderfriede mit Deutschland und Japan würde gleichzeitig die Entlastung Rußlands im Osten und den anglo-amerikanischen Einfluß auf China reduzieren. Ein Frieden mit Rußland müßte unter folgenden Bedingungen abgeschlossen werden: Deutschland und die bisherige Sowjetunion bilden gemeinsam die „Sozialistische Union“. Anknüpfend an die Verselbständigung der sechzehn sowjetischen Teilrepubliken im Jahre 1943, bilden auch die europäischen Völker national abgegrenzte, selbstgeführte Staatskörper, die verbunden werden mit einer Wehr- und Wirtschaftsunion. Die Gestaltung im Inneren bleibt in jeder Hinsicht den einzelnen Völkern freigestellt. „Deutschland anerkennt die Sowjetrepubliken Polen, Litauen, Estland, Lettland, Finnland, Bulgarien, Rumänien, Mazedonien, Griechenland und eventuell die Türkei. Westoberschlesien sowie die vor 1918 zu Preußen gehörigen Gebiete des Warthegaus und Westpreußens verbleiben bei Deutschland; ein stärkerer Einfluß Deutschlands bleibt innerhalb der Grenzen Altösterreichs im Südosten bestehen, auch erhält das Reich „freie Hand“ in West- und Nordeuropa, insbesondere gegenüber Großbritannien.

Die „Zukunftsperspektiven“ einer solchen Lösung faßte der Autor in den Sätzen zusammen: „Es entstünde ein *Kontinentalblock von Ozean zu Ozean* von weltbeherrschender Größe, Wirtschaftskraft, Energie und Bevölkerungszahl.“ Mit diesem wäre nicht nur die

Gefahr künftiger Kriege aus Europa, sondern auch aus dem Doppelkontinent Eurasien verbannt, und zwar auf Generationen hinaus. Die beiden Großvölker der Russen wie der Deutschen hätten außerordentliche Entwicklungsmöglichkeiten, ohne daß sich ihre Interessen überschneiden. Das Schwergewicht in diesem Block werde sich von selbst mehr und mehr nach den „rassisch überlegenen, geistig Regsameren und Energischeren“, das heißt nach Europa verlagern.

Demgegenüber sahen einige Vertreter der Reichsregierung das „Heil des Reiches“ in einer *Westlösung*, d. h. in einer Teilkapitulation nur gegenüber dem Westen. Zur Erhaltung des Volkstums sollte der Kampf mit allen Mitteln im Osten fortgesetzt werden. Die seit Mai 1945 amtierende *Regierung Dönitz* hatte es sich zum Hauptziel gesetzt, möglichst viele deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu retten²⁸⁾. Und der (ehemalige) Reichsaußenminister v. Ribbentrop schrieb in einem Entwurf (eines nicht abgesandten Briefes an den Großadmiral Dönitz) vom 2. Mai 1945, daß trotz der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Alliierten eine Möglichkeit bestünde, mit den Generalen Eisenhower und Montgomery zu verhandeln, da zweifellos auch dort „schon gewisse Besorgnisse wegen der Übermacht der Roten Armee“ vorhanden seien, daß man daher nicht weitere Truppen gegen Deutschland einsetzen möchte. Vielleicht ahne man heute in der englischen Armee, daß man die deutschen Kräfte eines Tages gegen die Rote Armee dringend benötige²⁹⁾.

Allerdings empfahl Ribbentrop, den westlichen Alliierten ein „Alibi“ zu verschaffen, indem Deutschland auch auf die russischen Forderungen, wenigstens nach außen hin, eingehe. Denn entweder werde das Reich restlos besetzt und damit das deutsche Volk auf Jahrzehnte „zur Knechtschaft“ verurteilt, oder aber es gelinge der neuen Reichsregierung, „mit einem umfassenden Programm unter Zurückstellung beziehungsweise in den Hintergrund-treten-Lassen bzw. Modifizierung bestimmter weltanschaulicher Fragen den Versuch einer Politik der Zusammenarbeit mit allen Nationen, also zumindest äußerlich auch mit Rußland, zu finden und durch Aner-

²⁸⁾ Vgl. R. Hansen, *Das Ende des 3. Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945*, Stuttgart 1966, S. 109 ff.

²⁹⁾ Vgl. auch H. Michaelis (Anm. 4), Bd. XXII, S. 214 ff. (Sprachregelung Ribbentrops v. 19. 1. 1945; Inst. f. Zeitgesch. (Fotokopie).

kennung der Reichsregierung unter Ihrer (Dönitz) Leitung und Ihres Programms das nationale Deutschland und damit auch das nationalsozialistische und eine verkleinerte Wehrmacht zu erhalten und damit dem deutschen Volk den Weg zum Wiederaufbau zu ebnen".

Dönitz, der durch einen Funkspruch vom 30. April zum Nachfolger Hitlers ernannt worden war, hatte am 5. Mai 1945 ein reines Fachkabinett, eine Art „geschäftsführende Reichsregierung“ gebildet, in der Graf Schwerin v. Krosigk das Reichsaußenministerium, Stuckart das Reichsinnenministerium und Kulturministerium, Speer das Reichswirtschaftsministerium, Backe das Ernährungs-, Landwirtschafts- und Forstministerium, Dorpmüller das Reichsverkehrs- und Postministerium und Seldte das Reichsarbeits- und So-

zialministerium übernehmen sollten³⁰). Allein die Wirkungsmöglichkeiten dieser „Regierung“ waren von Anfang an mehr als eingeschränkt. Daher wollte sie zunächst die sich aus dem Ausgang des Krieges ergebenden Aufgaben, darunter die der Sicherstellung der Ernährung und Versorgung, sachlich gut abwickeln, möglichst große Teile des Heeres in westliche Gefangenschaft führen und darüber hinaus die Grundlagen für den Neuaufbau schaffen, falls der Feind keine andere Form der Regierung oder Verwaltung vorsehen würde. Aber ohne dem deutschen Volk in seiner schwersten Stunde nennenswert helfen zu können, wurde sie am 23. Mai 1945 von den Alliierten verhaftet. Deutschland war damit auf Gnade und Ungnade den Siegermächten ausgeliefert, die am 5. Juni die oberste Regierungsgewalt übernahmen³¹).

V. Die Soldaten: Totale militärische Niederlage

Nach der Phase der deutschen „Blitzkriegssiege“ von 1939 bis 1941 führte Deutschland spätestens seit der Kriegswende 1942/43 — gekennzeichnet durch die Schlachten bei El Alamein und Stalingrad, bei den Midway-Inseln und bei Guadalcanal im Pazifik sowie durch das Scheitern des deutschen U-Boot-Krieges im Atlantik — nur noch einen Krieg um des Krieges willen³²). Gegen die personellen und materiellen Reserven der Anti-Hitler-Koalition — weit mehr als 75 Prozent aller Ressourcen in der Welt — war der Krieg nicht zu gewinnen, zumal auch die deutsche Wehrwirtschaft zusammenbrach.

Denn weder die Leistungen, die während der Ära des Reichsministers Albert Speer (1942 bis 1945) in der Rüstungs- und Wehrwirtschaft dank optimaler Organisation, neuer Rationalisierungsmaßnahmen und totaler Mobilmachung deutscher und ausländischer Arbeitskräfte erzielt wurden, noch die Ausschöpfung und Ausbeutung des Wirtschaftspotentials in den eroberten Gebieten hätten

letzten Endes etwas an der Tatsache zu ändern vermocht, daß auch ohne den verschärften Luftkrieg die deutsche Rüstungsendfertigung gegenüber ihrem Maximum (Juli 1944) höchstens noch um 20 bis 30 Prozent hätte gesteigert werden können. Dann aber wäre die Rüstung an die zu enge Rohstoffdecke gestoßen³³).

Seitdem die *politische Zielsetzung* Hitlers die *Leistungsfähigkeit des deutschen Militär- und Wirtschaftspotentials* weit überschritten hatte und im Zuge des *Allfrontenkrieges* zwangsläufig Rückschlag auf Rückschlag einsetzte, sollte Glaubensfanatismus an den Sieg der nationalsozialistischen Weltanschauung ersetzen, was an Kräften und Potential fehlte³⁴).

Vorbereitet und begleitet von Tag- und Nachtangriffen der alliierten strategischen Bomberkommandos hatte 1943 der Sturm auf die „Festung Europa“ eingesetzt: im Osten durch die Rote Armee, im Südosten durch die jugoslawischen und griechischen Partisanen, im Süden über Sizilien und Italien durch die Anglo-Amerikaner. Wohl war Deutschland

³⁰) Vgl. R. Hansen (Anm. 28), S. 85 ff.

³¹) Vgl. H.-J. Ruhl, (Hrsg.), Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945—1949, München 1982, S. 121 ff.; s. ferner C. Kleßmann und M. Overesch (Anm. 9).

³²) Vgl. den allgemeinen Überblick von: H. G. Dahms, Die Geschichte des 2. Weltkriegs, München — Berlin 1983 (mit umfassenden Literaturhinweisen).

³³) Vgl. A. S. Milward, Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939—1945, München 1977, S. 309 ff.

³⁴) Vgl. H.-A. Jacobsen, Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939—1945, Koblenz — Bonn 1977, S. 103 ff.; K. D. Bracher, Europa in der Krise, Frankfurt 1979, S. 239 ff.

noch willens und fähig, die nunmehr entstandene Front von rund 15 000 Kilometer Länge nach allen Seiten hin zu verteidigen. Aber es war doch nur eine Frage der Zeit, wie lange die verfügbaren Kräfte dem zu erwartenden Ansturm auf den Kriegsschauplätzen sowie den Bombardierungen aus der Luft gewachsen blieben. Italiens Widerstandswille war bereits nahezu gebrochen.

Der Angriff auf das von der deutschen Propaganda für uneinnehmbar erklärte „Bollwerk“ hatte an seiner verwundbarsten Stelle begonnen. Am 10. Juli 1943 landeten die Alliierten unter dem Schutz ihrer beherrschenden Flotte auf Sizilien, während sie durch schwere Luftangriffe die italienische Kampfmoral zermürbten. Unter dem Eindruck der sich bald abzeichnenden alliierten Erfolge brach nach wenigen Tagen das faschistische Regime zusammen; der „Duce“ wurde verhaftet. Anfang September setzten englische und amerikanische Truppen auf die Südspitze Italiens über. Vier Wochen später hatten sie bereits die Linie Foggia-Neapel erreicht. Bis Ende des Jahres gelang ihnen der Durchbruch an den Sangro und zum Kloster Monte Cassino³⁵⁾.

Unterdessen hatte Hitler am 8. September 1943 den „Fall Achse“ ausgelöst, um die italienischen Truppen zu entwaffnen und ein Überlaufen zum Gegner zu verhindern. Während große Teile desselben in deutsche Hand fielen, gelang es der italienischen Flotte, im letzten Augenblick von La Spezia nach Malta zu entkommen. Mussolini, den ein SS-Sonderkommando auf dem Gran Sasso befreit hatte, proklamierte am 18. September 1943 eine neue Sozialistische Republik Italien, die bis Kriegsende allerdings nur ein Schattendasein in Norditalien führte. Die neue königliche Regierung aber erklärte dem Deutschen Reich den Krieg. Aus dem ehemaligen Verbündeten war ein weiterer Gegner geworden.

Während in Jugoslawien die Partisanen unter Tito die deutschen Ordnungstruppen immer mehr bedrängten, hatte die sowjetische Führung im Osten nach dem Scheitern der letzten deutschen Offensive bei Kursk („Zitadelle“) im Juni 1943 die Initiative endgültig an sich gerissen. Nachdem die Rote Armee bereits im Januar 1943 die Landverbindung zu dem hartbedrängten Leningrad wiederhergestellt hatte, gelang ihr auf einer Frontbreite von über 1 000 Kilometern ein Durchbruch von fast 300 Kilometern in der Tiefe. Insgesamt standen den anstürmenden fünf Millio-

nen Russen 1943 noch drei Millionen Deutsche gegenüber, während die Sowjetunion eine zwei- bis dreifache materielle Überlegenheit besaß³⁶⁾.

Im Jahr 1944 hatte die Rote Armee an der gesamten Front von Lappland bis zum Schwarzen Meer ihren Vormarsch nach Westen fortgesetzt. Ihre Divisionen standen bereits in Polen, an der Ostgrenze der Tschechoslowakei und in Rumänien, als am 6. Juni 1944 unter dem Schutz weit überlegener See- und Luftstreitkräfte die lang erwartete alliierte Invasion in der Normandie begann, der am 15. August eine zweite in Südfrankreich folgte. Der Angriff der anglo-amerikanischen, kanadischen und französischen Expeditionsarmeen, der durch Partisanengruppen der Résistance unterstützt wurde, durchbrach schon nach wenigen Wochen die deutschen Riegelstellungen. Im August wurden Paris und in Südfrankreich Toulon und Marseille befreit³⁷⁾.

Im ungestümen Vormarsch erreichten die alliierten Armeen im Oktober 1944 die deutsche Grenze bei Aachen. Die überwältigenden Offensiven der „Anti-Hitler-Koalition“, die systematische Bombardierung und Zerstörung der deutschen Verkehrs-, Nachrichten- und Produktionszentren, die Terrorangriffe auf Stadt und Land durch die britisch-amerikanische Luftwaffe kündigten bereits das nahe Ende des Krieges an. Unter dem Eindruck der alliierten Waffenerfolge stellten die deutschen Verbündeten Rumänien, Finnland, Bulgarien und Ungarn nacheinander den Kampf ein und wandten sich gegen Deutschland, während sich die deutschen Truppen unter schwersten Bedingungen zurückzogen³⁸⁾.

Im Herbst 1944 setzte die Agonie des Deutschen Reiches ein. Jetzt wollte Hitler durch das letzte Aufgebot von Kindern und Greisen, den „Volkssturm“, das Unmögliche möglich machen. Aber der Vormarsch der alliierten und sowjetischen Streitkräfte auf allen Kriegsschauplätzen — *der Sturm auf das Reich* — war nicht mehr aufzuhalten. Statt die letzten verfügbaren Kräfte zur Abwehr im Osten einzusetzen, befahl Hitler die Ardennenoffensive im Westen (16. Dezember 1944) in der eitlen Hoffnung, die deutsche Wehrmacht könne das wiederholen, was sie 1940

³⁵⁾ Vgl. A. Hillgruber (Anm. 21), S. 122ff.

³⁶⁾ Vgl. Vtoraja mirowaja voina. Kratkaja istorija, Der 2. Weltkrieg. Kurze Geschichte, Moskau 1984, S. 293ff.

³⁷⁾ Vgl. Anm. 35, 36 und 32.

³⁸⁾ Ebd.

geleistet hatte. Aber das Unternehmen scheiterte schon nach wenigen Tagen³⁹⁾.

Am 12. Januar 1945 traten die sowjetischen Truppen aus dem Baranowbrückenkopf zur Eroberung Berlins an. Wenige Wochen später überschritten die Alliierten auf breiter Front den Rhein. Ende April trafen die beiden Angriffsspitzen an der Elbe zusammen.

Nach Teilkapitulationen im Süden und Norden unterzeichnete daraufhin Generaloberst Jodl als Chef Wehrmachtsführungsstab im OKW am 7. Mai im Hauptquartier von General Eisenhower in Reims die *deutsche Gesamtkapitulation*; einen Tag später vollzog sich der gleiche Akt im sowjetischen Oberkommando in Berlin-Karlshorst; dieses Mal setzte Generalfeldmarschall Keitel (Chef des OKW) seine Unterschrift unter das schwerwiegende Dokument. Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht trat am 9. Mai, 00.01 Uhr MEZ in Kraft⁴⁰⁾.

Damit war die *deutsche militärische Niederlage besiegelt*. Diese hatte weder etwas mit „Verrat“ noch mit „Sabotage“ zu tun, obgleich es beides gegeben hat. Von irgendeinem „Dolchstoß“, wie er 1918 als einer der entscheidenden Gründe für den Zusammenbruch der Fronten am Ende des Ersten Weltkrieges propagiert wurde, konnte also nicht im entferntesten die Rede sein. Vielmehr haben die

sich steigernde Diskrepanz von Ziel und Mitteln und damit die völlige Überschätzung der eigenen sowie die Unterschätzung der feindlichen Kräfte, die zahllosen operativen Fehler und zuletzt die starre Halte- und Wellenbrecher-Strategie Hitlers für dieses militärische Debakel den Ausschlag gegeben. Hinzu kam eine weitere niederschmetternde Erkenntnis: Ob auf den Schlachtfeldern im Westen und Norden, in den Weiten Rußlands und den Wüsten Nordafrikas, an den Küsten, auf den Weltmeeren und in den Tiefen des Atlantiks, in Munitionsfabriken, im Schutzeinsatz bei Bombenangriffen oder in den Höhen des Luftkrieges: wo immer deutsche Männer und Frauen glaubten, ihre Pflicht erfüllen zu müssen, wurden sie von Anfang an betrogen und verraten. Ihr Gehorsam gegenüber dem NS-Regime wurde immer problematischer, je mehr dessen Führer sie vor unerfüllbare Aufgaben stellte und viele von ihnen zu mannigfachen Untaten verleitete. Bei dem im September 1939 von dem NS-Regime entfesselten Krieg ging es nicht um die Verteidigung Deutschlands und des „Abendlandes“ gegen „Plutokratien“ und „Weltbolschewismus“, wie es die NS-Propaganda jahrelang zu suggerieren versucht hat, sondern um ebenso wahnwitzige wie verbrecherische Ziele, die der Mehrheit des deutschen Volkes damals in Umfang und Bedeutung weithin verborgen geblieben sein dürften⁴¹⁾.

VI. Die KZ-Häftlinge: Holocaust, Tod und Befreiung aus unwürdiger Knechtschaft

Vom Sommer 1944 bis zum Januar 1945 war die Belegungszahl der in den 20 Konzentrationslagern mit seinen 165 angeschlossenen Arbeitslagern von über 500 000 auf mehr als 700 000 Männer und Frauen angewachsen. In den letzten Kriegsmonaten hatten die Terrororgane der SS noch Zehntausende von Juden und Zwangsarbeitskräften hierhin überstellt. Seit 1933 waren von Himmler und seinen Helfershelfern bekanntlich jene Lager eingerichtet worden, in denen, wie es in der Propaganda hieß, „Volks- und Reichsfeinde“ umerzogen werden sollten. In Wirklichkeit aber handelte es sich um Stätten des Drangsals, der Demütigung und täglich elfstündiger Fronarbeit. Dort sind im Verlaufe von 12 Jahren fast eine halbe Million Insassen infolge

von Krankheiten, Mißhandlungen und Beseitigung nicht arbeitsfähiger Häftlinge entweder ermordet worden oder umgekommen. Die schlimmsten Monate brachen für die Inhaftierten an, als die Rote Armee vom Osten und die Alliierten vom Westen zum Sturm auf das Reich ansetzten. Im Zuge der Evakuierung kam es zu Todesmärschen und qualvollen Transporten. Dabei starben Tausende an Erschöpfung oder wurden ganz einfach am Straßenrand durch Genickschuß umgebracht; wahrscheinlich zählte ein Drittel aller Lagerhäftlinge zu den letzten Opfern. Als britische Truppen am 15. April das KZ-Lager Bergen-Belsen befreiten, entdeckten sie über 10 000

³⁹⁾ Ebd.

⁴⁰⁾ Vgl. R. Hansen (Anm. 28), S. 69 ff.

⁴¹⁾ Vgl. K. D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Anm. 9), S. 97 ff. und 427 ff. (Beiträge u. a. von Jacobsen und Kettenacker). Außerdem: M. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen, Düsseldorf — Wien 1970.

unbeerdigte Leichen. Von den übrigen 38 500 Häftlingen, die das Martyrium überstanden zu haben schienen, konnte nur etwa ein Drittel gerettet werden. Für die meisten kamen jede sanitär-humanitäre Hilfe und Versorgung zu spät. Aber immerhin wurden Tausende in diesen Wochen aus unwürdiger Knechtschaft befreit⁴²⁾.

Inzwischen war jedoch in den spezifischen Vernichtungslagern ein noch grausameres Werk vollendet worden. Betroffen waren davon vor allem die sogenannten rassischen Minderheiten, darunter Juden, Zigeuner, Polen und Russen. Im Hinblick auf den Zeitpunkt der Entscheidung spricht alles dafür, daß die NS-Führung in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 den Entschluß gefaßt hat, unter Wahrung strengster Geheimhaltung das europäische Judentum systematisch auszurotten. Auf der sogenannten „Wannseekonferenz“ vom 20. Januar 1942 wurden die Durchführungsbestimmungen der „Endlösung“ im einzelnen festgelegt. Dies dürfte auf ausdrücklichen Befehl Hitlers geschehen sein. Die (durch Eichmann) bürokratisch vorbereiteten und technokratisch ausgeführten Vernichtungsaktionen mittels Massenerschießungen und Vergasungen in den Lagern Kulmhof, Auschwitz, Belzec, Sobibor, Treb-

linka und Lublin-Majdanek, um nur die wichtigsten zu nennen, forderten millionenfache Opfer. Die Zahlen schwanken zwischen vier bis sechs Millionen. Allerdings sind Intensität und Zielsetzung des Holocausts damals wohl nur einer Minderheit in Deutschland bekannt geworden. Zwar gab es sicherlich hundertfache individuelle Hilfe für Verfolgte und Gequälte, aber Indifferenz, Rückzug ins Private, mangelnde mitmenschliche Solidarität und Zivilcourage, Angst vor Verfolgung und die alltäglichen Sorgen um das Leben der eigenen Angehörigen an der Front haben das Tun und Lassen der deutschen Bevölkerung viel nachhaltiger geprägt. Dieses beschämende Verhalten mag auch auf die geschickt dosierte, von den meisten nicht hinreichend durchschaute ständige Manipulation durch die NS-Massenmedien zurückzuführen gewesen sein. Allerdings ist die nationalsozialistische Judentausrottung weniger das Ergebnis einer situationsbedingten Improvisation im Kriege, sondern eher Endpunkt eines bereits in den zwanziger Jahren propagierten Programms gewesen, in dessen Mittelpunkt das unverrückbare Ziel stand, das „Judentum“ im Interesse einer „geschichtlichen Mission“ zu bekämpfen und im Sinne des Entweder-Oder zu vernichten⁴³⁾.

VII. Die Oppositionellen: Letzter Opfertod für das andere Deutschland

Die SS-Sonderkommission zur Ermittlung der Hintergründe, die am 20. Juli 1944 zum Attentat des Obersten Graf Stauffenberg auf Hitler geführt hatten, mußte im Verlaufe des Monats August 1944 dem „Führer“ berichten, daß ein militärischer und ziviler Kreis an der Vorbereitung und Durchführung des geplanten Umsturzes beteiligt gewesen sei. Die führenden Köpfe derselben, Generaloberst Beck und der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister, Carl Goerdeler, als „geistige Drahtzieher“ des Anschlages bezeichnet, seien schon zu einer Zeit gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen, als von Krieg überhaupt noch keine Rede gewesen sei. Für diese sei derselbe verloren gewesen, noch bevor er begonnen hätte. Damit wurde zugegeben, daß der Kampf gegen das Unrechtssystem in Deutschland schon vor Kriegsausbruch eingesetzt

hatte und nicht erst während des Zweiten Weltkrieges,“ als die NS-Führung den Untergang des Deutschen Reiches heraufbeschwor. Die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes, ganz auf sich gestellt, von permanenter Denunziation in der Heimat umlauert, von den Terrororganen des Systems bedroht und von den Alliierten ignoriert, hatten das Äußerste gewagt, um aus tiefem Verantwortungsbewußtsein gegenüber Volk und Vaterland Deutschland von der braunen Diktatur zu befreien, es vor dem völligen Ruin zu bewahren und das Ansehen der Deutschen in den Augen der Weltöffentlichkeit wiederherzustellen⁴⁴⁾.

⁴²⁾ Zum KZ-System allg.: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2 (Beitrag von M. Broszat), München 1984, S. 108ff.

⁴³⁾ Vgl. R. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982. S. auch K. D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Anm. 9), (Beiträge v. K. D. Erdmann und J. Arndt/W. Scheffler), S. 529ff.

⁴⁴⁾ Vgl. H.-A. Jacobsen (Hrsg.), „Spiegelbild einer Verschwörung“, Stuttgart 1984, S. XVIIff.

Nach dem 20. Juli 1944 verblieben Hitler und seinen Schergen noch neun Monate, um furchtbare Rache zu üben und die „Verräter“ zu bestrafen. Unter dem Vorsitz von Roland Freisler verkündete der Volksgerichtshof ein Todesurteil nach dem anderen. Hunderte fielen diesen Urteilen zum Opfer. Unter denjenigen, die in den allerletzten Monaten des Krieges durch Seil oder Genickschuß ermordet wurden, befanden sich einige der besten Köpfe der deutschen Opposition. In der Hauptverhandlung gegen neun Angehörige des „Kreisauer Kreises“ am 9. Januar 1945 — in der Diktion der Anklage „gegen eine Gruppe Defaitisten und Gegner des NS-Systems“ — kritisierte Freisler in seiner rüden Art, daß Graf von Moltke überhaupt die „Möglichkeit einer deutschen Niederlage“ in Betracht gezogen hätte; nach Auffassung des Volksgerichtshofes sei dies geradezu als „abartig“ zu bezeichnen. In dem Todesurteil hieß es schließlich, daß es in dieser Phase des „uns aufgezwungenen Krieges“ das Reich vor „Leichenfledderern“ ebenso zu schützen gelte wie vor „Mördern“⁴⁵⁾.

Am 23. Januar 1945 wurde das Urteil gegen Helmuth Graf von Moltke, Hermann Kaiser, Busso Thoma, Eugen Bolz, Erwin Planck und Theodor Haubach vollstreckt, die alle die moralische Grundlage des Krieges angezweifelt hatten. Zu dieser Zeit saß ein anderer Todgeweihter, Carl Goerdeler, in tiefer seelischer Verlassenheit in dem NS-Kerker. Er hatte nach seiner Verhaftung in rastloser Arbeit zahlreiche Denkschriften zum Wiederaufbau des Reiches nach Kriegsende verfaßt, vielleicht auch in der vagen Hoffnung, sich dadurch für die Machthaber unentbehrlich machen und somit überleben zu können. Zugleich hatte ihn in schlaflosen Nächten die Frage gequält, ob überhaupt ein Gott existiere, der am „persönlichen Schicksal der Menschen Anteil nehme“. Es fiel ihm offensichtlich schwer, daran zu glauben, angesichts der „jahrelangen Ströme von Blut und Leid, Berge von Grauen und Verzweiflung“, die einige Hunderttausende erzeugt hätten, die „vertiert, geisteskrank oder verblendet“ seien und keine „normalen Menschlichkeitsempfindungen“ gehabt hätten. Gott, der Millionen anständiger Menschen sterben und leiden ließe, rühre keinen Finger, so meinte er. Schließlich fragte er sich: „Soll dies ein Gericht sein?“⁴⁶⁾ Aber noch bevor Goerdeler eine be-

friedigende Antwort auf seine brennende Frage gefunden haben mochte, zerrten ihn die Henkersknechte aus der Zelle. Zusammen mit Pater Delp, einem Mitglied des „Kreisauer Kreises“, wurde er exekutiert. Sein Peiniger, Freisler, fand einen Tag später bei einem schweren Bombenangriff auf Berlin am 3. Februar den Tod⁴⁷⁾.

Zu den letzten Opfern zählten u. a. der pommerische Großgrundbesitzer Ewald v. Kleist-Schmenzin, Admiral Canaris, General Hans Oster, Prof. Rüdiger Schleicher und Dietrich Bonhoeffer, der evangelische Theologe; dieser hatte einst bekannt: „Nur durch die Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben.“ Sie starben — vier Tage vor dem Einrücken alliierter Truppen — im KZ Flossenbürg. Am 22. April traf das gleiche Los den Stadtbaurat und Generaldirektor Wilhelm zur Nieden, der wegen „Nichtmeldung von Umsturzplänen“ und „Annahme eines Amtes“ in der „Verschwörerregierung“ verurteilt worden war⁴⁸⁾. Und eine Woche bevor die Russen Berlin eroberten, wurden Albrecht Haushofer, der Sohn des Geopolitikers, und andere aus ihren Zellen im Gefängnis Lehrterstraße geholt, auf die Straße geführt und ihnen erklärt, sie würden in ein anderes Gefängnis verlegt; bei einem Fluchtversuch würden sie erschossen. Zu Fuß wurden sie in das zerstörte Ausstellungsgelände ULAP gebracht. Dort wurden alle auf das Kommando „Fertig-los“ durch Genickschuß ermordet; diejenigen, die sich danach noch regten oder schrieten, wurden am Boden durch weitere Schüsse getötet. Wie zutreffend hatte es Albrecht Haushofer doch in seiner „Moabiter Sonette“ ausgedrückt: „Es gibt wohl Zeiten, die der Irrsinn lenkt; dann sind's die besten Köpfe, die man hängt.“⁴⁹⁾

Gewiß: in all den furchtbaren Jahren des „Dritten Reiches“ ist es zwar trotz zahlreicher Versuche nicht gelungen, Hitler zu beseitigen und sein System zu stürzen, aber als Symbol hat der Geist des Widerstandes gesiegt. Henning von Tresckow, der am 21. Juli 1944 den Freitod an der Front gewählt hatte, hatte diesen einmal in den Worten zusammengefaßt: „Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur

S. 461. Allgemein: G. V. Roon, Widerstand im Dritten Reich, München 1979.

⁴⁷⁾ Vgl. M. Overesch (Anm. 4), S. 579.

⁴⁸⁾ Vgl. H.-A. Jacobsen (Anm. 44), S. 759 ff. (VGH Urteil v. 19. 1. 1945).

⁴⁹⁾ Vgl. H.-A. Jacobsen, Karl Haushofer. Leben und Werk, Boppard 1979, Bd. I, S. 431.

⁴⁵⁾ Ebd., S. 701 ff.

⁴⁶⁾ Vgl. G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964, S. 430 ff.,

zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland unseretwillen nicht verderben wird. Niemand kann über seinen Tod Klagen führen. Wer in unseren Kreis ge-

treten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben."⁵⁰⁾

VIII. Die Flüchtlinge: Vertreibung von Haus und Hof

Der seit 1943 total geführte Krieg traf am Ende die ostdeutsche Bevölkerung und die dorthin evakuierten knapp eine Million Menschen am erbarmungslosesten. Diese waren bis dahin von den ständigen zermürbenden Tag- und Nachtangriffen der alliierten Bomber weithin verschont geblieben. Angesichts der vordringenden Roten Armee hatten sich unter ihnen in steigendem Maße Angst und Schrecken verbreitet. Tartarennachrichten waren dem sowjetischen Vormarsch vorausgeeilt, von der nationalsozialistischen Propaganda ins Maßlose gesteigert. Voller Siegesdrunkenheit wollten viele Rotarmisten heimzahlen, was ihren Brüdern und Schwestern von den „braunen Kolonisatoren“ widerfahren war. Ein unbeschreiblicher Exodus begann. Auf Leiterwagen, zu Fuß, in endlosen Trecks, zu Pferd, im Auto, auf Schiffen und Kähnen suchte die Bevölkerung ihrem unbarmherzigen Griff zu entkommen. Trennung von Haus und Hof sowie der Verlust der geliebten Heimat zermürbten auch die härtesten Naturen. Verhungert, erfroren, ertrunken, verschleppt, geschändet oder von feindlichen Granaten, MP-Salven und Bomben zerrissen, das war das Ende von knapp zwei Millionen Menschen: Fast sieben Millionen Deutsche mußten ihre Heimat verlassen oder hatten später keine Möglichkeit mehr, dorthin zurückzukehren, darunter über drei Millionen Schlesier, ca. zwei Millionen Ostpreußen und 1,4 Millionen Ostpommern. Außerdem mußten über fünf Millionen ihre Siedlungsgebiete außerhalb der Reichsgrenze von 1937 aufgeben (darunter drei Millionen Sudetendeutsche). Insgesamt waren es etwa zwölf Millionen — das waren 1950 etwa 16,3 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland —, die ihre Heimat verloren hatten⁵¹⁾.

⁵⁰⁾ Vgl. A. Leber (Hrsg.), *Das Gewissen steht auf*. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933—1945, Berlin 1956, S. 160.

⁵¹⁾ Vgl. Bundesmin. für Vertriebene (Hrsg.), *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, bearb. v. Th. Schieder, München 1984 (Nachdruck), (Band 1—5); Versuch einer „Wertung“: A. M. de Zayas, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, München 1980.

Wer sich mit diesem tragischen, millionenfachen Schicksal ernsthaft auseinandersetzen und den Ursachen dieser Massenvertreibung nachspüren will, wird zunächst auf einige generelle Tendenzen von „Bevölkerungstransfer“ unterschiedlicher Qualität im 20. Jahrhundert aufmerksam machen müssen, auch um bestimmte Zusammenhänge zu verdeutlichen. Denn bei den Ereignissen von 1944/45 handelte es sich nicht um eine singuläre Erscheinung. Schon vorher waren Millionen von Menschen aus-, um- oder eingesiedelt worden, jedoch meist aus verschiedenen Gründen und mittels voneinander abweichender Methoden. So etwa bei den großen Umwälzungen in Rußland, den politisch-staatlichen Neubildungen nach 1918 mit dem Ziel, die nationale Homogenität geschlossener Territorien auf Kosten von Minderheiten zu gewährleisten, insbesondere aber bei den Aktionen des NS-Regimes zum Aufbau des sogenannten „Großgermanischen Reiches“ (Erfassung des Streudeutschtums: etwa eine Million Menschen) und zur Unterwerfung, Entrechtung und Vernichtung anderer Völker sowie sozialer Gruppen⁵²⁾.

Im besonderen wird das *Schicksal Polens* zu erwähnen sein⁵³⁾. Über zweieinhalb Millionen Polen wurden aus ihren angestammten Gebieten vertrieben, 2,8 Millionen wurden als Zwangsarbeiter verschickt (davon überlebten nicht einmal eine Million). Die Gesamtbilanz war erschreckend: Über sechs Millionen polnischer Bürger kamen ums Leben. Von 200 000 nach Deutschland verschleppten polnischen Kindern wurden etwa 170 000 „germanisiert“. Dies alles waren Konsequenzen eines planmäßigen, staatlich sanktionierten Völkermordes mit dem Ziel, Polens Existenz auszulöschen. Erschütternde Zeugnisse des deutschen Widerstandes haben bewiesen, daß gerade diese barbarische Praxis einer der

⁵²⁾ Vgl. Th. Schieder (Anm. 7), S. 6 ff.

⁵³⁾ Vgl. C. Pilichowski, *Es gibt keine Verjährung*, Warschau 1980; J. K. Hoensch, *Geschichte Polens*, Stuttgart 1983, S. 279 ff.; M. Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963, S. 272 ff.

Gründe für verantwortungsbewußte deutsche Politiker und Militärs gewesen ist, das NS-System beseitigen zu wollen. Die vielfachen *Mordaktionen in Rußland*, die auf das Konto der zahlreichen Einsatzkommandos gingen, und die menschenverachtende Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, der über drei Millionen zum Opfer fielen, waren ebenso Folgen dieser ideologischen Vernichtungspolitik. Etwa 20 Millionen Russen haben bis Kriegsende den deutschen Überfall auf die UdSSR mit ihrem Leben bezahlt, hinzu kam die Zerstörung großer materieller Werte⁵⁴).

Fraglos dürfen Not und Elend der deutschen Vertriebenen nicht verschwiegen werden. Das Unrecht an den Flüchtlingen ist in jedem Fall ein dunkles Kapitel des Jahres 1945, zumal angesichts des Leidensweges Millionen Deutscher die von den Siegermächten in den Potsdamer Abkommen getroffenen Vereinbarungen wie eine Verhöhnung wirkten. Darin hieß es lapidar, daß die Umsiedlung in „ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen solle⁵⁵). Die Westmächte waren sich seit Beginn ihrer Beratungen über die europäische Nachkriegsordnung im klaren darüber, daß eines ihrer Friedensziele, nämlich Polen für den Verlust seiner Ostgebiete im Westen auf Kosten Deutschlands zu entschädigen, mit einer Bevölkerungsverschiebung größten Ausmaßes verbunden sein würde. Sie hofften, daß der Friede in Europa nach Ausschaltung der deutschen Minderheitenprobleme im Osten künftig sicherer sein würde. Aber für manche

Politiker schien der „Transfer“ von Menschen mehr ein Problem der Versorgung als das des „Heimatrechts“ zu sein⁵⁶).

Evakuierung, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, auch im Jahre 1985 ein z. T. noch immer leidenschaftlich diskutiertes Thema, waren in erster Linie die *Konsequenz des von dem NS-Regime entfesselten Krieges* und seiner *Vernichtungspraktiken*. Demgegenüber waren Gewalt und Übergriffe von Russen und Polen auf die Radikalisierung des Krieges, das individuelle Versagen rationaler Kontrolle (Rache) und vielfach auch auf einen Durchbruch primitiver Gefühle zurückzuführen, was an dem schrecklichen Einzelschicksal vieler Deutschen jedoch wenig geändert hat. Aber der grundlegende Unterschied zur Vorsätzlichkeit einer politisch und ideologisch „gerechtfertigten“ Rassenpolitik nationalsozialistischer Provenienz darf dabei doch unter keinen Umständen übersehen werden. Völlig unangebracht erscheint es, das eine gegen das andere aufrechnen zu wollen und festzustellen, daß sich beide Seiten im Grunde nichts mehr vorzuwerfen hätten. Denn nur derjenige, der zwischen *Ursache* und *Wirkung* dieser Ereignisse zu unterscheiden vermag, wird die Zusammenhänge angemessener beurteilen können und fähig sein, eine echte Aussöhnung zwischen Deutschen, Polen und Russen zu praktizieren, deren Grundlage die politische Anerkennung der heute existierenden Lebensräume in Ost und West bleibt⁵⁷).

IX. Die Kriegsgefangenen: Leiden ohne Ende

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 bedeutete für Millionen deutscher Soldaten nicht das Ende eines langen, entbehrungsreichen und mörderischen Kampfes, sondern den Beginn eines

neuen, ungewissen Leidens in Kriegsgefangenenlagern. Jahrelang lebten die meisten von ihnen fernab von ihrer Familie, in dumpfer Verzweiflung und Unfreiheit, ohne den alten, gewohnten Gruppenzusammenhalt und in einer fremden Umgebung, in der ihnen die Menschen lange Zeit feindlich oder ablehnend gegenüberstanden⁵⁸). Großbritannien,

⁵⁴) Vgl. Anatomie des SS-Staates (Anm. 42), (Beitrag: Jacobsen, S. 137 ff.); Vtoraja mirowaja voina (Anm. 36), S. 248 ff.; Istorija vtoroj mirovoj voini 1939—1945, Bd. 12: itogi i uroki (= Ergebnisse und Lehren), Moskau 1982, S. 141 ff.

⁵⁵) Vgl. die Potsdamer Vereinbarungen u. a. in: I. v. Münch (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1968, S. 32 ff. (XIII: „... in an orderly and humane manner...“), ebd. S. 42. Zum Gesamtkomplex vgl. jetzt die Studie von A. Tyrell, Die britische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939—1945, Bonn 1985. S. auch: Potsdam und die deutsche Frage, Köln 1970 (Beiträge v. E. Deuerlein u. a.).

⁵⁶) Vgl. A. Tyrell (Anm. 55).

⁵⁷) Vgl. H.-A. Jacobsen, The role of the Federal Republic of Germany in the World 1949—1982; in: Ch. Burdick/H.-A. Jacobsen u. a. (Eds.), Contemporary Germany. Politics and Culture, Boulder and London 1984, S. 152 ff.; A. Grosser, Das Deutschland im Westen, München — Wien 1985, S. 281 ff.

⁵⁸) Vgl. den zusammenfassenden Bericht in E. Maschke (Hrsg.), Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. XV, München 1974. Populäre Darstellung: P. Carell/G. Böldcker, Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher

die USA, die Sowjetunion, Frankreich, Jugoslawien, Polen, Belgien, die Tschechoslowakei, die Niederlande und Luxemburg hatten seit Kriegsbeginn über 11 Millionen deutsche Soldaten gefangen genommen. Im Sommer 1945 befanden sich von diesen noch ca. 7,6 Millionen in ihrem Gewahrsam, darunter fünf Millionen im westlichen und zwei Millionen im östlichen. Bis Anfang 1947 hatte sich dieses Verhältnis auf 50:50 (von insgesamt 2,37 Millionen) verschoben. Während es im Westen 1949 (von Einzelhaftierten abgesehen) keine Kriegsgefangenen mehr gab, wurden in der Sowjetunion ungeachtet der Vereinbarungen der Siegermächte von 1947, alle Kriegsgefangenen zu entlassen, noch knapp eine halbe Million festgehalten; Anfang 1951 waren es noch 28 000. Letztere waren als sogenannte „Kriegsverbrecher“ im Schnellverfahren verurteilt worden, von denen die letzten 10 000 erst nach dem Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau und der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion 1955 in die Heimat zurückkehrten⁵⁹).

Nach Berechnungen der wissenschaftlichen Kommission für die deutsche Kriegsgefangengeschichte verstarben in den Jahren von 1945—1950 wahrscheinlich über 500 000 Deutsche an Unterernährung oder Krankheiten (Seuchen, da zunächst keine Sera gegen Typhus, Paratyphus, Fleckfieber und Ruhr vorhanden waren). Nur den wenigsten gelang die Flucht, am ehesten noch aus französischem Gewahrsam. Die allgemeine Lage der

deutschen Kriegsgefangenen war anfangs ebenso deprimierend wie beschwerlich, wenn dabei auch nicht vergessen werden darf, daß zu dieser Zeit Not und Elend in vielen europäischen Staaten herrschten. Sie war vor allem durch Mängel aller Art, fehlende ärztliche Betreuung und psychische Belastungen gekennzeichnet. Zu Beginn war die Sterblichkeit infolge langer Fußmärsche, unzureichender Bekleidung, beschwerlicher Transporte und primitiver Unterkünfte besonders hoch. Es dauerte Monate, bis feste Quartiere eingerichtet werden konnten, die einzelnen sich akklimatisiert und die körperlichen Widerstandskräfte so zugenommen hatten, daß man den harten Bedingungen eines Lagerlebens gewachsen war.

Alle Kriegsgefangenen mußten ihren Beitrag zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden, auf eine Vielzahl von Arbeitsplätzen verteilt, leisten, darunter im Bergbau, in der Forst- und Landwirtschaft, bei Aufräumarbeiten und beim Bau von Transportwegen. Währenddessen versuchten die Vertreter der Gewährsländer, die Kriegsgefangenen politisch umzuschulen. Es galt, den Nationalsozialismus und seine Ideen zu überwinden und die Deutschen mit den Werten demokratischer Prinzipien vertraut zu machen. Allerdings gingen Ost und West dabei von einem gegensätzlichen demokratischen Selbstverständnis aus. Daß die zahlreichen Antifa-Schulen und Kurse in der Sowjetunion nur sehr bescheidene Erfolge erzielen konnten, war angesichts der Realitäten des Sowjetkommunismus nicht weiter verwunderlich⁶⁰).

X. Der 8. Mai — ein „sperriger Gedenktag“?

Nach dem Dargelegten müssen wir fragen: Handelt es sich bei dem 8. Mai wirklich um einen „sperrigen Gedenktag“? Wohl kaum — wenn man sich die verschiedenen Erfahrungsebenen vor Augen hält und daraus bestimmte Erkenntnisse ableitet. Schwieriger ist natürlich die Frage zu beantworten, in welcher Form 1985, 1990 oder 1995 dieses Datums gedacht werden soll. Der *Mai 1945* hat für uns *Deutsche* eine *vielfache Bedeutung*. Zuerst und vor allem ist er *Andenken* an die

Augenblicke des Schmerzes und tiefer *Trauer* über die millionenfachen sinnlosen Opfer und des Opfertodes für das andere Deutschland. Zugleich ist er *Erinnerung* an die *selbstverschuldete militärische Niederlage*, die, gleichsam als Stachel heilsamer Unruhe, mahnen sollte, daß nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen darf. Sodann ist er *Gedenken* an das *Schicksal von Gefangenen* und *Vertriebenen*, damit an den Verlust der geliebten Heimat, das mit der ernstlichen und steten Einsicht verbunden sein sollte, die politischen Realitäten in Europa im Interesse

Soldaten hinter Stacheldraht, Frankfurt — Berlin — Wien 1980.

⁵⁹) Vgl. H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer 1949 bis 1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland), Stuttgart 1981, S. 273ff.

⁶⁰) Vgl. E. Maschke (Anm. 58), S. 258ff.; Aufzeichnungen des Verf. über das Leben in KG-Lagern des Kaukasus und der Ukraine (1945—1949).

des Friedens und einer echten Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas zu akzeptieren. Und schließlich ist er *Anlaß zu doppelter Dankbarkeit*: Zum einen dafür, daß die Deutschen von dem täglichen Alpdruck des furchtbaren Bombenkrieges und des gnadenlosen Kampfes an allen Fronten erlöst wurden; zum anderen dafür, daß Deutschland von der NS-Gewaltherrschaft befreit wurde. Wahrscheinlich können wir letzteres allerdings erst

heute voll begreifen und gebührend würdigen. Die Deutschen haben dies — abgesehen von den personellen Opfern und der materiellen Zerstörung — mit dem hohen *Preis der Teilung* ihres Vaterlandes bezahlen müssen. Indessen: Die Aufforderung zur Wahrung der Einheit Deutschlands wird auch weiterhin Geltung behalten, solange der politische Wille das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen lebendig hält⁶¹).

XI. Weltgeschichtliche Zäsur

Um das Jahr 1945 in seiner *weltgeschichtlichen Bedeutung* ganz verstehen und damit für die Geschichte Deutschlands angemessen bewerten zu können, muß abschließend noch eine knappe Bilanz des Zweiten Weltkrieges gezogen werden. Fraglos hat das Epochenjahr das Gesicht unseres Jahrhunderts entscheidend verändert. Denn mit dieser Wegscheide verbindet sich nicht nur der Bruch mit jahrhundertealten Traditionen, Kontinuitäten und Prinzipien, sondern auch der Beginn neuer Mächtekonstellationen im internationalen System und eines qualitativ veränderten wissenschaftlich-technischen Zeitalters. Dies hat zu weitreichenden, ja zu unabsehbaren Konsequenzen für die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik aller Völker geführt. Im Übergang von Kriegs- zu Friedenszeiten standen die verantwortlichen Staatsmänner vor schier unlösbaren Aufgaben. Sie mußten mit den chaotischen Verhältnissen und sozialen Umwälzungen fertig werden — und das in einer Welt, die aus den Fugen geraten war und in der frühere, weithin akzeptierte Werte an Gültigkeit verloren, andere hingegen infolge des totalen Krieges an Bedeutung gewonnen hatten. Jetzt mußten letztere wieder den verbindlichen politischen und rechtlichen Normen ihrer Staaten angeglichen werden⁶²).

Wer *Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkrieges* überblickt, wird die *ungeheure Umwälzung*, die sich dadurch vollzogen hat oder ausgelöst wurde, erkennen. *Deutschland* hatte, begleitet von einer zweiten Völkerwanderung von Ost nach West, die schwerste mili-

tärische Niederlage in seiner Geschichte erlitten. Es war politisch total entmachtet, besetzt und zugleich von der NS-Gewaltherrschaft befreit worden. Seine in der Bismarck-Zeit gewonnene Großmachtstellung hatte es selbstverschuldet verspielt. Ein Viertel des alten Reichsgebietes war verlorengegangen, während weite Teile des Landes einem Trümmerfeld glichen. Aus dem Subjekt der Weltgeschichte wurde ein Objekt der Viermächteverwaltung, ohne daß dieses allerdings seinen Lebensrhythmus von einem Nullpunkt aus hätte einrichten müssen. Wohl hatten die Siegermächte auf der *Konferenz von Potsdam* zur Lösung der deutschen Frage zahlreiche leitende Prinzipien entwickelt, aber der ausbrechende „*Kalte Krieg*“ verhinderte eine gleichartige Durchsetzung derselben in den vier Besatzungszonen, da Ost und West die vereinbarten Bestimmungen unterschiedlich auslegten⁶³).

Den Verbündeten NS-Deutschlands, *Italien* und *Japan*, obwohl ebenfalls besiegt und auf ihre territorialen Ausgangspositionen vor Kriegseintritt zurückgeworfen, blieb wenigstens die staatliche Einheit und mehr Kontinuität erhalten. Der japanische Kaiser, wenn auch nicht mehr Gott, galt nach wie vor als Symbol für den nationalen Zusammenhalt seines Landes. Deutschland und Japan schieden als Weltmächte aus und wurden zu Mächten zweiter Ordnung. Als die Kräfte des militanten Nippons, des faschistischen Italiens und des nationalsozialistischen Deutschlands die großen Demokratien und den Sowjetkommunismus gleichzeitig in die Schranken gefordert hatten, hatten sie damit nicht nur ihr

⁶¹) Zur deutschen Frage: E. Schulz, Die deutsche Nation in Europa, Bonn 1982; H.-A. Jacobsen (Anm. 57), S. 174f. Vgl. allgemein: J. Becker/A. Hillgruber (Hrsg.), Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, München 1983.

⁶²) Vgl. allgemein: A. Hillgruber (Anm. 21); H. G. Dahms (Anm. 32).

⁶³) Vgl. Th. Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945—1949 (Geschichte der Bundesrep. Deutschland), Stuttgart 1982, S. 281ff.; J. H. Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikas Deutschlandpolitik 1943—1948, München 1981.

eigenes Schicksal besiegelt, sondern zugleich auch die letzten Dämme gegenüber dem Bolschewismus in Europa und Asien niedergerissen. Denn die Demokratien waren in diesem weltweiten, erbarmungslosen Ringen gezwungen, wollten sie selbst überleben, den Kommunismus an allen Fronten und in den Untergrundarmeen zu unterstützen. Dieses Zweckbündnis, von dem sich viele 1941—1945 eine dauerhafte Allianz für die Nachkriegszeit versprachen, hielt allen Belastungen stand, bis die gemeinsamen Gegner niedergerungen waren. Es begann in dem Augenblick zu zerbrechen, in dem der militärische Sieg errungen war und das Trennende zwischen den Bündnispartnern wieder sichtbar wurde⁶⁴).

Die *Westmächte* hatten fraglos unter Wahrung ihrer machtpolitischen und ökonomischen Interessen für das universalistische Prinzip der Demokratien sowie ihrer Werte und damit für Selbstbestimmung und Menschenrechte gefochten, d. h. für ein Prinzip, das jedem Staate ermöglichen sollte, die Regierungsform zu wählen, unter der seine Angehörigen leben wollten. Und auch die in der Endphase des Krieges erarbeiteten Pläne für die Umerziehung der Deutschen ließen keinen Zweifel daran, daß sie in den von ihnen besetzten Zonen die Verwirklichung demokratischer Ideale wie die der Meinungs-, Rede-, Presse- und Religionsfreiheit garantieren wollten⁶⁵).

Großbritannien hatte seine früher dominierende Stellung in der Welt verloren. Schon vor und vor allem während des Krieges hatte es die Unterstützung der USA gesucht und sich schließlich der Führung Washingtons untergeordnet, weil es allein gar nicht mehr in der Lage war, das europäische Gleichgewicht zu wahren und den Frieden zu sichern. Auflösungstendenzen innerhalb des Commonwealth sowie die Ungewißheit über das Schicksal Osteuropas hinter dem „Eisernen Vorhang“ und das künftige Verhalten Moskaus in der internationalen Politik kamen als beunruhigende Elemente hinzu. Die durch die Wahlen vom Juli 1945 an die Macht gelangten Führer der Labour Partei versuchten als erstes, mit Hilfe sozialer Reformen im Innern und unter Verzicht auf traditionelle imperialistische Politik der neuen Situation gerecht zu werden⁶⁶).

⁶⁴) Vgl. A. Hillgruber (Anm. 21), S. 156ff. (dort weiterführende Literatur).

⁶⁵) Vgl. A. Tyrell (Anm. 55); R. Dallek, Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932—1945, New York 1979, S. 485ff.

⁶⁶) Vgl. Anm. 65.

Frankreich hatte zwar 1940 eine schwere militärische Niederlage erlitten, aber Charles de Gaulle und seine Anhänger (einschließlich der Resistance) hatten nicht nur für die Unabhängigkeit gekämpft, sondern auch für die gleichberechtigte und eigenständige erneuerte Großmachtstellung ihres Landes. Durch die Entscheidungen des Jahres 1944/45, d. h. durch die Schaffung einer französischen Besatzungszone in Deutschland, die permanente Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und den Abschluß des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages waren hierfür wichtige Voraussetzungen geschaffen worden. Aber nichts konnte darüber hinwegtäuschen, daß hierbei eine „mythische Verklärung der eigenen Größe“ und die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten in Europa und der Welt mitgespielt haben. Dem beherrschenden Einfluß der USA konnten sich die Franzosen schließlich ebensowenig entziehen wie die Engländer. Im Laufe des Jahres 1948 schwenkten sie unter dem Druck des „Kalten Krieges“ auf das Westbündnis ein⁶⁷).

Die *USA* zählten neben der Sowjetunion zu den eigentlichen Hauptsiegern des Zweiten Weltkrieges. Sie waren endgültig zur führenden Weltmacht aufgestiegen. Mit ihrem Kernwaffenmonopol und dem außerordentlich großen ökonomischen Gewicht konnten sie ihre Überlegenheit ausspielen und die Weltordnung nach 1945 jahrelang dominieren. Ob sie allerdings für diese schwierige Aufgabe hinreichend vorbereitet waren, darf nach allen bis heute vorliegenden Zeugnissen bezweifelt werden. Immerhin: Die führenden Politiker in Washington hatten inzwischen eines begriffen: Einen Rückfall in die Isolation wie am Ende des Ersten Weltkrieges wollten und konnten sie sich nicht mehr leisten. Nach den gemachten Erfahrungen und einer Periode von Fehleinschätzungen, was den sowjetischen Verbündeten anbetraf, schien das weltweite Engagement der USA unter Berücksichtigung des Primats von Wirtschafts- und Finanzinteressen notwendiger denn je zu sein. Nur auf diese Weise konnten in Zukunft stabilere Verhältnisse und der Frieden in allen Erdteilen gewährleistet werden⁶⁸).

⁶⁷) Vgl. Anm. 64; E. Weisenfeld, Frankreichs Geschichte seit dem Krieg, München 1980, S. 12ff.

⁶⁸) Vgl. Anm. 65; W. A. Harriman/E. Abel, In geheimer Mission. Als Sonderbeauftragter Roosevelts bei Churchill und Stalin 1941—1946, Stuttgart 1979; G. L. Weinberg, World in the Balance. Behind the Scenes of World War II, Hanover — London 1981, S. 27ff.

Die Sowjetunion aber nützte die historische Stunde, um ihr Ordnungssystem des Marxismus-Leninismus mittels revolutionärer Methoden weiter auszubreiten und ihre nunmehr erkämpfte Rolle als gleichberechtigte Weltmacht zu behaupten. Entsprechend der parteioffiziellen Sprachregelung bedeutete ihr Beitrag zum Sieg nach der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ die „zweite welthistorische Befreiungstat für die Menschheit“. Gleichzeitig schirmte sie ihr eigenes vergrößertes Imperium durch eine strategische Sicherung ihres Vorfeldes ab. Diese Entwicklung wurde noch dadurch verschärft, daß sich seit dem Treffen an der Elbe (April 1945) amerikanisch-britisch-französische und sowjetische Truppen in Mitteldeutschland unmittelbar gegenüberstanden⁶⁹⁾.

Der Zweite Weltkrieg hat das Kräfteverhältnis im europäischen und Weltstaatensystem grundlegend verschoben und seine Schwerpunkte — unabhängig von der Gründung der Vereinten Nationen — nach Washington und Moskau verlagert. An die Stelle des europäischen Gleichgewichts, das bereits durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges erschüttert worden war, trat, ebenso als Folge der waffentechnischen Revolution, das *bipolare Gleichgewicht der Supermächte*, das sich erst in den sechziger Jahren wieder zu einem multilateralen System von Mächtigkeitsgruppen und Staaten aufzulockern begann⁷⁰⁾.

Ausgelöst hat der Zweite Weltkrieg aber auch jenen spannungsreichen Prozeß, der nach 1945 als *Ost-West-Konflikt* und *Entkolonialisierung* in Asien und Afrika in die Geschichte eingegangen ist. Die *Teilung der Welt, Deutschlands, Europas und Koreas*, die Auseinandersetzung um den Status quo und die Bolschewisierung Osteuropas waren seine ersten Stationen, die von einer wachsenden wechselseitigen Durchdringung von Außen- und Gesellschaftspolitik begleitet waren. In Asien folgte der Sieg der kommunistischen Parteien in fast allen Ländern, in denen kommunistische Widerstandsorganisationen zusammen mit den Alliierten gegen Japan gekämpft und gesiegt hatten. Unter Berufung auf die Atlantik-Charta (1941) und die Charta der Vereinten Nationen drängten die natio-

⁶⁹⁾ A. Fischer, Die Sowjetunion in der Weltpolitik 1941—1945, in: O. Hauser (Hrsg.), Weltpolitik II: 1939—1945, Göttingen 1975, S. 74 ff.; J. K. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik 1945—1975, Düsseldorf 1977.

⁷⁰⁾ Vgl. den Überblick: H. Wassmund, Grundzüge der Weltpolitik. Daten und Tendenzen von 1945 bis zur Gegenwart, München 1982.

nalistischen Parteien zur Unabhängigkeit. Ihre Bewegungen erreichten in Asien Ende der vierziger bzw. Anfang der fünfziger Jahre und in Afrika in den sechziger Jahren ihren Höhepunkt⁷¹⁾.

Alles zusammen beweist, daß dieser Krieg nicht allein mit der Kategorie von Hegemonialkriegen verglichen werden kann, die den Gang der letzten Jahrhunderte bestimmt haben. Vielmehr hat es sich von 1939 bis 1945 um einen totalen, weltweiten Konflikt gehandelt, in dem verschiedene Staaten — z. T. regional begrenzte — neue Ordnungsprinzipien durchsetzen wollten, alte Ordnungsmächte um die Behauptung des Status quo, ihrer Lebensordnung, ihrer Wirtschafts- und Wertvorstellungen kämpften, jüngere farbige Völker in Asien und Afrika diesen Waffengang nutzten, ihre alten Bande und Fesseln abzustreifen, und der Sowjetkommunismus sein Herrschaftssystem Teilen der Welt zu oktroyieren verstand.

So betrachtet hatte das Ende des jahrelangen erbitterten Ringens nicht, wie von vielen Zeitgenossen erhofft, zur Befriedung der Welt unter der Kontrolle der Weltpolizisten (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China) nach den Vorstellungen Roosevelts geführt, sondern die — jetzt offen ausbrechenden — machtpolitischen, ökonomischen und ideologischen Konflikte der ehemaligen Verbündeten und damit den provisorischen Charakter des Friedens enthüllt⁷²⁾.

Wohl hatten sich 50 Staaten zu den 1945 gegründeten *Vereinten Nationen* als Instrument kollektiver Sicherheit bekannt, doch hatten sie, im Gegensatz zur Entwicklung nach 1918, vorher keine Einigung über den Status quo erzielt. Wenn auch den USA und der Sowjetunion, jeder auf ihre Weise, der Glaube an „eine bessere Welt“, den „Fortschritt“, die „Einheit“ der Menschheit und die Bestimmungen des Individuums zu „Freiheit, Wohlstand und Glück“ gemeinsam war, am Beispiel der Herrschaftspraxis in West- und Osteuropa wurden die prinzipiellen Gegensätze zwischen einer freiheitlich-rechtsstaatlichen und einer kommunistischen Ordnung bald allzu offenkundig⁷³⁾.

Zwischen den sich herausbildenden *Blöcken*, in deren Spannungsfeld die dazwischenlie-

⁷¹⁾ Ebd.; W. Benz/H. Graml (Hrsg.), Weltprobleme zwischen den Machtblöcken. Das Zwanzigste Jahrhundert, III, Frankfurt 1981, S. 334 ff.

⁷²⁾ Ebd.

⁷³⁾ Vgl. K. Hüfner/J. Naumann, Das System der Vereinten Nationen, Düsseldorf 1974.

genden kleineren Staaten (von Ausnahmen in den Randzonen abgesehen) keine wesentliche politische Eigenständigkeit besitzen konnten, steigerte sich von Jahr zu Jahr der Konkurrenzkampf, durchdrungen von dem Charakter eines Entweder-Oder. Jeder Schritt der einen Seite wurde von dem Gegenüber als Herausforderung, als Gefährdung der eigenen Sicherheit, als Verschwörung oder Subversion gegen sich selbst und die eigenen nationalen Interessen ausgelegt. Die Atmosphäre der Nachkriegsverhandlungen war vergiftet und voller Mißtrauen. Auf Grund der *ideologischen Spaltung in Ost und West* wurde die Welt nicht mehr einheitlich interpretiert. *Deutschland aber wurde geteilt* und die souverän gewordenen Staaten Bundesrepublik

XII. Ausblick

Vierzig Jahre nach diesem geschichtlichen Wendepunkt begreift sich die *Bundesrepublik Deutschland* als Teil ihrer Umwelt und handelt nicht isoliert. Bei ihrer Politik des Interessenausgleichs, der Friedenssicherung und Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt nimmt sie nicht nur Rücksicht auf das westliche Bündnis, in dem sie sich fest verankert fühlt, sondern sie beachtet auch die Interessenlage der sozialistischen Staaten⁷⁶⁾.

Angesichts der so zahlreichen Herausforderungen unserer Zeit wird sie durch ihr Handeln zu zeigen haben, daß die Weltgeschichte keine Einbahnstraße ist. Es wird nicht zuletzt von ihrer Kraft und Entschlossenheit im Bündnis, von der Attraktivität, den verwirklichten Werten ihrer Grundordnung, ihrer

⁷⁴⁾ Vgl. Anm. 63.

⁷⁵⁾ Vgl. A. Buchan, *Der Krieg in unserer Zeit*, München 1968; A. Legault/G. Lindsey, *Dynamik des nuklearen Gleichgewichts*, Frankfurt 1973.

⁷⁶⁾ Vgl. H.-A. Jacobsen (Anm. 57); grundlegend: H. Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955—1982*, Baden-Baden 1983.

Deutschland und DDR in die jeweiligen Machtsphären integriert⁷⁴⁾.

Zur gleichen Zeit war das *Atomzeitalter* angebrochen. Der Besitz der neuen, fast apokalyptisch zu nennenden A-Waffen bedeutete die mögliche Beherrschung der Welt, auf jeden Fall entscheidendes Attribut einer Großmachtstellung, wirklicher Souveränität und Verfügungsgewalt über moderne Streitkräfte. Die Menschheit aber stand vor der Wahl ihrer technischen Möglichkeiten. Zunächst allerdings führte das Gesetz der Wechselwirkung auf dem Gebiet des Rüstungswettlaufes in den fünfziger und sechziger Jahren zu jenem prekären „Gleichgewicht des Schreckens“ („atomares Patt“), das die Existenz der Völker bis heute überschattet hat⁷⁵⁾.

wirtschaftlichen Stabilität und Fähigkeit zur Innovation abhängen, ob in diesem Teil Deutschlands die menschliche Würde gesichert und eine humanere, freiere Gesellschaft verwirklicht werden können, deren Beispiel sich auch positiv auf den anderen Teil der deutschen Nation auswirkt. Wenn sie darauf alle ihre Energien konzentriert, *den politischen Status quo in Europa ohne Vorbehalte akzeptiert* und ein *geregeltetes Miteinander mit der DDR* anstrebt, würde sie in Zukunft als mittlere Macht mit erheblichem ökonomischen und militärischen Gewicht *für die Organisation des Friedens in Europa* und damit in der *Welt einen entscheidenden Beitrag* leisten. Sie und die anderen Völker müssen allerdings mehr denn je lernen, in Ordnungen zu leben, in denen der Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben — auch mit Andersdenkenden und -handelnden — nicht nur Theorie bleibt, sondern zur Wirklichkeit des Alltags wird und damit zum Mittelpunkt einer Politik aufrichtiger Toleranz und Wahrhaftigkeit. Erst dadurch würden sie alle — *Sieger und Besiegte* von einst — das Vermächtnis von über 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges einlösen.

Die deutschlandpolitischen Hauptziele der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg

I. Der gemeinsame Nenner: Bedingungslose Kapitulation

Die elftägige Konferenz, die Roosevelt und Churchill nach der Eroberung Französisch-Nordafrikas im Januar 1943 im marokkanischen Casablanca abhielten, war durch die jüngsten Erfolge der Alliierten im Kampf gegen die Achsenmächte notwendig geworden. In ihrem Mittelpunkt standen deshalb Entscheidungen über die Strategie der nächsten Monate. Stalin war ebenfalls eingeladen worden, nahm an der Konferenz aber nicht teil, weil er Moskau während der Schlacht um Stalingrad nicht verlassen wollte.

Während der gemeinsamen Pressekonferenz zum Abschluß des Treffens ging Roosevelt auch auf die Kriegsziele der Alliierten ein. Er sagte, der Frieden könne nach allgemeiner Auffassung „nur durch die vollständige Beseitigung der deutschen und der japanischen Kriegsmacht herbeigeführt werden ... Die Beseitigung der deutschen, japanischen und italienischen Kriegsmacht bedeutet die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans. Sie bedeutet eine angemessene Garantie des zukünftigen Friedens in der Welt. Sie bedeutet nicht die Vernichtung der Bevölkerung Deutschlands, Italiens oder Japans, aber sie bedeutet die Zerstörung derjenigen Weltanschauungen in diesen Ländern, die auf Eroberung und auf der Unterjochung anderer Völker beruhen.“¹⁾

Die Genesis von Roosevelts Forderung, die in ihrer provokativen Zuspitzung auf die Zeitgenossen überraschender wirkte, als es der Sache nach eigentlich berechtigt war, ist in-

¹⁾ Foreign Relations of the United States. Diplomatic Paper. [=FRUS]. The Conferences at Washington, 1941—1942, and Casablanca 1943, Washington 1968, S. 727.

Dieser Text enthält Auszüge aus einer umfassenden Arbeit des Verfassers, die im Sommer 1985 unter dem Titel „Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941—1945“ als Beiheft 2 zu den Dokumenten zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, im Alfred Metzner Verlag Frankfurt a. M. erscheinen wird.

zwischen weitgehend erforscht worden²⁾. Man weiß, daß der Präsident sie nicht improvisiert formulierte, sondern daß er selbst den Begriff „unconditional surrender“ bereits in den Wochen zuvor zur Beschreibung seines allgemeinen Hauptkriegsziels benutzt hatte.

Für die britische Regierung stellte die Zustimmung zu der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation ebenfalls keinen Bruch mit ihren bisherigen Kriegszielvorstellungen gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten dar. Churchill und Eden hatten seit 1940 die „vollständige Niederlage Deutschlands“ als Ziel der britischen Kriegführung herausgestellt und die Notwendigkeit von sicherheitspolitischen Eingriffen der Sieger in die innere Struktur des deutschen Staates betont. In der Atlantik-Charta war 1941 die „endgültige Zerstörung der Nazi-Tyrannie“ verlangt worden, und die Unterzeichner der Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 hatten die Forderung nach dem „vollständigen Sieg“ über Deutschland, Italien und Japan erhoben. Am 2. Dezember 1942 hatte Eden im Unterhaus gerade noch einmal darauf hingewiesen, daß es nicht damit getan sein würde, die Regierung Hitler zu beseitigen. „Es wäre reine Torheit, eine nicht-nationalsozialistische Regierung entstehen zu lassen und dann sozusagen auf das Glück zu vertrauen. Die Ausrottung der alten falschen Götter wird eine langwierige und mühsame Arbeit sein, aber sie muß vollbracht werden.“³⁾

Die Verfechter der „unconditional surrender“-Forderung sind nach dem Krieg dafür kritisiert worden, daß sie mit ihrer „psychologisch äußerst ungeschickten“ Formel⁴⁾ den Hand-

²⁾ G. Moltmann, Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung, in: A. Hillgruber (Hrsg.), Probleme des Zweiten Weltkrieges, Köln — Berlin 1967, S. 171ff.; M. Balfour, Propaganda in War, 1939—1945, London — Boston 1979, S. 312ff.

³⁾ A. Eden, Freedom and Order. Selected Speeches 1939—1946, London 1947, S. 181.

⁴⁾ H.-A. Jacobsen, Zur Konzeption einer Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939—1945, Frankfurt a. M. 1964, S. 36.

lungsspielraum für ein flexibles Verhalten gegenüber Deutschland wesentlich eingeengt und dadurch vermutlich sogar den Krieg verlängert hätten, weil ihre Forderung dem Gegner keinen anderen Ausweg offengelassen habe, als bis zum bitteren Ende Widerstand zu leisten⁵⁾. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Forderung zum Zeitpunkt ihrer öffentlichen Proklamation aus der Sicht der Alliierten durchaus zeitgemäß erschien und nicht umstritten war. Die auf einen plakativen Nenner gebrachte Verdeutlichung des Hauptkriegsziels der Alliierten bildete den Höhepunkt und konsequenten Abschluß der allgemeinen Kriegszielerklärungen der Mächte der Anti-Hitler-Koalition. Auch Stalin unterstützte sie, soweit sie sich auf das NS-Regime bezog. Er bezeichnete in seinem Tagesbefehl an die Rote Armee vom 1. Mai 1943 „die völlige Zerschmetterung der Hitlerarmeen und die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands“ als Grundvoraussetzung für den Frieden in Europa⁶⁾.

Das bedeutsamste Motiv der Bekanntmachung, das länger und intensiver nachwirkte als ihre anderen Zwecke, enthüllt ihr kriegszielpolitischer Aspekt. Die mit der Forderung verbundenen Absichten standen in engem Zusammenhang mit der bisherigen Haltung zur Kriegszielfrage. Roosevelt und Churchill kam es einmal darauf an, daß die Alliierten allein, ohne Beeinträchtigung durch Forderungen seitens der Gegner, über die Art und Weise der Beendigung des Krieges bestimmen sollten, zum anderen aber auch darauf, daß sie sich volle Handlungsfreiheit für die Eingriffe wahrten, durch die Deutschland, Italien und Japan anschließend dauerhaft entmachteter werden sollten. Mit ihrer unwiderruflichen Absage an einen Kompromißfrieden mit den Achsenmächten zogen Roosevelt und Churchill bewußt die Konsequenz aus den Lehren der eigenen Vergangenheit. Am 5. November 1918 hatte die amerikanische Regierung im Namen der alliierten Mächte den Deutschen durch ihre Zusagen für den zukünftigen Frieden ein Argument geliefert, mit dem sie später propagandistisch wirkungsvoll gegen den Versailler Vertrag agitiert hatten. Diesen Fehler wollten sie nicht nochmals begehen. Auch sollten sich die politischen Fehlentwicklungen nicht wiederholen, zu denen es in Deutschland auch deshalb

⁵⁾ So besonders A. Armstrong, *Bedingungslose Kapitulation. Die teuerste Fehlentscheidung der Neuzeit*, Wien — München 1965.

⁶⁾ J. W. Stalin, *Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion*, Moskau 1946³, S. 111.

gekommen war, weil die alliierten Sicherheitsvorkehrungen unvollkommen gewesen und inkonsequent durchgeführt worden waren⁷⁾.

Inhaltlich war das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation — seiner äußerlichen Eindeutigkeit zum Trotz — weitgehend unbestimmt. Das war in dreifacher Hinsicht bedeutungsvoll.

Mit der Verkündung des Tabularasa-Prinzips legten die Regierungschefs sich nicht gleichzeitig auch auf eine kompromißlos und unwandelbar destruktive Politik gegenüber den besiegten Gegnern fest. Eine entsprechende Einschränkung machte Roosevelt schon während der Bekanntgabe des Prinzips in Casablanca, wie aus dem vorhin zitierten Passus hervorgeht. Churchill interpretierte in öffentlichen Äußerungen die „unconditional surrender“-Forderung ebenfalls in diesem Sinne.

Andererseits sagte die Formel selbst nichts darüber aus, wie die Alliierten diese Generalklausel in und nach dem Krieg politisch ausfüllen wollten. Die Reservierung der Handlungsfreiheit konnte kein Ersatz für eine Festlegung des Inhalts der künftigen Politik der Siegermächte gegenüber den ehemaligen Feindstaaten sein. Diesen Mangel sah man im Foreign Office und im State Department sehr wohl. Beiden Ministerien lag deshalb daran, diesen Rahmen durch Vereinbarungen über eine gemeinsame Politik der Alliierten auszufüllen. Das spätere Scheitern dieser Bemühungen war im Januar 1943 noch keineswegs abzusehen. Allerdings mußten sie damit rechnen, daß Roosevelt und Churchill die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation auch dazu benutzen würden, um ihren bekannten Vorbehalten gegen eine detaillierte Planung für die künftige Behandlung der Feindländer während des Krieges Geltung zu verschaffen.

Die fehlende inhaltliche Eindeutigkeit des Grundsatzes der bedingungslosen Kapitulation ließ bei aller äußerlichen Starrheit den Alliierten im übrigen genügend Spielraum, um im konkreten Fall flexibel handeln zu können. Roosevelt ging bezeichnenderweise in Casablanca nicht weiter darauf ein, wie die Kapitulation sich im Einzelfall vollziehen sollte. Churchill hatte schon im November 1941 im Kriegskabinett darauf hingewiesen, daß er sich durch die Existenz von Prinzipienklärungen nicht daran hindern lassen wolle,

⁷⁾ M. Balfour, *Another Look at 'Unconditional Surrender'*, in: *International Affairs* (London), 46 (1970), S. 721 ff.

durch eine Schwächung des Gegners eintretende günstige Gelegenheiten auszunutzen, um den Krieg zu beenden⁸⁾. Und wenige Monate nach der Erklärung von Casablanca zeigte sich bei der Kapitulation Italiens und in der anschließenden Politik gegenüber diesem Land, daß aktuelle Überlegungen die Auslegung des Prinzips in starkem Maße beeinflussten.

Dafür, daß der Krieg gegen Deutschland bis zum bitteren Ende weitergeführt wurde, waren deshalb in erster Linie nicht die Alliierten, sondern vielmehr Hitler verantwortlich, der nur noch die Selbstzerstörung kannte, nachdem die Weltmachtstellung unerreichbar geworden war. Unreflektierte Disziplin und Zwang bewirkten, daß ihm Wehrmacht und Bevölkerung folgten. Eine tatsächlich kriegsverlängernde Wirkung hatte die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation wohl nicht gehabt, wenn man aus der Rückschau urteilt. Während der Jahre 1943/44 war ihre Wirkung allerdings keineswegs so eindeutig festzustellen, und daraus erklärt es sich, daß sich angesichts des hartnäckigen Widerstands, den die Deutschen den Alliierten leisteten, in deren Lager verschiedentlich ein gewisses Unbehagen gegenüber der vermeintlichen Starrheit des Kapitulationsprinzips bemerkbar machte⁹⁾.

Eine schwere Last bedeutete das „unconditional surrender“-Prinzip allerdings für die nicht-kommunistische deutsche Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime. Aus ihrer Sicht versperrte es die Möglichkeit, von den Alliierten politische Zusicherungen für den Fall zu erhalten, daß sie Hitler beseitigten. Die

alliierte Forderung nach vollständiger Entmilitarisierung der Feindstaaten richtete sich zudem gegen die Wehrmacht, die das einzige Instrument darstellte, mit dem Hitler und das NS-Regime von innen überwältigt werden konnten. Jedoch darf man zweierlei nicht übersehen. Die Hoffnungen der Oppositionsgruppen auf ein politisches Entgegenkommen der Westmächte waren tatsächlich schon längst illusorisch. Denn die britische Regierung als der Hauptadressat ihrer Kontaktbemühungen hielt sich aus nicht unverständlichen Gründen seit 1941 an Churchills Anweisung, auf Föhler von deutscher Seite mit „absolutem Schweigen“ zu antworten¹⁰⁾. Am 8. Mai 1942 ging Eden in einer Rede in Edinburgh auf Hitlers Drohrede vom 26. April vor dem Reichstag ein. Dabei unterstrich er erneut, daß das deutsche Volk um so stärker mitverantwortlich für die Politik Hitlers sei, die in die Katastrophe führe, je länger es das Regime unterstütze oder toleriere. Der Außenminister fügte als Mahnung an die deutsche Opposition hinzu: „Wenn irgendeine Gruppe im deutschen Volk wirklich zu einem deutschen Staatswesen zurückkehren möchte, das auf der Achtung vor dem Gesetz und vor den Rechten des einzelnen gegründet ist, dann muß sie verstehen, daß niemand ihr glauben wird, bis sie aktive Schritte unternommen hat, um sich von ihrem derzeitigen Regime zu befreien.“¹¹⁾ Und tatsächlich ließen sich die entschlossensten Männer des Widerstands durch die alliierte Forderung nach bedingungsloser Kapitulation nicht von ihren Attentatsversuchen gegen Hitler abbringen, die aber alle scheiterten¹²⁾.

II. Großbritannien

Das Hauptziel, das die britische Koalitionsregierung unter Winston S. Churchill zwischen 1940 und 1945 im Hinblick auf Deutschland verfolgte, bestand darin, in Kooperation mit anderen Mächten Europa dauerhafte Sicher-

heit zu schaffen vor einem erneuten deutschen Versuch, den Kontinent zu beherrschen. Sicherheit wurde dabei nicht nur als Beseitigung der militärischen und wirtschaftlichen Faktoren der deutschen Macht verstanden. Der schon seit 1941 bestehende deutschlandpolitische Grundkonsens in der britischen Regierung umfaßte vielmehr auch

⁸⁾ War Cabinet Minutes [= WM] 120 (41) 5 v. 27. 11. 1941, Confidential Annex (Public Record Office, London [= PRO], Cab 65/25).

⁹⁾ Siehe z. B. D. Dilks (Ed.), *The Diaries of Sir Alexander Cadogan, O. M., 1938—1945*, London 1971, S. 551, S. 683; J. P. Glennon, „This Time Germany is a Defeated Nation“: The Doctrine of Unconditional Surrender and Some Unsuccessful Attempts to Alter it, 1943—1944, in: G. N. Grob (Ed.), *Statesmen and Statecraft of the Modern West*, Barre (Mass.) 1967, S. 123 ff.

¹⁰⁾ L. Kettenacker, Die britische Haltung zum deutschen Widerstand während des Zweiten Weltkriegs, in: ders. (Hrsg.), *Das „Andere Deutschland“ im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1977, S. 59 ff.

¹¹⁾ Eden, *Freedom* (Anm. 3), S. 159.

¹²⁾ P. Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat*, Frankfurt a. M. — Berlin 1974², S. 328 ff., S. 342 ff.

die Absicht, Deutschland neben den Mitteln dazu auch das Interesse an Expansion auf Kosten seiner Nachbarn zu nehmen und ein politisch zu einer vertrauenswürdigen Demokratie geläutertes, friedenswirtschaftlich im europäischen wie im deutschen Interesse leistungsfähiges, international kooperationswilliges Deutschland in die Gemeinschaft der europäischen Staaten zu integrieren.

Die Übereinstimmung über die generelle Zielrichtung, der die britische Deutschlandpolitik folgen sollte, wurde bis zum Ende der Koalition aus Konservativen, Labour Party und Liberalen im Mai 1945 nicht nachhaltig in Frage gestellt. Sie beruhte auf dem zentralen Axiom britischer Sicherheitspolitik, wonach Großbritannien des Friedens und der politischen Stabilität auf dem europäischen Kontinent bedurfte, um möglichst viel von der — in ihrem Bestand durch innere und äußere Gefahren längst vor 1939, jetzt aber ganz akut bedrohten — Rolle als Welthandels- und Finanzmacht bewahren zu können, auf der in der Vergangenheit seine politische und ökonomische Stabilität wesentlich beruht hatte. Die Gefahren einer Überbeanspruchung der „Weltmacht im Niedergang“, die zur Appeasement-Politik geführt hatten, bestanden nicht nur weiter, sie wurden durch die kriegsbedingten Verluste in Handel und Finanzwesen noch dramatisch verschärft.

Da die Bedrohung — wie schon seit den dreißiger Jahren — in erster Linie vom Deutschen Reich ausging, mußten die Briten zwangsläufig ihr Augenmerk darauf richten, diesen Gefahrenherd unschädlich zu machen. Für den Entschluß, durch eine umsichtige, aber nicht rachsüchtige und auf Bestrafung abzielende Entmachtung Deutschlands die Voraussetzung für seine Wiedereinbeziehung in die europäische Gemeinschaft zu schaffen, gaben vor allem drei Motivgruppen den Ausschlag: politische Lehren aus der Vergangenheit, ökonomische Notwendigkeiten und das als Folge von Deutschlands Aggressionspolitik veränderte internationale Kräftefeld, in dem seit 1941/42 die Sowjetunion eine neue Rolle zu spielen begann.

Unvergleichlich viel mehr als — zweifellos weit verbreitete und verschiedentlich auch in der amtlichen Deutschlandplanung wirksame — vansittartistische Klischees über den kriegerischen und autoritätshörigen Volkscharakter der Deutschen beeinflussten die praktischen Erfahrungen mit Versailles und Weimar die Zielbestimmung der britischen Deutschlandpolitik. Hier waren Fehler ge-

macht worden, aus denen man im eigenen Interesse lernen mußte und wollte. Den Planern und der politischen Führung in London standen zwei Erkenntnisse besonders vor Augen. Gefahren konnten nicht nur von politischer, militärischer und wirtschaftlicher Stärke, sondern mittelbar auch von innerer Instabilität in Deutschland ausgehen. Man mußte sich deshalb davor hüten, die Stabilisierung Deutschlands durch repressive Maßnahmen zu beeinträchtigen, die über das sicherheitspolitisch unerläßliche Maß hinausgingen. Starke Wirkung hinterließ in London darüber hinaus der Meinungswandel, der sich schon in den zwanziger Jahren in der Öffentlichkeit — nicht nur im eigenen Land — über das in Versailles beschlossene Sicherheitssystem vollzogen hatte.

Aus den Lehren, die man aus diesen Erkenntnissen zog, ergaben sich vier Kriterien: Die Maßnahmen, die man zum Schutz vor einer Rückkehr Deutschlands zu einer aggressiven Expansionspolitik, aber auch zur Wiedergutmachung angerichteter Schäden treffen mußte, sollten praktisch durchführbar und in Bestand und Wirkung auf Dauer gewährleistet sein; deshalb sollten sie für die eigene Bevölkerung einsichtig sein, aber auch zu einer für die Deutschen auf längere Sicht akzeptablen Lebensform überleiten. Dazu gehörte, daß die unerläßlichen Eingriffe so rasch wie möglich vorgenommen und abgeschlossen wurden und längerfristig angelegten Sicherheitsvorkehrungen nach Möglichkeit kein diskriminierender, ausschließlich gegen Deutschland gerichteter Charakter anhaftete.

Ein zusätzliches Argument, das auf historischer Erfahrung beruhte, spielte in der Zerstückelungsfrage eine Rolle: Aufgrund der Entstehungsgeschichte des Reiches verwiesen besonders die Planer immer wieder darauf, daß der Einheitsdrang des deutschen Volkes augenscheinlich so stark sei, daß ein neues politisches System in Deutschland nur dann dauerhaft Wurzeln schlagen könne, wenn es dem nationalen Gedanken Rechnung trage¹³).

Daß die Briten die wirtschaftliche Prosperität des Kriegsgegners als Fernziel in ihre Überlegungen einbezogen¹⁴), leitete sich folgerichtig

¹³) Post-War Settlement Committee Paper (43)2 v. 8. 8. 1943: The Future of Germany. Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs (PRO, Cab 87/65).

¹⁴) „Wir sollten eine drakonische Politik gegen ausgewählte Bereiche der deutschen Produktion einschlagen, und uns gegen eine Zukunftssituation

aus ihrem Interesse an der Stabilisierung Europas ab und wurde ebenfalls durch die negativen Erfahrungen mit der vergangenen Friedensregelung gestützt. Wirtschaftliche Stabilität in Deutschland war als Grundlage politischer Stabilität unerlässlich und würde friedliche Verhaltensweisen eher fördern als Arbeitslosigkeit und niedriger Lebensstandard. Abgesehen davon, daß man auf diese Weise neuen Gefahren für Deutschlands Nachbarn vorbeugte, hatte Deutschland auch ganz unmittelbar eine große wirtschaftliche Bedeutung für sie: Als Absatzmarkt und als Produzent war Deutschland wegen seiner Leistungsfähigkeit und seines Bedarfs für fast alle europäischen Länder ein sehr wichtiger Handelspartner, auf den man nur um den Preis einer Einschränkung der eigenen Prosperität oder einer erheblich verlangsamten wirtschaftlichen Erholung verzichten konnte, wenn man sich absolute Sicherheit gegen die bedrohlichen Aspekte der deutschen Wirtschaftskraft verschaffen wollte. Weder deren Ausbeutung im einseitigen Interesse der Sieger noch eine Knebelung der deutschen Industrie zugunsten der Förderung britischer Exporte waren deshalb angebracht, und entsprechende Forderungen gewannen in London nur am Rande Einfluß auf die Zielbestimmung. Auch als sich seit dem Herbst 1944 und verstärkt seit Anfang 1945 wegen der akuten Gefahren, die davon für den britischen Haushalt ausgingen, das unmittelbare Interesse Londons auf die Bewältigung der Versorgungsschwierigkeiten in Deutschland und speziell in der britischen Besatzungszone verlagerte, wurde die grundsätzliche Zielsetzung nicht aufgegeben, wenn ihre Verwirklichung auch durch das Reparationsproblem auf das schwerste vorbelastet wurde.

schützen, in der wir einer Kombination gegenüberstünden, in der stärkster diplomatischer Druck unterstützt würde durch technische Apparate vom Typ weiterentwickelter V 1 und V 2[-Raketen]. Das könne erreicht werden, wenn wir die relativ kleine Zahl industrieller Tätigkeitsbereiche völlig beseitigten, die aus unserer Sicht die wichtigsten seien und die außerdem am schwierigsten geheimgehalten werden könnten; danach könnten wir Deutschland in den übrigen industriellen Bereichen ein großes Maß an Bewegungsfreiheit gestatten", sagte Produktionsminister Lyttelton am 31. 7. 1944 unter Zustimmung seiner Kollegen im Kabinettsausschuß für Waffenstillstands- und Nachkriegsfragen (PRO, Cab 87/66). Finanzminister Anderson, dessen Amt mit dem Aufkommen der Reparationsfrage nach Jalta immer stärkeren Einfluß auf die Deutschlandpolitik nahm, erläuterte die gleiche Auffassung mit einem plastischen Vergleich: „Unsere Politik sollte sein, die Giftzähne zu ziehen, aber einige Zähne stehen zu lassen.“ (Ebd.).

Den Stolperstein der Reparationen hofften die Briten durch Verzicht auf unrealistische Forderungen, durch Orientierung an der deutschen Leistungsfähigkeit statt an den Wiedergutmachungsansprüchen der Geschädigten und durch eine möglichst rasche Abwicklung in seinen negativen Auswirkungen begrenzen zu können¹⁵). Nachdem die Verhandlungen in Jalta und Moskau (Juni—Juli 1945) ihnen offenbart hatten, daß sie Umfang und Hartnäckigkeit der sowjetischen Ansprüche stark unterschätzt hatten, wurde ihnen ein Nachgeben auf Kosten Deutschlands zugunsten der alliierten Kooperation — wie etwa in der Frage der Ostgebiete — dadurch versperrt, daß die sowjetischen Forderungen nicht nur deutsche (Versorgungs-), sondern unmittelbar auch britische (Haushalts-)Interessen beeinträchtigten¹⁶).

Mit dem Eintritt der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten in den Krieg schloß sich 1941 nicht nur militärisch der Ring um Deutschland, sondern als Folge der militärischen Leistung und der politisch-strategischen Forderungen zur Neuordnung Europas, die die Sowjetregierung noch 1941 zu erheben begann, erhielt auch der Bezugsrahmen für die britische Deutschlandplanung seine endgültige Gestalt. Die Briten mußten sich darauf einstellen, daß Gefahren für Frieden und Sicherheit in Europa künftig nicht mehr nur von Deutschland, sondern auch von der Sowjetunion ausgehen konnten, wenn die Beziehungen zwischen ihr und den nichtkommunistischen Staaten Europas gespannt sein würden. In London hatte man allen Grund, eine Situation zu fürchten, in der sich die Großmächte mit einer Klientel kleiner Staaten auf jeder Seite mißtrauisch oder gar offen feindlich gegenüberstanden. Wenn Frieden und Sicherheit in Europa nach dem Ende des Krieges also durch die Qualität der politischen Beziehungen der drei Großmächte zueinander bestimmt sein würden, blieb den Briten als der weitaus schwächsten, auf die Unterstützung der USA angewiesenen Großmacht kaum eine andere Wahl, als alle Möglichkeiten einer einvernehmlichen Friedensregelung mit der Sowjetunion zu prüfen und auszuschöpfen und zusätzlich in möglichst verbindlicher Form die Vereinigten Staaten als Garantiemacht zu gewinnen, bevor einer oder

¹⁵) Report of the Interdepartmental Committee on Reparation and Economic Security, 31. 8. 1943 [= Malkin Report] (PRO, FO 371 — 35 305).

¹⁶) Cabinet Paper (45) 16 v. 5. 6. 1945: Reparations. Memorandum by the Chancellor of the Exchequer (PRO, Cab 66/66).

beide eigene Wege gingen¹⁷⁾. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die innerdeutschen und die internationalen Aspekte der Deutschlandpolitik außer mit den USA und den europäischen Verbündeten auch mit der Sowjetunion abzustimmen.

Der Inhalt der deutschlandpolitischen Vorstellungen, die man in London entwickelte, wurde durch die neuen internationalen Rahmenbedingungen nicht gravierend verändert. Die Tendenzen, die sich bereits vorher herausgebildet hatten, blieben erhalten. Daß die Briten sich darauf einstellen mußten, daß die Sowjetunion künftig einen europäischen Machtfaktor von großen eigenen Gewicht darstellen würde, unterstrich in gewisser Weise noch die Zweckmäßigkeit ihrer Absichten und gab ihnen eine zusätzliche Funktion: Eine politische und ökonomische Stabilisierung des Kontinents unter Einbindung Deutschlands verkleinerte nicht nur die deutsche Gefahr, sondern konnte zugleich auch als die unverfänglichste und am wenigsten aufwendige Vorkehrung gegen eine Ausbreitung sowjetischen Einflusses angesehen werden. Dies galt insbesondere dann, wenn es gelang, in eine solche Lösung auch die Sowjetregierung selbst mit einzubeziehen, indem man ihr die Kooperation aus sicherheitspolitischen und ökonomischen Gründen attraktiver machte als alle anderen Möglichkei-

ten, die ihr zur Erfüllung ihres Sicherheitsbedürfnisses, ihrer Wiedergutmachungsansprüche und ihrer Wiederaufbaupläne zur Auswahl standen.

Bei allem, was man über die deutschlandpolitischen Absichten der Sowjetregierung in Erfahrung bringen konnte, sah man in London durchaus, daß dies keine leichte Aufgabe war und daß man im Verlauf der interalliierten Verhandlungen Abstriche an den eigenen Wünschen im Hinblick auf Deutschland würde machen müssen. Man hielt die Differenzen aber nicht für unüberbrückbar. Vor allem aber vermochte angesichts der prekären eigenen Aussichten für die Nachkriegszeit niemand in London eine annehmbare Alternative zu dem Versuch aufzuzeigen, die Sowjetunion in eine gemeinsame Sicherheitslösung für Europa einzubinden. Diese Grundtendenz wirkte in den britischen Bemühungen um die Überführung der Anti-Hitler-Koalition in ein friedenssicherndes Instrument noch über den 8. Mai hinaus fort; selbst bei Churchill hielten sich Elemente davon. Die anfänglich nicht geringe Zuversicht wurde insbesondere nach Jalta allerdings immer stärker von Zweifeln an den Erfolgsaussichten überlagert, und schließlich war es in erster Linie nur noch das Fehlen einer akzeptablen Alternative, das die Briten an ihrer bisherigen Linie festhalten ließ.

III. Die Vereinigten Staaten

Finanzminister Henry Morgenthau ungestüme Intervention gegen die in seinen Augen gefährlichen, weil viel zu milden Tendenzen der amtlichen Deutschlandplanung hatte Ende August 1944 eine tiefgreifende Kontroverse zwischen Außen-, Kriegs- und Finanzministerium in Washington über Ziele und Methoden der künftigen Deutschlandpolitik ausgelöst. Sie war im September mit dem Entwurf einer Direktive an den Oberbefehlshaber der amerikanischen und britischen Truppen in Nordwesteuropa, General Eisenhower, für die Militärregierung in Deutschland in der Zeit unmittelbar nach der deutschen Kapitulation notdürftig überbrückt worden.

¹⁷⁾ Siehe dazu vorläufig A. Tyrell, Die Entstehung des Bezugsrahmens für die britische Europa- und Deutschlandplanung 1941/42, in: Karl Rohe/Gustav Schmidt (Hrsg.), Referate und Diskussionsbeiträge der 1. Jahrestagung des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung, Bochum—Essen 1982, S. 198 ff.

Nachdem die Briten diese Direktive aus formalen, inhaltlichen und bündnispolitischen Gründen zurückgewiesen hatten¹⁸⁾, ließ der Revisionsprozeß, durch den sie in eine zur Vorlage bei der European Advisory Commission (EAC) geeignete Form gebracht werden sollte, die Differenzen sofort wieder in aller Schärfe zutage treten. Die konträren Deutschlandkonzeptionen von Außen- und Finanzministerium prallten erneut mit aller Heftigkeit aufeinander. Gleichzeitig weigerten sich die Vertreter des Kriegsministeriums hartnäckig, die Interims-Direktive so zu erweitern, daß sie einen längeren Zeitraum als die Phase unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen

¹⁸⁾ Die lediglich durch die amerikanischen Joint Chiefs of Staff gebilligte Direktive galt deshalb zumindest vorläufig nur für US-Truppen; sie trug bereits die Seriennummer JCS 1067, die durch die gleich näher bezeichnete Endfassung vom 10. 5. 1945 Berühmtheit erlangte.

gen umfaßte, und sie zu einer grundlegenden Anweisung zu erweitern, die — gegebenenfalls schon über den Alliierten Kontrollrat — an die Oberbefehlshaber in den einzelnen Zonen erlassen werden und ihnen, ohne bereits allumfassend oder endgültig zu sein, Richtlinien für erste einheitliche Maßnahmen der Militärregierung geben würde.

Am Ende dieser Auseinandersetzungen standen schließlich als Ergebnis zwei Dokumente: das kurze Memorandum, das Präsident Roosevelt am 23. März 1945 mit seinem charakteristischen „O. K. FDR“ versah und das der US-Botschafter in London, Winant, am 6. April als „Allgemeine Direktive zur Behandlung Deutschlands in der ersten Zeit nach der Niederlage“ der EAC als offiziellen amerikanischen Vorschlag präsentierte¹⁹⁾, und die „Direktive an den Oberbefehlshaber der Besatzungsstreitkräfte der Vereinigten Staaten betreffend die Militärregierung Deutschlands“, die aus der Interims-Direktive hervorgegangen war und vom neuen Präsidenten Truman am 10. Mai genehmigt und zur Verwendung in der künftigen amerikanischen Zone freigegeben wurde²⁰⁾.

Während Präsident Roosevelt und Außenminister Stettinius zur Krim-Konferenz in Jalta weilten, hatten in Washington die Waffen vorübergehend geruht. Vom 28. Februar überschlugen sich dann die Ereignisse in der amerikanischen Hauptstadt.

An diesem Tage kam Roosevelt zurück und übertrug sogleich — offenbar ohne völlig zu ermessen, welche Folgen das angesichts der Spannungen zwischen den drei um die Bestimmung der Deutschlandpolitik ringenden Ministerien haben mußte — dem Außenminister „die Verantwortung dafür, daß die auf der Krim-Konferenz erreichten Beschlüsse, natürlich mit Ausnahme militärischer Angelegenheiten, ausgeführt werden“. Andere Dienst-

stellen sollten „zu Angelegenheiten, die ihr jeweiliges Ressort betreffen“, hinzugezogen werden²¹⁾.

Im Außenministerium begriff man diesen Auftrag als die große Chance, endlich der eigenen Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Schon am 10. März schickte Stettinius dem Präsidenten den Entwurf einer „Direktive zur Behandlung Deutschlands“²²⁾, die in der knappen Form den Wünschen des War Department entsprach, inhaltlich aber entscheidende Elemente des Programms enthielt, für das man seit September 1944 mit nicht allzu viel Erfolg gegen die Interessengemeinschaft von Kriegs- und Finanzministerium gefochten hatte. Gleichzeitig schlug er die Einrichtung eines informellen Ausschusses für Deutschlandpolitik aus Außen-, Kriegs-, Marine- und Finanzministerium und der Foreign Economic Administration vor, die seit August 1944 unter anderem das Problem der Kontrolle der deutschen Wirtschaft untersuchte. Er sollte „auf der Grundlage der beiliegenden Direktive“ künftig für alle zivilen und militärischen Dienststellen die „zentrale Quelle“ für Richtlinien in deutschlandpolitischen Fragen darstellen²³⁾. Der Entwurf der Grundsatz-Direktive umfaßte vier Abschnitte mit insgesamt nur 36 kurzen Absätzen: Militärregierung (3), sofortige Sicherheitsmaßnahmen (6), sofortige politische Maßnahmen (8), wirtschaftliche Kontrolle (19).

Im ersten Abschnitt wurde mit unzweideutigen Worten festgestellt, daß die „die interalliierte Militärregierung“ durch den Kontrollrat „die Stelle und die Funktionen einer Zentralregierung Deutschlands einnehmen und ausüben“ sollte. Die zonenorientierte Konzeption des Kriegsministeriums wurde mit einem zusätzlichen Satz zurückgewiesen, der in diesem Zusammenhang für einen Außenstehenden geradezu kurios klingen mußte: „Die Besatzungszonen sollen eher Gebiete sein, in denen die Entscheidungen des Rates vollstreckt werden, als Regionen, in denen der Zonen-Befehlshaber einen weiten Spielraum autonomer Macht besitzt.“

Neben den Säuberungsmaßnahmen wurden als Felder einer einheitlichen Politik nur die Kontrolle der Medien und des Bildungswesens genannt. Im Wirtschaftsteil, der mehr als die Hälfte der Direktive umfaßte, wurde die Notwendigkeit „eines beträchtlichen Maßes

¹⁹⁾ FRUS 1945, vol. III, Washington 1968, S. 471 ff., S. 480. Die Bildung der Europäischen Beratenden Kommission war im Oktober 1943 auf der Außenministerkonferenz der drei Mächte in Moskau beschlossen worden. Sie sollte u. a. Kapitulationsbestimmungen für alle europäischen Kriegsgegner und Vorschläge für die Besatzungsprozeduren ausarbeiten. Sie tagte vom Januar 1944 bis zu ihrer Auflösung im August 1945 in London und bestand aus den dortigen Botschaftern der Sowjetunion, der USA und — seit November 1944 — Frankreichs sowie einem Beamten des britischen Außenministeriums.

²⁰⁾ W. Cornides/H. Volle, Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941—1948, Oberursel 1948, S. 58 ff.

²¹⁾ FRUS 1945 III, S. 433.

²²⁾ Ebd., S. 434 ff.

²³⁾ Ebd., S. 433 f.

an zentraler wirtschaftlicher und finanzieller Kontrolle" durch den Kontrollrat festgeschrieben. Bis zu einer anderslautenden Entscheidung sollte Deutschland in den Grenzen von 1937, aber ohne Ostpreußen und Oberschlesien, als wirtschaftliche Einheit behandelt werden. Der Kontrollrat sollte unkontrollierte Inflation verhindern und Grundsätze für zehn namentlich genannte Bereiche — darunter Preise und Löhne, Rationierung, Zuteilung von Rohstoffen und Industriegütern, Reparationen — aufstellen und deren Erfüllung durch deutsche Zentralbehörden überwachen. Diese sollten in weitestmöglichem Umfang benutzt und nötigenfalls schnellstens wiedererrichtet werden.

Die Gegenposition zum Finanzministerium kam besonders deutlich auch in den Anweisungen zu den Reparationen und zur Umorientierung der Industrie zum Ausdruck. Das Reparationsprogramm sollte gleichzeitig dazu beitragen, Deutschlands „relative Überlegenheit in den Schlüsselbereichen der Investitionsgüterindustrie" zugunsten einer Modernisierung und Erweiterung der Hütten-, Maschinenbau- und chemischen Industrie der Nachbarländer „zu vermindern", also nicht etwa zu beseitigen. In diesen Bereichen sollten Deutschlands Exporte für längere Zeit eingeschränkt werden. Dagegen sollten die Produktion und die Ausfuhr von Kohle und leichten Konsumgütern gefördert werden. Verboten werden sollten neben der reinen Rüstungsindustrie nur der Flugzeugbau und die Herstellung von Leichtmetall, von synthetischem Treibstoff und synthetischem Gummi. Reparationen und industrielle Abrüstung sollten die Sicherung des Mindestlebensstandards, der besonders sorgfältig definiert wurde, nicht gefährden. Um zu verhindern, daß die Alliierten den dazu unter Umständen notwendigen Import von Versorgungsgütern selbst bezahlen müßten, sollten dafür die Erlöse aus deutschen Ausfuhren herangezogen werden; wenn diese nicht ausreichten, sollte die Differenz durch den möglichst nur vorübergehenden Rückgriff auf Reparationsgüter gedeckt werden.

Bei einem Vergleich mit der britischen Planung, die ja im State Department in ihren Grundzügen durch die Londoner Entwürfe für Kontrollrats-Direktiven und die Berichte der dortigen US-Botschaft bekannt war, wird man sagen können, daß die Briten und die Amerikaner auf *dieser* Basis enge Verbündete bei dem Versuch gewesen waren, die Sowjetunion und Frankreich bald an den Verhand-

lungstisch zu bringen. Angesichts der breiten Übereinstimmung in Zielen und Methoden wogen Differenzen etwa bei der Entnazifizierung — hier schlugen die Beamten des Außenministeriums in Washington die Entfernung der „ungefähr zwei Millionen" aktiven Parteimitglieder aus öffentlichen Ämtern und aus bedeutenden privaten Unternehmen vor — oder der industriellen Abrüstung, wo die Briten tiefere Einschnitte vorsahen, nicht übermäßig schwer. Entscheidend war, ob das State Department die maßgebliche Zuständigkeit für die Deutschlandplanung wiedererlangen konnte.

Schon zwei Tage später kam die Vorlage mit dem „O. K." des Präsidenten aus dem Weißen Haus zurück²⁴). Die Hoffnung der Deutschlandexperten des State Department, damit in dem Rennen gegen Finanz- und Kriegsministerium endgültig die Nase vorn zu haben, währte allerdings nur kurz. Innerhalb weniger Tage stellte deren Interessengemeinschaft die vorherigen Verhältnisse weitgehend wieder her. Der Präsident, der sich Kriegsminister Stimson gegenüber angeblich nicht daran erinnern konnte, die Direktive überhaupt gelesen zu haben²⁵), wurde durch ihre Gegenvorstellungen dazu veranlaßt, sein Einverständnis zurückzuziehen. Statt dessen billigte Roosevelt am 23. März das dreizehn Absätze umfassende Memorandum, das ihm als Konzentrat der Äußerungen vorgelegt wurde, die er am Vortag in einer Besprechung mit Staatssekretär Grew vom State Department, Stimsons Berater McCloy und einigen ihrer Mitarbeiter über die Besatzungspolitik getan hatte. Dabei hatte er bei starker Betonung des Wunsches nach Dezentralisierung die Notwendigkeit gewisser zentraler Verwaltungsbehörden anerkannt und möglichst geringe direkte Verantwortlichkeit der Besatzungsmächte und die Erhaltung der deutschen Industrie auf einem Niveau gefordert, das den Alliierten die Lasten einer Versorgung der deutschen Bevölkerung erspare²⁶).

Bei der abschließenden Besprechung über die von McCloy ausgearbeitete Vorlage in Morgenthau Büro — er nahm als einziger der drei Minister persönlich daran teil — legte dieser großen Wert darauf, daß alle sieben Teilnehmer aus den drei Häusern das Dokument unterzeichneten, bevor es zum Weißen Haus geschickt wurde²⁷). Morgenthau bewog

²⁴) Ebd., Anm. 43.

²⁵) Morgenthau Diary (Germany), vol. II, Washington 1967, S. 1029.

²⁶) Ebd., S. 1070 ff., S. 1115 ff.

²⁷) Ebd., S. 1120.

den Präsidenten auch dazu, bei der Unterzeichnung des Memorandums ausdrücklich zu vermerken, daß damit der Direktiven-Entwurf des Außenministeriums vom 10. März seine Gültigkeit verliere²⁸⁾.

In der Form knüpfte das Memorandum an die jüngsten Bestrebungen von State und War Department an, zweigleisig vorzugehen. Es war mit der Absicht formuliert, daß es als amerikanischer Vorschlag für eine allgemeine Vier-Mächte-Direktive in der EAC eingebracht und gleichzeitig als Grundlage für Einzeldirektiven an den Oberbefehlshaber in der amerikanischen Besatzungszone dienen konnte. Deshalb brauchte das Kriegsministerium jetzt nicht mehr auf der Ausklammerung aller Elemente langfristiger Deutschlandpolitik zu beharren, die vor allem in den Aussagen zur Behandlung der Wirtschaft enthalten waren. Die meisten anderen Programmpunkte waren so allgemein gehalten, daß sich die Kontrahenten ohne lange Diskussionen darauf einigten. Im wesentlichen handelte es sich dabei um Schritte zur Auflösung von NSDAP und Wehrmacht, zur Beseitigung der Einflüsse des Nationalsozialismus aus dem deutschen Leben durch die Aufhebung diskriminierender Gesetze, Entnazifizierung, „ein koordiniertes System der Kontrolle“ über das Bildungswesen und die Bestrafung derer, die Greuelthaten oder Kriegsverbrechen geplant oder begangen hatten. Insgesamt dominierte nach wie vor die Überbrückungsfunktion; in der EAC wurde das Memorandum unter Fortlassung der beiden Einleitungssätze mit dem Titel „Direktive zur Behandlung Deutschlands in der ersten Zeit nach der Niederlage“ vorgelegt.

Der Inhalt der letzten Richtlinie zur Deutschlandpolitik, die Roosevelt vor seinem Tode autorisierte, brachte die unterschiedlichen Absichten der Hauptkontrahenten in ein wenig stabiles Gleichgewicht. Nach wie vor gab es in der „Washington-Kontroverse“ keine eindeutigen Sieger oder Verlierer. In den Fragen, die am stärksten umstritten waren, vermochte jede Seite zumindest einige Punkte zu sammeln oder doch dem oder den Rivalen den Weg zu größeren Terraingewinnen zu verlegen. Den größten unmittelbaren Nutzen hatte das War Department, da nun endlich die Hindernisse beseitigt waren, die bis dahin dem Erlaß einer Direktive an den Oberbefehlshaber der amerikanischen Zone im Wege gestanden hatten, auch wenn es über deren Inhalt noch Auseinandersetzungen ge-

ben würde. Angesichts der Pattsituation überrascht es nicht einmal, daß die vorläufige Überbrückung der Differenzen in den wichtigsten der umstrittenen Fragen ausgerechnet durch den Rückgriff auf die wenigen allgemeinen Grundgedanken gelang, die der deutschlandpolitischen Festlegungen bewußt ausweichende Präsident zu der Auseinandersetzung beisteuerte.

Für die Konkretisierung der Deutschlandpolitik, die erst noch bevorstand, bot der prekäre Kompromiß mit seinen oft wenig präzisen Formulierungen viele Ansatzpunkte für unterschiedliche Auslegungen, so daß die Konfliktsituation fortbestand. Ob es zu einer Lösung kommen und wie diese aussehen würde, hing wesentlich auch davon ab, ob die Stellung aller Kontrahenten unter dem neuen Präsidenten unverändert bleiben und ob er selbst stärker lenkenden Einfluß auf die Deutschlandpolitik seiner Regierung nehmen würde als sein Vorgänger. Entscheidende Anstöße zu einer eindeutigen Orientierung konnten außerdem von der Situation ausgehen, die man in Deutschland vorfand, und von der Entwicklung der Beziehungen der Alliierten zueinander.

Hinsichtlich der Kompetenz des Kontrollrats wurde festgestellt, daß er die höchste Autorität in allen Deutschland als ganzes betreffenden Angelegenheiten sei; seine Beschlüsse sollten in den einzelnen Zonen durchgeführt werden. Sprach hier das Außenministerium, so schlug sich im nächsten Satz der Standpunkt des Kriegsministeriums nieder: Lügen derartige Beschlüsse nicht vor, sollte der jeweilige Oberbefehlshaber ebenso wie in allen ausschließlich seine Zone betreffenden Angelegenheiten „seine Machtbefugnis in Übereinstimmung mit Weisungen seiner eigenen Regierung ausüben“.

Die Förderung der Dezentralisierung der politischen Struktur Deutschlands und die Entwicklung lokaler Selbstverantwortlichkeit wurden ohne nähere Erläuterung als Ziele der Besatzungspolitik genannt. Auch „die deutsche Wirtschaft“ sollte dezentralisiert werden. Damit war die Auflösung von Monopolen und Kartellen und allgemein die Beseitigung der Konzentration wirtschaftlicher Macht gemeint und nicht, wie in der EAC der besorgte sowjetische Botschafter Gusew herauslas, eine regionale Neuverteilung der Industrie²⁹⁾. Allerdings sollte der Kontrollrat befugt sein, für öffentliche Dienstleistungen

²⁸⁾ Ebd., S. 1065.

²⁹⁾ FRUS 1945 III, S. 506f.

wie Eisenbahnverkehr, Fernmeldewesen und Energieversorgung, für Finanzen und Außenbeziehungen und für die Produktion und Verteilung lebensnotwendiger Güter zentrale Kontrollen zu gestatten oder einzurichten, wenn die Ziele der Besatzungspolitik, wie sie in der Direktive zum Ausdruck kamen, anders nicht erreicht werden konnten. Der Versorgungsausgleich zwischen den Zonen wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls als Ziel genannt.

Im wirtschaftlichen Bereich mußte das State Department am stärksten nachgeben. Die Verantwortung sollte weitestgehend bei deutschen Behörden liegen, die in den vorhin genannten Bereichen gegebenenfalls auch Zentralbehörden sein konnten. Neben der Überwachung aller außenwirtschaftlichen Transaktionen und Verbindungen sollten alliierte Kontrollen über die deutsche Binnenwirtschaft nur im Zusammenhang mit Maßnahmen zur industriellen Abrüstung, zur Entmilitarisierung, mit Reparationen und Hilfslieferungen an befreite Gebiete, mit der Versorgung der Besatzungstruppen und der verschleppten Personen in Deutschland errichtet werden; auf die Versorgung der deutschen Bevölkerung sollten sie sich nur insoweit erstrecken, als das erforderlich war, um Hungersnöten oder einer Bedrohung der Besatzungstreitkräfte durch Seuchen oder Unruhen vorzubeugen. Der deutsche Lebensstandard sollte grundsätzlich das niedrigste Niveau nicht übersteigen, das in einem seiner Nachbarländer herrschte; keine der Maßnahmen, die die Alliierten im Bereich der Wirtschaft oder im Zusammenhang mit Reparationslieferungen ergriffen, sollte den Anstieg auf ein höheres Niveau bewirken dürfen. Den

Beamten des State Department gelang es wenigstens noch, den Grundsatz einzufügen, daß die Bezahlung für Versorgungsimporte, die vom Kontrollrat genehmigt worden waren, durch Exporterlöse erfolgen und falls nötig auch Vorrang vor kostenlosen Reparationsausfuhren haben solle. Mit McCloy's Unterstützung konnten sie außerdem die Kompetenz des Kontrollrats zur Genehmigung ausländischer Kredite an Deutschland in besonderen Notfällen durchsetzen³⁰).

Morgenthau war dagegen unzufrieden damit, daß die „Schlüsselfrage“ der Schwerindustrie völlig unzureichend behandelt wurde, und wollte die beiden diesbezüglichen Aussagen — Reparationen aus der laufenden Produktion dürften nicht die Wiederherstellung oder Entwicklung der deutschen Schwerindustrie erforderlich machen; die reine Rüstungsindustrie solle beschlagnahmt oder zerstört werden, Flugzeugbau verboten sein — erheblich verschärft sehen. Unter Berufung auf Roosevelts Äußerungen vom Vortag blockten McCloy und Will Clayton, Leiter der Wirtschaftsabteilung im State Department, diesen Vorstoß ab. Morgenthau, der an der Besprechung im Weißen Haus nicht teilgenommen hatte, beugte sich dem für den Augenblick, seine Hoffnung blieb jedoch, daß der Präsident „so fest auf ein Programm zur Reduzierung des Umfangs der deutschen Schwerindustrie verpflichtet sei, daß [er] später mit Sicherheit genauere Instruktionen erteilen werde“³¹). Weitere eigene Einflußmöglichkeiten sah er außerdem in den gerade beginnenden Vorbereitungen für die Reparationsverhandlungen in Moskau, in die er sich „auf Biegen oder Brechen“ einschalten wollte³²).

IV. Frankreich

Die Provisorische Französische Regierung unter General Charles de Gaulle etablierte sich Ende August 1944 im befreiten Paris und wurde am 23. Oktober von allen drei Großmächten offiziell anerkannt. Ihr politisches Hauptziel bestand in der Wiedererrichtung des französischen Nationalstaats, die der außenpolitisch allein maßgebliche Regierungschef als „Rückkehr einer Großmacht auf ihren Platz als Großmacht“ verstand³³). Bei allem Selbstbewußtsein war er jedoch angesichts der akuten Schwäche seines Landes auf die

unmittelbare militärische, wirtschaftliche und politische Hilfe seitens der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition angewiesen, denen allein Frankreich seine Befreiung verdankte.

³⁰) Morgenthau Diary (Germany), S. 1119.

³¹) Ebd., S. 1120.

³²) Ebd., S. 1081f., S. 1083.

³³) Ch. de Gaulle, Discours et messages. Pendant la guerre, Juin 1940—Janvier 1946, Paris 1970², S. 349 (25. 11. 1943); s. auch W. Lippens, Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944—1946, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 21 (1973), S. 64ff.

Diese Abhängigkeit wirkte sich auch und gerade in dem Bereich aus, der in de Gaulles Augen für die französische Selbständigkeit und Sicherheit auf die Dauer der wichtigste war: Der östliche Nachbar, der dreimal in siebzig Jahren nach Frankreich einmarschiert war, mußte diesmal für immer zu weiteren Aggressionsakten unfähig gemacht werden. Frankreich hatte mit den nach 1918 getroffenen internationalen Sicherheitsvorkehrungen schlechte Erfahrungen gemacht. Die amerikanisch-britische Garantie für die französische Ostgrenze war in Washington nicht ratifiziert worden, der Locarno-Vertrag war zerbrochen, das Bündnissystem mit den südost- und ostmitteleuropäischen Staaten unfruchtbar geblieben, der Völkerbund hatte sich als handlungsunfähig erwiesen. Diese Fehlschläge verwies Frankreich mehr denn je darauf, Deutschland durch Kontrollmittel in Schach zu halten, die soweit wie nur eben möglich in den eigenen Händen liegen mußten. Wenn die Sowjetunion, die USA und Großbritannien sich nun anschickten, Deutschland zu besetzen und über sein Schicksal zu bestimmen, so war es deshalb für Frankreichs Zukunft von entscheidender Bedeutung, dabei seine Interessen selbst zur Geltung zu bringen. Die militärische Sicherheit stellte indes nur die eine Seite dieser Interessen dar. Wenn Frankreich „auf der Basis der Gleichheit“ mit den führenden Mächten verkehren wollte³⁴⁾, mußte es seine wirtschaftliche Abhängigkeit von ihnen so rasch wie möglich verringern, wenn nicht gar aufheben.

Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg schien die geographische Lage beider Länder zueinander den Hauptschlüssel zur Lösung beider Probleme zu bieten. Bereits nach der Veröffentlichung der Atlantik-Charta 1941 hatte de Gaulle seiner Londoner Gefolgschaft ans Herz gelegt, die „Möglichkeit einer Ausweitung unserer Position in den Rheinlanden für den Fall eines Zusammenbruchs des Reiches“ im Auge zu behalten³⁵⁾. Und als die EAC die europäischen Alliierten aufforderte, ihre Wünsche hinsichtlich der Kapitulationsbestimmungen für Deutschland zu nennen, wies de Gaulle im Februar 1944 besonders darauf hin, wie wichtig die strategischen und wirtschaftlichen Aspekte einer Trennung des Rheinlands von Deutschland und seine Anbindung an die westlichen Nachbarn seien. Dabei hob er hervor, daß er unter dem Begriff

Rheinland auch die rechtsrheinischen Territorien verstand, die aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen als Ergänzung der Gebiete links des Rheins anzusehen waren³⁶⁾. In solchen Formulierungen kam deutlich die doppelte Absicht zum Ausdruck, die de Gaulle verfolgte: Frankreich sollte sich durch eine Besetzung der deutschen Rüstungszentren an Rhein, Ruhr und Saar nicht nur militärisch absichern, sondern auch ihr Wirtschaftspotential, vor allem die Kohlevorkommen, soweit wie möglich zu seinen eigenen Gunsten ausbeuten, um auf diese Weise seine wirtschaftliche Selbständigkeit wiederherzustellen.

Die erste der drei großen verbündeten Mächte, an die sich die Franzosen bei der Verfolgung dieses doppelten Ziels wandten, war Großbritannien. Zu ihm bestanden trotz einiger Differenzen noch die besten Beziehungen, und die britische Regierung hatte schon früher als Mittler für französische Wünsche an die Alliierten fungiert. Gelegenheit boten die Gespräche über politische Themen von gemeinsamem Interesse, zu denen René Massigli in der zweiten Augushälfte, kurz vor seiner offiziellen Anerkennung als französischer Botschafter in London, den britischen Außenminister Eden aufsuchte³⁷⁾.

Ihm vermittelte Massigli, der erst bei dieser Gelegenheit erfuhr, daß die drei Großmächte das Reich vollständig besetzen wollten, am 22. und 25. August das folgende Bild von den französischen Ansprüchen in Deutschland. Das 1919 gewählte Verfahren, drei Rheinübergänge militärisch zu besetzen und alle deutschen Gebiete innerhalb einer Linie von 50 km östlich des Rheins zu entmilitarisieren, hatte sich nicht bewährt. Deutschlands militärische Grenze war dadurch im Effekt doch am Rhein gezogen worden. Deshalb verschärften die Franzosen ihre Forderungen jetzt in dreifacher Weise: Sie verlangten die Besetzung umfangreicher Territorien beiderseits des Rheins, deren lang anhaltende Kontrolle und die Aufhebung der deutschen Verfügungsgewalt über die Industrie des Rhein-Ruhr-Gebiets. Das „rheinisch-westfälische Becken“ und industriell wichtige Nachbargebiete rechts des Rheins wie die Gegenden um Frankfurt und Mannheim sollten für unbegrenzte Zeit militärisch besetzt und einem besonderen politischen und wirtschaftlichen Re-

³⁴⁾ Ch. de Gaulle, Mémoires de guerre: L'appel, 1940—1942, Paris 1954, S. 502.

³⁵⁾ Ebd., S. 478.

³⁶⁾ Ch. de Gaulle, Mémoires de guerre: L'unité, 1942—1944, Paris 1956, S. 618.

³⁷⁾ Conversations with M. Massigli, 22. 8. 1944, 25. 8. 1944 (PRO, FO 371 — 40 706; 40 707).

gime unterstellt werden, ohne jedoch staatsrechtlich von Deutschland gelöst zu werden. Von Saar und Pfalz sprach Massigli in diesem Zusammenhang nicht. Es war aber klar, daß sie in jedem Fall in eine derartige Regelung eingeschlossen werden sollten, wenn nicht Frankreich sogar die Gelegenheit ergreifen würde, sie sich in direkter Form anzugliedern.

Massigli machte kein Hehl daraus, daß die „internationale Kontrolle“, durch die das Rhein-Ruhr-Gebiet „isoliert“ werden sollte, nach französischer Auffassung einseitig der Wirtschaft der westeuropäischen Staaten zugute kommen sollte. Für Frankreich bildete, wie gesagt, eine intensive Beteiligung an der wirtschaftlichen Ausbeutung dieses Gebiets eine der Hauptvoraussetzungen für sein Wiedererstarken. Insbesondere war die französische Industrie wegen der zu niedrigen Selbstversorgung des Landes jetzt mehr denn je auf die deutsche Kohle angewiesen, weil die Lieferungen aus Großbritannien, Belgien und Polen wegen Produktions- und Transport-schwierigkeiten auf noch nicht absehbare Zeit sehr gering bleiben würden. Die Vorteile, die in einem direkten Zugriff auf das Ruhrgebiet lagen, überlagerten jetzt auch den Gedanken, sich Pfänder und Druckmittel für deutsches Wohlverhalten zu verschaffen, der 1921 und 1923 die nachträgliche Besetzung von Teilen des Ruhrgebiets durch Frankreich motiviert hatte.

Aus diesen Umständen erklärt es sich, daß de Gaulle in seinen Überlegungen zunächst kaum berücksichtigte, daß auch die Sowjetunion am Ruhrgebiet interessiert sein würde. Noch bei seinem Aufenthalt in Moskau Anfang Dezember 1944 bemühte er sich mit Nachdruck, aber verständlicherweise vergeblich, Stalin für ein Entgegenkommen bei den französischen Wünschen im Westen zu gewinnen, indem er den sowjetischen beziehungsweise polnischen Anspruch auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße anerkannte³⁸⁾. Erst nach der Rückkehr de Gaulles und Bidaults begannen sich die Franzosen auf eine sowjetische Beteiligung an der Kontrolle des Ruhrgebiets einzustellen.

³⁸⁾ W. Lipgens (Anm. 33), S. 85.

³⁹⁾ Aufzeichnung G. Jebb (Foreign Office) über ein Gespräch mit Massigli, 1. 12. 1944 (PRO, FO 371 — 40 724); Bidault, 21. 12. 1944, in: Archiv der Gegenwart, 14 [1944], S. 6639.

len³⁹⁾. De Gaulle selbst und Vertreter des französischen Außenministeriums sprachen seit Anfang 1945 gegenüber britischen Diplomaten mehrfach von einer Zweiteilung des westlichen Besatzungsbereichs: Das Ruhrgebiet und Westfalen sollten von allen Alliierten einschließlich der Sowjetunion kontrolliert werden, das linksrheinische Gebiet südlich von Köln dagegen entweder von Frankreich oder von den westeuropäischen Staaten einschließlich Großbritannien⁴⁰⁾.

Daran, daß die Franzosen ihre Ansprüche entschlossen verfechten würden, ließ schon Massigli keinen Zweifel. Seine mehrfach wiederholte Äußerung, ohne die Einrichtung eines besonderen Regimes über das Rhein-Ruhr-Gebiet könne kein „westliches Sicherheitssystem“ gegen Deutschland entstehen, machte beträchtlichen Eindruck auf seine Gesprächspartner. In den folgenden Monaten zeigte sich tatsächlich, daß die Franzosen den Abschluß eines britisch-französischen Bündnisses, das als Ausgangspunkt dafür hätte dienen können, von Fortschritten in der Rhein-Ruhr-Frage abhängig machten⁴¹⁾. De Gaulle und Bidault sorgten außerdem auch mit öffentlichen Äußerungen dafür, daß niemand die zentrale Bedeutung übersehen konnte, die diese Forderung für Frankreich hatte.

Bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz am 17. Juli 1945 wurden die französischen Forderungen allerdings nicht offiziell in den interalliierten Beratungsprozeß eingeführt. Da aber Frankreich an der Konferenz nicht beteiligt war, sah man in London noch keine Notwendigkeit zu prüfen, ob eine Sonderlösung für das Rhein-Ruhr-Gebiet mit den eigenen Vorstellungen über ein wirtschaftliches Sicherheitsprogramm vereinbar sein würde oder nicht. So bot dieses Thema zunächst noch keinen aktuellen Konfliktstoff für die Alliierten. Eine offene Herausforderung für die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Absichten der britischen Regierung im Hinblick auf Deutschland stellte dagegen das Reparationsprogramm dar, das die sowjetische Regierung in Jalta präsentierte.

⁴⁰⁾ Rhenania, Foreign Office Memorandum, 23. 1. 1945; Vermerk O. Harvey (Foreign Office), 15. 2. 1945 (PRO, FO 371 — 46 720).

⁴¹⁾ Lipgens (Anm. 33), S. 83; Telegramm des kanadischen Botschafters in Paris, G. P. Vanier, an das kanadische Außenministerium, 16. 3. 1945 (PRO, FO 371 — 46 720).

V. Die Sowjetunion

Dauerhafte Sicherheit vor Deutschland ohne Abhängigkeit von, aber möglichst im Einvernehmen mit den westlichen Alliierten war das Hauptziel der sowjetischen Deutschlandkonzeption, wie sie im Verlauf der Konferenz von Jalta sichtbar wurde. Als wünschenswerteste Form galt der Sowjetregierung offenbar eine politisch-wirtschaftliche Doppelsicherung aus staatlicher Teilung einerseits und wirtschaftlicher Schwächung andererseits, die durch eine innere Umgestaltung Deutschlands in antifaschistisch-demokratischem Sinne unter maßgeblicher Mitwirkung der deutschen Kommunisten ergänzt würde.

In diesem Zusammenhang rechnete die Sowjetregierung allem Anschein nach damit, daß Deutschland außerhalb des unmittelbaren sowjetischen Einflußbereichs verbleiben würde. Ihre Forderungen, Deutschlands Schwerindustrie — darunter verstanden die Sowjets die Bereiche Hüttenwesen, Maschinenbau, Chemikalien und Elektroindustrie — auf 20 Prozent ihrer Vorkriegskapazität zu vermindern und die polnische Westgrenze bis an Oder und Neiße vorzuverlegen, d. h. Polen Gebiete zu übertragen, die zu der mit den Westmächten bereits vereinbarten sowjetischen Besatzungszone gehörten, sprechen beide nicht dafür, daß die Sowjetregierung zu diesem Zeitpunkt ihre Besatzungszone bereits als dauernden festen Bestandteil ihres künftigen europäischen Sicherheitsvorfeldes betrachtete⁴²⁾. Nachdem die Westmächte bereits auf deutschem Boden standen, mußte die sowjetische Führung vielmehr davon ausgehen, daß sie ihre sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen in Deutschland zumindest in der ersten Nachkriegszeit nur *mit* den Alliierten, nicht *gegen* sie würde durchsetzen können. Hinzu kam, daß Deutschlands industrielles Herz, das Ruhrgebiet, das unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten für die Sowjetunion ebenso wichtig war wie unter reparationspolitischen, außerhalb ihrer Besatzungszone lag.

Die Sowjetregierung hatte seit 1942 eine Reihe von Hinweisen darauf erhalten, daß die Westmächte den sowjetischen Einfluß in der von ihr beanspruchten osteuropäischen Si-

cherheitssphäre hinnehmen würden, wenn es ihr gelang, diese Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Diese Ausgangssituation trug zweifellos dazu bei, daß die Sowjetregierung in Rumänien, Bulgarien und Polen mit rigorosen Mitteln Regierungen an die Macht brachte, die ihr genehm waren. Dagegen nahm sie in politischen Fragen, die Gebiete außerhalb dieser Sphäre betrafen, gegenüber ihren westlichen Kriegspartnern eine Haltung ein, die von Mißtrauen, aber auch von machtpolitischer Zurückhaltung geprägt war. Aus ideologischen Gründen wie auch auf Grund konkreter Erfahrungen erwartete sie, daß die Westmächte ihrerseits energisch für ihre jeweiligen machtpolitischen und ökonomischen Interessen eintreten würden. Darauf, daß sie eine sowjetische Vorherrschaft in Deutschland oder auch nur in einem Teil des Reiches ohne weiteres hinnehmen würden, dürfte in Moskau niemand vertraut haben⁴³⁾.

Es gab verschiedene Methoden, Deutschlands Macht zu reduzieren, und es spricht wenig dafür, daß die Sowjetregierung anders als die amerikanische und die britische bereits einseitig auf ein ganz bestimmtes Programm festgelegt war. Zu den Sicherheitsvorkehrungen, die man in Moskau für besonders wirkungsvoll hielt, gehörte aber zweifellos die Zerstückelung. Nach allen Informationen, welche die bisherigen Kontakte mit den Alliierten der Sowjetregierung vermittelt hatten, glaubte man dort offensichtlich, auch die Westmächte würden sich letztlich für eine Teilung Deutschlands entscheiden.

In der Teilungsfrage traten Stalin und Molotow in Jalta — ganz anders als vierzehn Monate vorher in Teheran — jedenfalls mit bemerkenswerter Entschiedenheit auf. Sie selbst eröffneten die politischen Verhandlungen, die in der zweiten Plenarsitzung begannen, mit diesem Thema. Stalin fragte eindringlich, ob nicht in Anbetracht der Tatsache, daß sich alle drei Regierungen in Teheran und bei späteren Gelegenheiten für eine Zerstückelung Deutschlands ausgesprochen hätten, nunmehr der Zeitpunkt gekommen

⁴²⁾ Siehe dazu auch G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955, München 1967, S. 64ff., besonders S. 66; ferner A. Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935—1946, Düsseldorf 1971, S. 159.

⁴³⁾ Siehe dazu auch Wettig (Anm. 42), S. 67; A. Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941—1945, Stuttgart 1975, S. 134.

⁴⁴⁾ War Cabinet Paper [= WP] (45) 157 v. 12. 3. 1945: Record of the Political Proceedings of the „Argonaut“ Conference held at Malta and in the Crimea from 1st February to 11th February 1945, S. 10.

sei, eine definitive Entscheidung zu treffen⁴⁴). Noch deutlicher machte es Molotow in der nächsten Sitzung der Außenminister, daß der sowjetischen Regierung außerordentlich daran lag, einen Beschluß der drei Regierungen herbeizuführen, Deutschland zu teilen. Beide Politiker drängten außerdem hartnäckig darauf, nachträglich eine entsprechende Aussage in die bereits vereinbarten Kapitulationsbestimmungen für Deutschland aufzunehmen und dadurch die Teilungsabsicht für alle drei Mächte verbindlich festzuschreiben⁴⁵).

Diese Absicht war allerdings an eine Bedingung geknüpft: Der Teilungsbeschluß mußte durch das eindeutige und unumstößlich festgestellte Einverständnis der westlichen Mächte besiegelt sein. Diese Bedingung hatte Molotow im Auge, als er in Jalta wieder und wieder forderte, die Teilung solle als obligatorische Verpflichtung in die Kapitulationsbestimmungen aufgenommen werden. Dadurch sollte diese Maßnahme sowohl gegenüber den Deutschen⁴⁶) als auch gegen spätere westliche Revisionswünsche vor der Öffentlichkeit unwiderruflich gemacht werden.

Während der Verhandlungen zeigten sich die sowjetischen Vertreter bereit, auf jede der beiden Methoden einzugehen, die sich anboten, um zu einer definitiven Abmachung über die Teilung zu kommen: Die Regierungschefs konnten nach Vorbereitung durch die Außenminister und Berater an Ort und Stelle selbst eine detaillierte Regelung vereinbaren, oder sie konnten sich grundsätzlich für die Teilung entscheiden und es ihren Experten überlassen, anschließend Einzelheiten auszuarbeiten. Mit einiger Ausdauer focht Molotow gegen den Vorschlag, das Teilungsproblem lediglich zur weiteren Beratung an ein Gremium von Diplomaten zu überweisen. Daß die Sowjetregierung ihm schließlich doch zustimmte, ging auf die entschiedene Haltung Edens und Churchills zurück, die in Jalta nicht immer im gleichen Takt handelten, aber doch in die gleiche Richtung steuerten. Roosevelt und Stettinius nahmen in dieser Auseinandersetzung eine wenig aktive vermittelnde Stellung ein.

S. 11f. (PRO, Cab 66/63); FRUS, The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington 1955, S. 611f., 624; A. Fischer (Hrsg.), Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, Köln 1968, S. 106f.

⁴⁵) WP (45) 157, S. 12f., 21; FRUS Malta/Yalta 1945, S. 656, S. 657f.

⁴⁶) So ausdrücklich Stalin in der Plenarsitzung vom 5. 2. 1945 (WP [45] 157, S. 13; FRUS Malta/Yalta 1945, S. 615, S. 627).

Man wird Edens Haltung allerdings kaum so direkt als eine Vorsichtsmaßnahme gegen eine sowjetische Machtausweitung in Europa verstehen können, wie er selbst sie in seinen Memoiren aus der Rückschau interpretiert hat⁴⁷). Er hatte den Befürwortern der Teilung immer nähergestellt als ihren Gegnern, und so galt sein Widerstand in Jalta auch nicht der Zerstückelung an sich. Eden opponierte vielmehr gegen ein kurzschlüssiges Verfahren, weil es zu Belastungen für die Zusammenarbeit der Alliierten führen mußte, wenn eine so weitreichende Entscheidung ohne hinreichende sachliche und politische Absicherung getroffen wurde.

Bei den vielschichtigen Auswirkungen einer Teilung, die in der regierungsinternen Diskussion in London aufgezeigt worden waren und die zum Teil auch in der Reparationsdebatte in Jalta eine Rolle spielten, konnte es in der Tat kaum ratsam sein, einen solchen Beschluß allein auf die vage Übereinstimmung der Regierungschefs zu gründen. Damit wären den Regierungen die Hände gebunden worden, noch bevor die Probleme in den westlichen Hauptstädten verantwortlich entschieden worden waren. Denn Roosevelt und Churchill operierten in dieser Frage ja noch immer auf eigene Faust, der Präsident gegen das Anraten seines Außenministeriums, Churchill zumindest ohne ausdrückliche Zustimmung des Kriegskabinetts⁴⁸).

Die ausweichende Haltung der Briten und das nur halbherzige Bekenntnis der Amerikaner zur Zerstückelung führten Stalin und Molotow offensichtlich zu der Einsicht, daß sie bei ihrem Vorstoß zu Beginn der Konferenz die Entschlossenheit der westlichen Verbündeten, Deutschland zu teilen, zu hoch eingeschätzt hatten. Die Bedingung der Eindeutigkeit und der Unumstößlichkeit war nicht erfüllt. Deshalb schien es zweckmäßiger zu sein, bei den weiteren Bemühungen um Sicherheit vor Deutschland und um die Mitbestimmung über Deutschlands Zukunft von einem — nach Abtrennung der Ostgebiete — einheitlichen Deutschland auszugehen. Der Positionswechsel, der vor allem in Molotows Verhalten seit dem 6. Februar zutage trat, spricht dafür, daß die Sowjetregierung sich schon am 5./6. Februar dafür entschieden haben dürfte,

⁴⁷) The Eden Memoirs: The Reckoning, London 1965, S. 516.

⁴⁸) Siehe z. B. Churchills Äußerungen in der Plenarsitzung vom 6. 2. 1945 (WP [45] 157, S. 23; FRUS Malta/Yalta 1945, S. 660).

den Teilungsgedanken unter den gegebenen Umständen nicht weiterzuverfolgen⁴⁹⁾.

Die Zerschlagung des deutschen Einheitsstaates bildete nur eines der beiden Elemente der sowjetischen Deutschlandkonzeption, wie sie in der sowjetischen Verhandlungstaktik in Jalta zutage trat. Sie sollte durch die Verminderung der deutschen Schwerindustrie um etwa 80% ihres Vorkriegsumfanges⁵⁰⁾ zu einer politisch-wirtschaftlichen Doppelsicherung ergänzt werden, die ihre Wirksamkeit für mehrere Jahrzehnte behielt. Mit dieser Erweiterung würde zugleich auch die Gefahr eingedämmt, daß sich die Teilung im Falle eines Konflikts mit den Westmächten zuungunsten der Sowjetunion auswirkte. Die Zerstückelung allein würde zwar den möglichen Zukunftsgegner Deutschland für beträchtliche Zeit schwächen, sie schützte aber nicht dagegen, daß ein westdeutscher Separatstaat — oder auch mehrere — mit den Industriezentren Ruhr und Saar in einen westeuropäischen Block einbezogen wurde und dessen militärisches Gewicht erheblich verstärkte. Auch aus diesem Grunde mußte das deutsche Industriepotential weitgehend beseitigt werden.

Die für die Sowjetunion vorteilhafteste und naheliegendste Methode war eine Reparationsregelung, durch die ihr ein großer Teil der deutschen Industrieanlagen als Wiedergutmachung überlassen würde. Um eine solche Regelung feilschten die sowjetischen Ver-

treter in Jalta noch weit hartnäckiger als um die Vereinbarung über die Teilung.

Unter der Voraussetzung, daß die Sowjetunion einen großen Teil der deutschen Reparationen erhalten würde, ließ sich die wirtschaftliche Schwächung Deutschlands direkt für den Wiederaufbau des eigenen Landes nutzbar machen, das nach den unermeßlichen Zerstörungen durch die deutsche Besetzung einen gewaltigen Bedarf an Wirtschaftsgütern aller Art hatte. Aus sowjetischer Sicht ergänzten sich Sicherheits- und Wiederaufbauziel in idealer Weise: Je mehr man aus Deutschland herausholte, desto länger würde Deutschland schwach bleiben⁵¹⁾. In diesem Zusammenhang hatten Reparationen aus Deutschland noch einen weiteren Vorzug. Der Wiederaufbau ihres Landes erforderte so enorme Mittel, daß die Sowjetregierung sich seit Anfang Januar 1945 auch um einen langfristigen amerikanischen Kredit in Höhe von sechs Milliarden Dollar bemühte, um den sie auch in Jalta warb⁵²⁾. Eine solche Anleihe konnte sie freilich dem Zwang aussetzen, daß ihr politische Zugeständnisse abverlangt würden, so daß es sich empfahl, die Mittel zum Wiederaufbau möglichst unter ideologisch und sicherheitspolitisch weniger riskanten Bedingungen zu suchen⁵³⁾.

Die Absicht, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ganz Deutschland grundlegend umzugestalten, scheint in der sowjetischen Deutschlandkonzeption zur Zeit der Konferenz von Jalta und auch noch in den anschließenden Monaten nur eine ergänzende Rolle gespielt zu haben. Die Sicherheit vor Deutschland und der Wiederaufbau im eigenen Lande — nach Möglichkeit, wie gesagt, im Einvernehmen mit den Westmächten — waren aktuellere und gewichtigere Ziele; Versuche einer forcierten Neuordnung ohne Abstimmung mit den anderen Besatzungsmächten besaßen ohnehin wenig Aussicht auf Erfolg, solange diese fast zwei Drittel Deutschlands besetzt hielten. Die Beschränkung des Neuaufbaus nach eigenen politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen auf die so-

⁴⁹⁾ Der Zeitpunkt, zu dem „das Abrücken des Kreml von der noch in Jalta mit großem Nachdruck verfolgten Zerstückelungsabsicht erfolgte“, schien bisher „präzise nicht zu ermitteln“ (W. v. Buttlar, Ziele und Zielkonflikte der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945—1947, Stuttgart 1980, S. 29). Man vermutete ihn in der Zeit zwischen dem Ende der Konferenz und Stalins öffentlicher Distanzierung von dem Gedanken am 9. 5. 1945; s. z. B. Sywottek (Anm. 42), S. 159f.; E. Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München — Zürich 1974, S. 185; Fischer (Anm. 43), S. 134. Die Auffassung, daß die Sowjetregierung sich schon in Jalta dafür entschied, den Teilungsgedanken zumindest vorerst nicht weiterzuverfolgen, wird auch durch eine Äußerung Stalins gestützt. Er sagte am 28. 5. 1945 auf eine Frage des Roosevelt- und Truman-Beraters Harry Hopkins, ob die Sowjetregierung ihre diesbezügliche Haltung seit Jalta geändert habe, nachfolgende Ereignisse hätten gezeigt, der Plan, Deutschland zu zerstückeln, sei „in Wirklichkeit auf der Krim-Konferenz verworfen worden“ (FRUS, The Conference of Berlin [The Potsdam Conference] 1945, vol. I, Washington 1960, S. 50).

⁵⁰⁾ Zu den Einzelheiten des sowjetischen Reparationsplans s. WP (45)157, S. 16ff., S. 36ff.; FRUS Malta/Yalta 1945, S. 606, S. 620f., S. 702ff.; Fischer (Anm. 44), S. 115ff.

⁵¹⁾ Siehe z. B. die Äußerungen des sowjetischen Reparationsexperten Maiski vom 20. 1. und 20. 7. 1945, (FRUS Malta/Yalta 1945, S. 177; FRUS Potsdam 1945, vol. II, S. 141f.).

⁵²⁾ WP (45)157, S. 10; FRUS Malta/Yalta 1945, S. 310ff., S. 610; T. G. Paterson, Soviet-American Confrontation. Postwar Reconstruction and the Origins of the Cold War, Baltimore — London 1973, S. 33ff.

⁵³⁾ Siehe dazu auch A. Werth, Rußland im Krieg, 1941—1945, Bd. 2, München 1967, S. 683.

wjetische Zone und ihre Entwicklung zu einem Separatstaat zog die Sowjetregierung 1945 wohl kaum ernsthaft in Erwägung; dafür waren ihr Interesse an der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle ganz Deutschlands zu groß und die Differenzen mit den Westmächten andererseits nicht groß genug⁵⁴). Die Verfolgung ihrer deutschlandpolitischen Hauptziele in ihrem eigenen Besatzungsgebiet konnte allerdings zur Folge haben, daß dort die materiellen Voraussetzungen für eine gleichartige Entwicklung in ganz Deutschland eines Tages nicht mehr gegeben sein würden.

Mit ihrem Plan für eine umfassende Deindustrialisierung und Ausbeutung Deutschlands zu Sicherheits- und Reparationszwecken drängte die sowjetische Regierung auf eine Entscheidung, bevor die drei Mächte überhaupt begonnen hatten, miteinander über die generelle Zielsetzung der Einschränkung des deutschen Industriepotentials zu beraten. Dabei zeigte sie sich von Anfang an fest entschlossen, ihre Forderungen gegen die westlichen Verbündeten mit Härte zu vertreten. Letztere waren auf diese Herausforderung schlecht vorbereitet; keiner von ihnen hatte die regierungsinterne Willensbildung abgeschlossen und verfügte bei Kriegsende — geschweige denn zum Zeitpunkt der Krimkonferenz — über ein geschlossenes und detailliertes Programm für die Behandlung der deutschen Wirtschaft, mit dem er in interalliierte Verhandlungen hätte eintreten können.

Für die Beziehungen der drei großen Mächte zueinander waren die Divergenzen, die sich über die Behandlung der deutschen Wirtschaft abzeichneten, besonders deshalb gefährlich, weil es sich dabei aus der Sicht der Westmächte um eines der Zentralprobleme der Nachkriegsentwicklung in Europa handelte. Bei ihren Reparationsforderungen, die praktisch ein wirtschaftliches Grundsatzprogramm darstellten, schob die Sowjetregierung alle anderen Gesichtspunkte beiseite, die aus britisch-amerikanischer Sicht bei Beratungen über eine gemeinsame Deutschlandpolitik eine Rolle spielen mußten. Anders als die westlichen Mächte — Morgenthau und seine Parteigänger ausgenommen — glaubte sie, das besetzte Deutschland als einen in ökonomischer Hinsicht isolierbaren Raum ansehen

⁵⁴) Siehe dazu auch Fischer (Anm. 43), S. 130, 134f.; ders. in: Der Weg nach Pankow. Zur Gründungsgeschichte der DDR, München — Wien 1980, S. 15f.; W. Leonhard in: ebd., S. 32ff.; Buttlar (Anm. 49), S. 46ff., S. 159ff.

zu können, den man später bis auf die sicherheitspolitische Überwachung sich selbst überlassen konnte. Die Unterscheidung zwischen den tendenziell gegensätzlichen Zielen Reparationen und wirtschaftliche Sicherheit, die man in London für außerordentlich wichtig hielt und an der sich auch das State Department orientierte, machte sie sich *nicht* zu eigen. Aus ihrer Perspektive stellte die künftige wirtschaftliche und politische Stabilität West- und Mitteleuropas kein Ziel dar, dem sie bei ihren Reparationsforderungen Beachtung schenken mußte — ganz abgesehen davon, daß noch andere Motive machtpolitischer und ideologischer Natur ihre Einstellung zur Behandlung der deutschen Wirtschaft mitbestimmt haben dürften, ohne daß sie nach außen sichtbar wurden. So hätte etwa eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse in Mittel- und Westeuropa nicht nur den Abstand zum Lebensstandard in der Sowjetunion verringert, sondern sie hätte auch die Voraussetzungen für eine politische Umwälzung in diesen Ländern verbessern können. Wenn der sowjetische Plan wirksam wurde, mußte das kurzfristig Tendenz und Durchführung der Besatzungspolitik aufs stärkste beeinflussen, und auf längere Sicht stand die Zukunft des bisherigen industriellen Exportlandes Deutschland überhaupt auf dem Spiel. Das mußte erhebliche ökonomische Auswirkungen auf die kleineren europäischen Länder, aber auch auf die Wirtschaft und die Haushalte der Besatzungsmächte Großbritannien, Frankreich und USA haben.

Für die Einheit Deutschlands aber stellten die tiefen Gegensätze in der Reparationsfrage eine weitere schwere Vorbelastung neben dem Abkommen über den Alliierten Kontrollrat dar, das die EAC am 14. November 1944 verabschiedet hatte⁵⁵). Damals hatten die Briten gegen den Widerspruch der Amerikaner und der Sowjets nicht durchsetzen können, daß die gemeinschaftliche Verantwortlichkeit des aus den vier Oberbefehlshabern der Besatzungsmächte gebildeten Kontrollrats für Deutschland als Ganzes eindeutig höheren Rang besaß als die alleinige Entscheidungsbefugnis jedes einzelnen Oberbefehlshabers in seiner Zone. Auch die schwächste der Besatzungsmächte verfügte damit über die Möglichkeit, in der Verfolgung eigener Interessen gemeinsame Beschlüsse zu blockieren. Das wiederum konnte zur Folge haben — und führte in der Praxis der Jahre 1945—1947 auch tatsächlich dazu —, daß vorhandene An-

⁵⁵) FRUS Malta/Yalta 1945, S. 124.

satzpunkte für gemeinsame Lösungen nicht wirksam zum Tragen kamen oder Chancen dazu wenigstens ausgelotet wurden. Unter den gegebenen Bedingungen entwickelten vielmehr die Politik der einzelnen Mächte in ihren Zonen und die von der Verschärfung des Ost-West-Konflikts ausgehenden Impulse

eine eigene Dynamik, die schließlich zur Teilung Deutschlands entlang der Demarkationslinie führte, die ursprünglich als bloße Demarkationslinie zwischen Gebieten unter vorübergehender militärischer Verwaltung gedacht gewesen war.

Nationalsozialismus — ein deutscher Faschismus?

I. Einleitung

1. Der Streit um den passenden Begriff

Vierzig Jahre nach dem Ende eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte ist nach wie vor eine der vorrangigen Aufgaben der politischen Bildung die Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Die Situation scheint paradox: Einerseits gehört diese Epoche zu den am besten untersuchten, andererseits aber nach wie vor zu den umstrittensten Gegenständen der geschichtswissenschaftlichen Forschung¹⁾.

Der wissenschaftliche Streit beginnt schon mit dem Namen dieses historischen Phänomens: ‚Nationalsozialismus‘ oder ‚deutscher Faschismus‘? Die Diskussion darüber, in welchem Maße der Nationalsozialismus ein Teil oder eine besondere Ausprägung eines allgemeinen europäischen Faschismus gewesen sei, ist, wie Hillgruber feststellt, eines der entscheidenden, im Mittelpunkt der Diskussion stehenden und zugleich über den Kreis der Experten hinaus für das allgemeine historisch-politische Verständnis wichtigen Probleme²⁾. Um diese Frage rankt sich eine Begriffskontroverse, die Gegenstand und Hintergrund dieses Beitrages ist³⁾.

In der Kontroverse lassen sich, wie Hofer es jüngst getan hat, *drei Gruppen* unterschiedlicher Haltung gegenüber einer allgemeinen Faschismustheorie unterscheiden⁴⁾: Die *erste* Gruppe lehnt einen generalisierenden Faschismusbegriff bzw. eine allgemeine Faschismustheorie grundsätzlich ab, weil fundamentale Unterschiede in den Voraussetzungen, Erscheinungsformen und Zielen der als faschistisch bezeichneten Bewegungen ver-

wischt würden. Ein inflationärer Gebrauch des Faschismusbegriffes bedeute letztlich eine Bagatellisierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Eine *zweite* Gruppe sieht in einer generalisierenden Faschismustheorie den entscheidenden Beitrag zur Erklärung eines europäischen Faschismus. Dieser sei notwendiges Produkt einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung und habe die soziale Funktion, diese zu erhalten. Nationalsozialismus wird vorwiegend unter diesem Blickwinkel interpretiert und so als „deutscher Faschismus“ charakterisiert.

Eine *dritte* Gruppe nimmt insofern eine mittlere Stellung ein, als sie zwar einen allgemeinen Faschismusbegriff befürwortet, wohl aber seine ausschließlich ökonomische Begründung nicht akzeptiert. Sie halte, so Hofer, die Anzahl vergleichbarer Merkmale für ausreichend für einen gemeinsamen Begriff, ohne deshalb allerdings die Unterschiede zu übersehen. Diese Theorie erlaube es daher auch — trotz der Zurechnung zur selben Gattung mit anderen Faschismen —, die Einzigartigkeit des Nationalsozialismus zu erkennen.

Der hier behandelte Streit um den passenden Begriff ist ein Aspekt der Kontroverse, die sich an den Begriffen Faschismus und Totalitarismus entzündet⁵⁾. In der wissenschaftlichen Diskussion ließ sich über lange Zeit — stark vereinfacht — die Regel aufstellen: Wer den Nationalsozialismus als Faschismus bezeichnet, verwirft den Totalitarismusbegriff. Und umgekehrt: Wer den Totalitarismusbegriff als Interpretationsmuster verwendet, verwirft einen generalisierenden Faschismusbegriff. Inzwischen sind bei dieser Regel Differenzierungen vonnöten: Karl Dietrich Erdmann beispielsweise hält an beiden Begriffen

¹⁾ Vgl. Walther Hofer, 50 Jahre danach, in: GWU, 34 (1983), S. 1.

²⁾ Andreas Hillgruber, Zum Stand der wissenschaftlichen Erforschung der NS-Zeit — Schwerpunkte und Kontroversen, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 9 (1981) 1/2, S. 5.

³⁾ Dieser Beitrag basiert auf einer größeren, bisher unveröffentlichten Arbeit zum gleichen Thema; ich beschränke mich hier auf die wichtigsten Belege. Vor allem kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht die wissenschaftliche Diskussion in der ganzen Breite dargestellt werden. Hier muß ein Überblick oft genügen.

⁴⁾ Walther Hofer (Anm. 1), S. 19ff.

⁵⁾ Als Beispiel sei ein Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte angeführt, an dem u. a. Karl Dietrich Bracher, Hans Mommsen, Martin Broszat, Wolfgang Schieder, Ernst Nolte und Jürgen Kocka teilnahmen. Die Einführungsreferate und die anschließende Diskussion sind eine anschauliche Einführung in die Diskussion: Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980.

fest⁶⁾. Auch Jürgen Kocka wendet sich gegen die „Zuspitzung eines Begriffskrieges, dessen Schärfe längst über das wissenschaftlich Nützliche und politisch Sinnvolle hinausgegangen ist“⁷⁾. In diesem Sinne soll auch hier Stellung bezogen werden.

2. Herkunft und Entwicklung des Begriffes ‚Faschismus‘

Etymologisch abgeleitet wird das Wort vom italienischen „fascio“ (Bündel, Bund), bzw. vom lateinischen „fasces“ = Rutenbündel, dem Symbol der Amtsgewalt der römischen Magistrate⁸⁾.

Im 19. Jahrhundert verwandten italienische Sozialisten, Syndikalisten und Republikaner den Begriff „fascio“, um „außerparlamentarische Organisationsformen... mit meist revolutionärem Charakter zu bezeichnen“⁹⁾. In „fasci“ schlossen sich 1914 Gruppen revolutionärer Internationalisten zusammen, denen auch Mussolini angehörte. Ein „tiefgreifender Bedeutungswandel“ kündigte sich, so Nolte, erstmals an, als sich 1917 „vornehmlich rechtsgerichtete Kräfte der Kammer zur Verfolgung einer energischen Kriegspolitik“¹⁰⁾ zum radikal-nationalistischen „Fascio parlamentare“ zusammenschlossen. Den Begriff verbreiteten die 1919 von Mussolini gegründeten „fasci combattimento“ (Kampfbünde)¹¹⁾. 1921 traten die Anhänger Mussolinis anlässlich der Wahlen in die „blocchi nazionali“ ein, und Mussolini konnte danach über eine parlamentarische Gruppe von 35 Abgeordneten verfügen. 1921 formten sich die Fasci aus einer „Bewegung“ in eine „Partei“ um¹²⁾; Ende

1922 trotzte Mussolini dem König durch die Androhung eines Bürgerkrieges mit dem „Marsch auf Rom“ die Übertragung der Ministerpräsidentenschaft ab. 1923 schlossen sich Nationalisten und Faschisten im „Partito nazionale Fascista“ zusammen¹³⁾.

Im engeren Sinne bezeichnet der Begriff ‚Faschismus‘ seit dieser Zeit „die von Mussolini 1922 an die Macht geführte politische Bewegung und das von dieser in Italien bis 1945 ausgeübte Herrschaftssystem“¹⁴⁾. Diese enge Begriffsdefinition, die sich auf den Faschismus in Italien beschränkt, ist unumstritten.

Darüber hinaus aber werden „als Faschismus auch andere extrem nationalistische Bewegungen mit autoritär-hierarchischem Aufbau, antiliberaler, antidemokratischer und antisozialistischer Ideologie zusammenfassend gekennzeichnet, die in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen autoritäre oder totalitäre Staatsordnungen begründet oder sich deren Errichtung zum Ziel gesetzt hatten“. In diesem weiteren Sinne wird „Faschismus als eines der zentralen, für ganz Europa charakteristischen Phänomene der Zwischenkriegszeit“ angesehen¹⁵⁾. (In diesem „Doppelsinn“ sieht Bracher beispielsweise ein Hauptproblem eines generellen Faschismusbegriffes¹⁶⁾.)

Dies führt dazu, verschiedene Dimensionen des Begriffes ‚Faschismus‘ zu unterscheiden. Auf drei Ebenen wird dieser verwendet:

1. In der Geschichte: Italien zwischen 1922 und 1943.
2. In der sozialwissenschaftlichen Theorie: der Versuch, einen allgemeinen Begriff zu prägen für eine Reihe von ideologischen Bewegungen und politischen Systemen vornehmlich in der Zeit zwischen den Weltkriegen.
3. In der politisch-ideologischen Auseinandersetzung als polemisches Schlagwort¹⁷⁾.

Hier geht es vor allem um die zweite Ebene, um die Legitimität eines generalisierenden Faschismusbegriffes und dessen Tauglichkeit zur Bezeichnung des Nationalsozialismus.

⁶⁾ Karl Dietrich Erdmann, Nationalsozialismus — Faschismus — Totalitarismus, in: ders., Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933—1939 (= Gebhardt, 9. Aufl., Bd. 20), München 1980, S. 62—79.

⁷⁾ Jürgen Kocka (Anm. 5), S. 39.

⁸⁾ Zum Faschismusbegriff und speziell zur Entwicklung des Begriffs vgl.: Wolfgang Schieder, Faschismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 2, Freiburg 1968, S. 438f; Ernst Nolte, Faschismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 329; auch Wolf-Rüdiger Gröbl/Harald Herrmann, Stundenblätter. Das Dritte Reich — Beispiel eines faschistischen Staates, Stuttgart 1981, S. 150.

⁹⁾ Wolfgang Schieder, Faschismus (Anm. 8), S. 439.

¹⁰⁾ Ernst Nolte (Anm. 8), S. 329.

¹¹⁾ Manfred Funke, Faschismus, in: Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart 1980⁷⁾, S. 401.

¹²⁾ Wolfgang Schieder (Anm. 8), S. 439.

¹³⁾ Manfred Funke (Anm. 11), S. 401.

¹⁴⁾ Wolfgang Schieder (Anm. 8), S. 443.

¹⁵⁾ Ebd.

¹⁶⁾ Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen, München 1980⁴⁾, S. 19.

¹⁷⁾ Walther Hofer, Nationalsozialismus — Faschismus — Totalitarismus, in: Sozialwissenschaftliche Kritik am Begriff und der Erscheinungsweise des Faschismus, Würzburg 1979, S. 47ff.

II. Zur Rekonstruktion der Begriffskontroverse

Die Begriffskontroverse hat natürlich auch ihre Geschichte. Ein kurzer Überblick mag hier der Orientierung dienen: Die Diskussion wird in ihren Phasen umrissen, die durch ihre Stellung gegenüber einer Verwendung eines Faschismusbegriffes für den Nationalsozialismus charakterisiert werden.

1. Die zeitgenössische Faschismusdiskussion

Die erste Phase ist die der zeitgenössischen Diskussion: Vor allem marxistische Interpretationen haben den Nationalsozialismus als deutschen Faschismus bezeichnet. In der Literatur werden drei Grundpositionen unterschieden¹⁸⁾:

a) Orthodoxe Faschismusinterpretationen im Rahmen der kommunistischen Partei (als Stichworte seien genannt: Agententheorie, Dimitroff-Definition, Sozialfaschismus). Sie sind gekennzeichnet durch eine strikt instrumentalistische und generalisierende Definition des Faschismus. Diese Definition fand ihren Ausdruck in der klassischen Formulierung des Exekutivkomitees der Komintern von 1933: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“¹⁹⁾

b) Den nicht-orthodoxen marxistischen Positionen war die Überzeugung gemeinsam, daß der Faschismus zwar eng mit dem bürgerlichen Kapitalismus zusammenhänge, aber nicht einfach als dessen direktes Organ oder Instrument anzusehen sei²⁰⁾. Hervorzuheben sind hier vor allem Thalheimers aus der Marx'schen Bonarpatismus-Analyse abgeleitete These der „Verselbständigung der Exekutive“ und Bauers These eines „Gleichgewichts der Klassenkräfte“. Diese Ansätze betrachteten die „neuartige und autonome Substanz der faschistischen Exekutiven“²¹⁾. Der Faschismus sei keineswegs die unmittelbare Herrschaft

des Kapitals. Eben weil eine solche Herrschaft nicht mehr möglich sei, werde die politische Gewalt den Führern der faschistischen Bewegungen übertragen: Die politische Macht der Bourgeoisie werde gebrochen, um ihre gesellschaftliche Macht zu erhalten²²⁾.

c) In Verbindung von marxistischer Theorie und Psychoanalyse analysierte beispielsweise Wilhelm Reich die „Massenpsychologie des Faschismus“²³⁾.

Die marxistischen Interpretationen waren im großen und ganzen die einzigen, die den Nationalsozialismus generalisierend als Faschismus sahen²⁴⁾.

2. Der Stand der Forschung bis Mitte der sechziger Jahre

Allem Anschein nach war der ‚Stand‘ der Forschung bis in die frühen sechziger Jahre tatsächlich ein solcher. Der Diskussionsstand dieser zweiten Phase wurde bestimmt durch vergleichsweise klare Paradigmen und Schulen²⁵⁾: „Deutsche Katastrophe“ versus „Diktatur des Finanzkapitals“²⁶⁾.

Auf der einen Seite stand die orthodox-marxistische Position, die von der beschriebenen Definition des Faschismus ausging und den Nationalsozialismus als eine Variante einer für Europa als allgemein verbindlich unterstellten Erscheinung des Faschismus²⁷⁾ als Gegenpol zum Sozialismus sah.

¹⁸⁾ Vgl. Wolfgang Schieder (Anm. 8), S. 454ff.; vgl. Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien*, Darmstadt 1972, S. 16ff.; vgl. ders., *Zur Analyse des Faschismus*, Frankfurt 1981, der in seiner materialreichen Analyse sozialdemokratische, kommunistische und marxistische Interpretationen außerhalb von KPD und SPD unterscheidet.

¹⁹⁾ Zit. nach Wolfgang Wippermann, *Analyse* (Anm. 18), S. 86.

²⁰⁾ Wolfgang Schieder (Anm. 8), S. 460.

²¹⁾ Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, München 1979, S. 125.

²²⁾ Reinhard Kühnl, *Faschismus*, in: *Blätter für dt. u. intern. Pol.*, 13 (1968), S. 1262. Vgl. auch Thalheimers Formulierung in Wolfgang Wippermann, *Analyse* (Anm. 18), S. 113.

²³⁾ Wilhelm Reich, *Die Massenpsychologie des Faschismus*, Köln 1972².

²⁴⁾ Andere Analysen des Nationalsozialismus seien hier nur erwähnt: zu sozialdemokratischen Interpretationen vgl. Wolfgang Wippermann, *Analyse* (Anm. 18), S. 9ff.; vgl. auch Wolfgang Saggau, *Faschismustheorien und antifaschistische Strategien in der SPD*, Köln 1981; zu anderen Ansätzen vgl. nach wie vor Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien* (Anm. 18).

²⁵⁾ Eike Hennig, *Faschismus vor 1933 und nach 1945 — Anmerkungen zu einem Kampfbegriff*, in: Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hrsg.), *Jugend und Neofaschismus*, Frankfurt 1979, S. 65.

²⁶⁾ Wolfgang Wippermann, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“? Zur Interpretationsgeschichte des Dritten Reiches im Nachkriegsdeutschland, in: Horst Denkler/Karl Prümm (Hrsg.), *Die deutsche Literatur im Dritten Reich*, Stuttgart 1976, S. 9—43.

²⁷⁾ Vgl. Klaus Hildebrand (Anm. 21), S. 123.

Auf der anderen Seite wurde der Nationalsozialismus als rein nationalgeschichtliches Phänomen²⁸⁾ oder „zusammen mit dem als wesensgleich angesehenen Bolschewismus in der Sowjetunion als eine Ausprägung des ‚Totalitarismus‘ gedeutet und vom italienischen Faschismus als einer besonderen Form bloß autoritärer Herrschaft abgesetzt“²⁹⁾.

Der Totalitarismustheorie gilt der Nationalsozialismus als „antidemokratische Revolution gegen den liberal-parlamentarischen Verfassungsstaat“³⁰⁾. Sie vergleicht die Herrschaftstechniken verschiedener Systeme, stellt „Strukturanalogien zwischen Faschismus und Bolcheswismus (fest) und *subsumiert* beide unter dem übergreifenden Gattungsbegriff des Totalitarismus, der einen neuen Typus von Herrschaft bezeichnet“³¹⁾.

3. Beginn der neueren Faschismusdebatte

In einer dritten Phase vollzog sich Anfang der sechziger Jahre die „Auflösung der traditionell-versäulten Faschismuskonstruktion“³²⁾. Dies leisteten zwei neue Argumentationen: Vor allem die phänomenologische von Ernst Nolte, aber auch die um den Begriff des „Primats der Politik“ zentrierte marxistische Position von Tim Mason³³⁾.

1963 erschien Noltens erstes Hauptwerk ‚Der Faschismus in seiner Epoche‘³⁴⁾. Noltens Verdienst ist es, so Wippermann, darin „die singularisierenden Theorien über den Faschismus... widerlegt, die heteronomistische Totalitarismustheorie überwunden, den Begriff ‚Faschismus‘ als gesamteuropäisches Phänomen zwischen den Kriegen in der wissenschaftlichen Diskussion des Westens durchgesetzt und die ‚erste wissenschaftliche Gesamtdeutung des Faschismus...‘ geschrieben zu haben“³⁵⁾.

Für Nolte steht die Legitimität des Begriffs Faschismus außer Frage: Es sei „widersinnig, die Einheit eines Phänomens zu leugnen, das als Einheit so tief in den Grundzügen der Epoche angelegt ist und in ihrer Wirklichkeit so leidenschaftlich umstritten wurde“. Offen-

bar gebe es „ein unabweisbares Bedürfnis, einen Begriff für diejenigen politischen Systeme... zu haben, die ebenso sehr vom demokratisch-parlamentarischen wie vom kommunistischen Typus sich unterscheiden“. Vor allem aber „hatten die faschistischen Bewegungen selbst ein scharf ausgeprägtes Empfinden für ihre Verwandtschaft“³⁶⁾.

Für Nolte liegt es nahe, den Faschismus „für die charakteristische politische Tendenz jener Epoche zu erklären“, weshalb er von der „Epoche des Faschismus“ spricht³⁷⁾.

Auf die vielleicht einfachste Formel hat Nolte selbst einen Grundzug seiner Theorie gebracht: „Der Vorzug des Faschismusbegriffes besteht vor allem darin, daß er die fundamentale Bedeutung des Unterschieds zwischen links und rechts anerkennt und zum Ausgangspunkt macht.“³⁸⁾

Der zweite Anstoß für eine neuerliche Faschismusdebatte kam mit dem Auftreten der westdeutschen Linken Mitte der sechziger Jahre und deren Wiederentdeckung einer kritisch-marxistischen Theorie des Faschismus und Nationalsozialismus³⁹⁾. Im Mittelpunkt stand dabei zunächst die Kritik an der Rezeption des Nationalsozialismus. Vor allem in der Zeitschrift „Das Argument“ wurden die gängigen Theorien kritisiert; man diskutierte seinerseits die Funktion des Staates im Faschismus. Den wichtigsten Anstoß für weitere kontroverse Diskussionen zwischen den verschiedenen marxistischen Ansätzen gab wohl Tim Mason, der den Gedanken der Verselbständigung der Exekutivgewalt wieder aufnahm⁴⁰⁾.

4. Die Renaissance des Faschismusbegriffes

Gegen Ende der sechziger Jahre erlebte der Faschismusbegriff eine Renaissance — sowohl in der wissenschaftlichen Diskussion als auch in der politischen Auseinandersetzung. Von verschiedenen Positionen her wurde ein

²⁸⁾ Vgl. Wolfgang Schieder (Anm. 8), S. 464ff.

²⁹⁾ Andreas Hillgruber (Anm. 2), S. 15.

³⁰⁾ Klaus Hildebrand (Anm. 21), S. 127.

³¹⁾ Karl-Dietrich Erdmann (Anm. 6), S. 66.

³²⁾ Eike Hennig (Anm. 25), S. 65.

³³⁾ Vgl. ebd.

³⁴⁾ Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1979⁵. Vgl. dazu die vorzügliche Rezension von Thomas Nipperdey, *Der Faschismus in seiner Epoche*, in: *Historische Zeitschrift*, (1970) 210, S. 620—38.

³⁵⁾ Wolfgang Wippermann (Anm. 18), S. 77.

³⁶⁾ Ernst Nolte (Anm. 34), S. 32.

³⁷⁾ Ebd., S. 28.

³⁸⁾ Ernst Nolte in einem Diskussionsbeitrag in: *Totalitarismus und Faschismus* (Anm. 5), S. 51. Vgl. auch Ernst Nolte, *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968, S. 86ff., wo er die Charakterzüge des Faschismus formuliert und eine Typologie entwickelt.

³⁹⁾ Vgl. hierzu den Überblick von Anson G. Rabinbach, *Marxistische Faschismustheorien*, 2 Teile, in: *Ästhetik und Kommunikation*, 7 (1976) 26, S. 5—19, und 8 (1977) 27, S. 89—103.

⁴⁰⁾ Tim Mason, *Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Argument*, 6 (1966) 41, S. 473—94.

allgemeines Phänomen Faschismus begrifflich und sachlich neu gefaßt und der Nationalsozialismus als Element dieser Gattung subsumiert.

Man versuchte *erstens*, einen internationalen Faschismus komparativ zu bestimmen⁴¹⁾.

Zweitens nahm die Neue Linke die Anstöße der ‚Argument‘-Diskussion z. T. auf, entwickelte neue Begriffsbestimmungen und versuchte, den Nationalsozialismus als deutschen Faschismus durch seine soziale Funktion zu erklären. Vor allem die Arbeiten von Reinhard Kühnl sind hier zu nennen, der Faschismus und damit auch den Nationalsozialismus als „Form bürgerlicher Herrschaft“ versteht, deren „soziale Funktion“ es sei, „die kapitalistische Gesellschafts- und Eigentumsordnung ... zu bewahren“⁴²⁾. Charakteristisch für ein faschistisches System sei das Bündnis zwischen der faschistischen Partei und der alten Oberklasse, die Massenbasis, der Gebrauch von Terror und die Ideologie der Volksgemeinschaft⁴³⁾.

Drittens verteidigten orthodoxe Positionen ihre Argumentationen. Weiterhin wird hier von der klassischen Wesensbestimmung des Faschismus als „Waffe der Monopolbourgeoisie“ ausgegangen⁴⁴⁾.

Viertens wurde ein ‚strukturell-funktionaler‘ Ansatz neu formuliert⁴⁵⁾.

Fünftens schließlich wurden die ersten Bedenken gegen eine „Begriffsverwilderung“⁴⁶⁾ laut; das Bedürfnis nach einer Neubestimmung, Präzisierung und Begrenzung des Begriffes wuchs: Bestandsaufnahmen, sekundär-analytische Untersuchungen und überblicksartige Darstellungen wurden aktuell⁴⁷⁾.

5. Einwände gegen einen generalisierenden Faschismusbegriff

Als Reaktion auf die Renaissance der Faschismustheorien wurden schon in den frühen

siebziger Jahren zunehmend Einwände und wachsende Vorbehalte gegen die Verwendung eines generalisierenden Faschismusbegriffes für den Nationalsozialismus laut. Man wandte sich gegen eine „Einebnung“ des Nationalsozialismus in einen „europäischen Faschismus“, der im kapitalistischen System tendenziell angelegt sei⁴⁸⁾.

Bracher wandte sich gegen den „so modische(n) wie lose(n) Gebrauch des Zauberwortes Faschismus“: „Der inflationäre Gebrauch des Faschismusbegriffes... bedeutet im Grunde die Bagatellisierung einer wirklich totalitären Diktatur wie der nationalsozialistischen, weil damit alles in einen Topf geworfen wird... Das läuft entweder auf eine Dämonisierung aller Diktaturtendenzen oder aber auf eine Bagatellisierung derjenigen Regime hinaus, die wie das nationalsozialistische Gewalt- und Vernichtungssystem auch vom italienischen Faschismus weit und prinzipiell unterschieden sind.“⁴⁹⁾

Hillgruber wies darauf hin, daß sich die außenpolitischen Zielsetzungen Hitlers und Mussolinis nicht miteinander vergleichen ließen⁵⁰⁾. Turner legte dar, daß das Telos, die Zukunftsvisionen beim Nationalsozialismus und beim italienischen Faschismus völlig verschieden, unvergleichbar gewesen seien: Die „reaktionäre Utopie“ Hitlers basiere „auf einem atavistischen, antimodernistischen Grundzug des Nationalsozialismus, während der Faschismus in Italien eine ‚kapitalistische‘ Modernisierung der... italienischen Gesellschaft anstrebe“⁵¹⁾.

Hildebrand führte gegen eine kausale Verbindung von Kapitalismus und Faschismus das englische und amerikanische Beispiel an; er betonte die „Singularität der Politik Hitlers“⁵²⁾. Bernd Martin überprüfte die Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismusbegriffes in einem Vergleich zwischen Japan, Italien und Deutschland und wandte sich gegen dessen Verwendung⁵³⁾.

⁴¹⁾ Walter Laqueur/George L. Mosse (Hrsg.), Internationaler Faschismus 1920—1945, München 1966.

⁴²⁾ Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus, Reinbek 1971, S. 146. Vgl. auch ders., Texte zur Faschismuskonzeption I, Reinbek 1974.

⁴³⁾ Vgl. Reinhard Kühnl (Anm. 22), S. 1260f.

⁴⁴⁾ Vgl. den neueren Sammelband von Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler (Hrsg.), Faschismus-Forschung, Köln 1980, S. 16.

⁴⁵⁾ Vgl. Klaus Hildebrand (Anm. 21), S. 136ff.

⁴⁶⁾ Zum Beispiel Wolfgang Schieder (Anm. 8), S. 439.

⁴⁷⁾ Zum Beispiel Manfred Clemenz, Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus, Frankfurt 1972.

⁴⁸⁾ Andreas Hillgruber (Anm. 2), S. 16.

⁴⁹⁾ Karl Dietrich Bracher (Anm. 16), S. 18 und S. 31f.

⁵⁰⁾ Vgl. Andreas Hillgruber (Anm. 2), S. 16f.

⁵¹⁾ Ebd., S. 16f. Vgl. Henry Ashby Turner, Faschismus und Antimodernismus, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Nationalsozialistische Außenpolitik, Darmstadt 1978, S. 154.

⁵²⁾ Klaus Hildebrand (Anm. 21), S. 114.

⁵³⁾ Bernd Martin, Zur Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismusbegriffes. Ein Vergleich zwischen Japan, Italien und Deutschland, in: VjZG, 29 (1981), S. 48—73.

6. Differenzierende und vermittelnde Positionen seit Mitte der siebziger Jahre

Wohl auch als Reaktion auf die Einwände gegen einen generalisierenden Faschismusbegriff wurden die Positionen neu bestimmt und die Argumentationen überprüft und differenziert.

Vier Haupttendenzen lassen sich feststellen: Erstens das Festhalten am Faschismusbegriff auch in seiner Verwendung für den Nationalsozialismus und seine Neudefinition zum Erhalt des politischen Wertes⁵⁴); zweitens die heuristische Annahme eines Faschismusbegriffes bei gleichzeitiger Betonung eines komparatistischen Ansatzes⁵⁵); drittens vermittelnde Positionen in der Kontroverse um Faschismus und Totalitarismus⁵⁶); viertens schließlich der Versuch neuer Bestandsaufnahmen⁵⁷).

7. Zum Forschungsstand

Offenbar zeichnet sich eine Tendenz zur Differenzierung der Positionen ab. Ein Faschismusbegriff mit begrenzter Reichweite wird wohl bevorzugt. Er wird meist begrenzt auf die faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit.

Als Forschungsstand läßt sich festhalten: Auf der einen Seite neigen Forscher wie Bracher, Turner, Hildebrand, Hillgruber, De Felice, Haffner u. a. dazu, den Nationalsozialismus nicht unter einen generalisierenden Faschismusbegriff zu subsumieren. Auf der anderen Seite halten andere die Verwendung des Faschismusbegriffs für den Nationalsozialismus für gerechtfertigt: Nolte, Erdmann, Thamer, Wippermann, Laqueur, Hans Mommsen, Wolfgang J. Mommsen, Broszat, Kocka, Winkler, Hennig, Kühnl, Payne u. a.

III. Die Ambivalenz faschistischer und singulärer Elemente

In diesem Kapitel soll der Frage der Vergleichbarkeit des Nationalsozialismus nachgegangen werden. Ausgehend von der Überlegung, daß ein übergreifender Faschismusbegriff nur dann legitim und sinnvoll ist, wenn er Gemeinsamkeiten seiner beiden wichtigsten Fälle — Italien und Deutschland — abbildet, sollen kurz deren weitgehend unbestrittenen Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten zusammengestellt werden. Anschließend soll danach gefragt werden, worin sich der Nationalsozialismus von anderen ‚Faschismen‘, insbesondere dem italienischen, unterscheidet. Es soll also nach den Besonderheiten des Nationalsozialismus, nach seiner „Singularität“ gefragt werden.

⁵⁴) Vgl. z. B. Eike Hennig (Anm. 25), S. 66f. Vgl. ders., *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland*, Frankfurt 1977.

⁵⁵) Zum Beispiel Hans Ulrich Thamer/Wolfgang Wippermann, *Faschistische und neofaschistische Bewegungen*, Darmstadt 1977, S. 235. Oder auch Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*, Hamburg 1976, S. 13f.

⁵⁶) Vgl. z. B. Karl Dietrich Erdmann (Anm. 6), S. 65. Oder auch Jürgen Kocka, *Ursachen des Nationalsozialismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25/80.

⁵⁷) George L. Mosse (Ed.), *International Fascism: New Thoughts and New Approaches*, London 1979. Vgl. auch Stanley G. Payne, *Fascism. Comparison and Definition*, London 1980.

1. Ähnlichkeiten von italienischem Faschismus und Nationalsozialismus

Eine generalisierende Verwendung des Faschismusbegriffs ist nur dann zu rechtfertigen, wenn dieser sich zumindest in seiner Anwendung auf Italien und Deutschland als tragfähig erweist⁵⁸). Um deren Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten zusammenzustellen, werden Brachers „Kritische Betrachtungen zum Faschismusbegriff“ zu Rate gezogen — ein sicher „unverdächtigter Zeuge“, da er ja gerade das Subsumieren unter einen gemeinsamen Faschismusbegriff ablehnt.

Die folgenden Ähnlichkeiten können als weitgehend unbestritten gelten⁵⁹):

— Sowohl der italienische Faschismus als auch der Nationalsozialismus folgten unmittelbar aus den Enttäuschungen des Ersten Weltkrieges; ökonomische und soziale Krise als Auslöser; Gefühl der „verspäteten Nation“.

— Expansionsdrang: Faschismus: Mittelmeerraum, Wiederherstellung des Imperium Romanum; Nationalsozialismus: Lebensraum im Osten.

⁵⁸) Vgl. Theodor Schieder (Anm. 55), S. 15.

⁵⁹) Vgl. Karl Dietrich Bracher (Anm. 16), S. 20ff.

— Ideologie: Oberster Wert ist die Nation („imperial Nationalismus“) oder in gesteigerter Form die Rasse.

— Antiliberal, antidemokratisch, antibürgerlich, antimarxistisch und antikommunistisch, antikapitalistische Elemente.

— Aktionismus, Antiintellektualismus, „Gegenstellung der Tat gegen den Gedanken“, Kult der Gewalt und der Aktion; Hauptwerte: Tat, Kampf, Recht des Stärkeren,

— Elaborierte Technik der „Machtergreifung“ („legale Revolution“, als Minderheit) und Machtstabilisierung.

— Pseudoreligiöser, hochemotionalisierter Führermythos.

— Pseudodemokratischer Anspruch des Führerprinzips als Verwirklichung der totalen Identität von Herrschern und Beherrschten als Grundfiktion.

— Existenz und Funktion einer betont alles erfassenden, tendenziell totalitären Massenpartei (Sammel- oder Volkspartei).

— Politik als Freund-Feind-Verhältnis, absolutes Feindbild.

— Mobilisierung (und Ablenkung) der Massen: Einsatz der Mittel der modernen Propaganda und Massenmedien, Massenversammlungen, Aufmärsche etc.

2. Spezifische Elemente des Nationalsozialismus

Bei aller Vergleichbarkeit war jedoch, so Bracher, „das deutsche Phänomen des Nationalsozialismus einzigartig: Die rassistische Ideologie, der globale Herrschaftsanspruch, die diktatorisch-technokratische Effizienz, die Radikalität der Herrschafts- und Vernichtungspolitik“⁶⁰) heben es über andere Faschismen hinaus.

In diesem Kapitel geht es also um die singulären Elemente des Nationalsozialismus, geht es um Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und anderen Faschismen, insbesondere dem italienischen. Drei Punkte scheinen mir die wichtigsten zu sein, will man die spezifischen Merkmale des Nationalsozialismus ins Auge fassen: erstens der globale Herrschaftsanspruch, zweitens die Rassenideologie, die in den Holocaust mündete, und drittens die Rolle des Staates und das Führerprinzip.

Kernstücke der nationalsozialistischen Ideologie sind das Streben nach Welt(vor)herr-

⁶⁰) Ebd., S. 30.

schaft und die Rassendoktrin⁶¹); alle anderen Elemente haben funktionalen Charakter zur Erreichung dieser beiden Ziele. Das dritte ‚Kernstück‘, das Führerprinzip, beinhaltet gerade das funktionale Verständnis des Staates und aller Institutionen. So auch Jäckel: „Hitler hatte nur zwei wirkliche Ziele, ein außenpolitisches und ein rassenpolitisches. Deutschland mußte unter seiner Führung neuen Lebensraum im Osten erobern, und es mußte die Juden entfernen. Der Staat und seine Verfassung, die Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Partei, ihr Programm und ihre Ideologie — alles war nur Mittel zu diesem doppelten Zweck.“⁶²)

a) Außenpolitik: Ostexpansion und globaler Herrschaftsanspruch

Schon im zweiten Band von „Mein Kampf“, der Ende 1926 erschien, formulierte Hitler das Konzept einer Aufteilung der Welt an Deutschland (kontinentaler Osten), England (Meere und Kolonien) und Italien (Mittelmeerraum).

In drei großen Phasen sollte es verwirklicht werden: erstens innere Erneuerung und Aufrüstung Deutschlands sowie Bündnisse mit England und Italien, zweitens Krieg gegen Frankreich zur Rückendeckung des (drittens) Eroberungskrieges gegen Rußland, der militärisch leichtes Werk sei⁶³).

Hitler ging es aber wohl nicht nur darum, Deutschland zu einer Weltmacht neben anderen zu machen; seine Endziele reichten weiter: Neben den „zweifellos präziseren Angaben zur Gewinnung von Lebensraum im Osten“⁶⁴) fand Jochen Thies Hinweise auf das Endziel der Weltherrschaft. Hitlers Expansionsstreben beschränke sich also nicht auf einen kontinentalen Anspruch, sondern sei global. Sein Ziel sei die „Weltherrschaft der arischen Rasse auf ewige Zeiten“⁶⁵).

Erhärtet wird die Weltherrschaftsthese durch die Untersuchung der „zeitlich genau fixier-

⁶¹) Vgl. Andreas Hillgruber, Imperialismus und Rassendoktrin als Kernstück der NS-Ideologie, in: Leo Hauptmann/Georg Mölich (Hrsg.), Strukturelemente des Nationalsozialismus, Köln 1981, S. 11—36.

⁶²) Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung, Stuttgart 1981², S. 93.

⁶³) Vgl. ebd., S. 42 ff.

⁶⁴) Jochen Thies, Hitlers „Endziele“: Zielloser Aktionismus, Kontinentalimperium oder Weltherrschaft?, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Nationalsozialistische Außenpolitik, Darmstadt 1978, S. 77. Vgl. auch ders., Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers, Düsseldorf 1976.

⁶⁵) Ebd., S. 90.

ten" Bauplanungen Hitlers. Diese waren „die bewußte Vorwegnahme der späteren Expansionspolitik“.

Hitlers Vorstellung der „in Stein vorweggenommene(n) Zukunft“ wird treffend durch seinen Ausspruch markiert: „Wenn man die Reichskanzlei betritt... soll man das Gefühl haben, den Herrn der Welt zu besuchen.“ Berlin soll zur „Hauptstadt der Welt“ ausgebaut werden, in den „Führerstädten“ sollen gigantische „Bauten für die Ewigkeit“ entstehen⁶⁶⁾.

Thies folgt im wesentlichen Hillgrubers Interpretationsmuster eines „Stufenplans“: Dieser endete nicht bei der projektierten Eroberung neuen ‚Lebensraumes‘ im Osten, sondern war weltweit angelegt. Auf die ‚Stufe‘ der Eroberung eines europäischen Kontinentalimperiums sollte ein kolonialer ‚Ergänzungsraum‘ in Mittelfrika sowie ein Stützpunktsystem im Atlantik und im Indischen Ozean gewonnen werden. Im Bunde mit Japan, nach Möglichkeit auch mit Großbritannien, sollten dann die USA als weltpolitischer Hauptgegner zunächst isoliert und in der auf Hitler folgenden Generation — gleichsam in einem Kampf der Kontinente — gegen Amerika die Weltvorherrschaft des ‚Germanischen Reiches deutscher Nation‘ erkämpft werden⁶⁷⁾.

Die Kontroverse um die Reichweite der Hitlerschen Expansionspläne braucht hier nicht weiter vertieft zu werden; die Radikalität des nationalsozialistischen Expansionsstrebens steht wohl außer Frage. Sie findet ihren Ausdruck in der zentralen Rolle des Krieges in der NS-Ideologie und -Politik. Der Krieg entsprach dem „Naturgesetz vom Recht des Stärkeren“, von der ewigen Auslese des ‚Besseren‘, dem Abfall des Faulen und Morschen. Der Krieg mußte die Überlegenheit der nordischen Rasse beweisen; er war zugleich die „höchste Lebensäußerung“ eines Volkes⁶⁸⁾; Krieg gehörte somit von Anfang an zu den selbstverständlichsten Mitteln zur Durchsetzung politischer Ziele. Mit diesem Element korrespondierte das absolute Feindbild als ein wesentlicher Gehalt der NS-Ideologie.

⁶⁶⁾ Ebd., S. 85f.

⁶⁷⁾ Vgl. Andreas Hillgruber (Anm. 2), S. 14. Vgl. auch Jochen Thies (Anm. 64), S. 13.

⁶⁸⁾ Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Krieg in Weltanschauung und Praxis des Nationalsozialismus (1919—1945), in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933—1945, Bonn 1983, (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 192), S. 429.

Zentral für das Verständnis der nationalsozialistischen Außenpolitik ist die rassistische Begründung des Expansionsstrebens, die enge Verbindung von Rassengedanken und außenpolitischem Programm. Das Ziel einer rassistisch begründeten germanischen Weltherrschaft deutscher Nationen unterscheidet den Nationalsozialismus von anderen Faschismen: „Sein Ideal der rassereinen Welt lag ‚vor aller Geschichte‘, während die anderen faschistischen Bewegungen das Ziel propagierten, ein vergangenes Zeitalter der nationalen Größe wiederherzustellen.“ Beim italienischen Faschismus war dies das Imperium Romanum, bei der Falange das Reich der spanischen Habsburger, die kroatische Ustascha gab vor, an die Zeit der Türkenkämpfe anknüpfen zu wollen etc.⁶⁹⁾.

Mussolinis außenpolitische Forderungen nach einem faschistischen „impero romano“, nach dem „mare nostrum“ sowie seine Politik des „peso determinante“ sind kaum mit Hitlers Weltherrschaftsabsichten zu vergleichen. Die Überlegungen des einen bewegten sich durchaus noch in historisch vertrauten Kategorien, die des anderen sprengten diesen Rahmen, beabsichtigten „den historischen Verlauf zu überholen und in einer biologischen Utopie stillzulegen“⁷⁰⁾.

Mussolini war insofern „Führer des römischen Imperialismus“ und nicht etwa Architekt faschistischer Weltpolitik⁷¹⁾.

b) Rassenideologie und Menschenvernichtung

Wie wir bei der Betrachtung der außenpolitischen Zielsetzungen gesehen haben, ist gerade die rassenideologische Begründung des radikalisierten Imperialismus als singulär anzusehen. Dies verweist auf das zweite „Kernstück“ des Nationalsozialismus: Rassenideologie und Judenvernichtung.

Der Versuch einer „rassischen Revolutionierung der Weltgeschichte und einer damit einhergehenden biologischen Veränderung der menschlichen Spezies“⁷²⁾ und die daraus abgeleitete systematische Menschenvernichtung, die ihren Höhepunkt im organisierten

⁶⁹⁾ Hans Ulrich Thamer/Wolfgang Wippermann (Anm. 55), S. 242.

⁷⁰⁾ Klaus Hildebrand (Anm. 21), S. 139.

⁷¹⁾ Heinz Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. II, Zeitalter des Imperialismus und der Weltkriege, Göttingen 1982, S. 539f.

⁷²⁾ Klaus Hildebrand (Anm. 21), S. 114.

Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern fand, hebt den Nationalsozialismus von allen Regimen des 20. Jahrhunderts weit ab.

Für Hitler war Geschichte der Kampf der Rassen um Lebensraum⁷³). Das zugrundeliegende Prinzip war „der aristokratische Grundgedanke der Natur“, das Naturgesetz „der Notwendigkeit und des Rechtes des Sieges der Besten und Stärkeren“. Der Lebenskampf war unaufhörlich und gnadenlos. Politik war „in Wahrheit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes“. Der Hauptgegner des „Lebenskampfes“ war das „Weltjudentum“. Im Begriff des „jüdischen Internationalismus“ wurden die zwei zentralen Elemente, der Antisemitismus und die Ostexpansion, verknüpft, denn in Rußland regiere der „jüdische Bolschewismus“⁷⁴).

Spätestens seit 1924 forderte Hitler öffentlich die physische Liquidierung der Juden. Die „Kampfweise gegen das Judentum“ nämlich war in Hitlers Augen „nicht nur für unser Volk, sondern für alle Völker ... eine Lebensfrage. Denn Juda ist die Weltpest“.

Die Singularität des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Rassenpolitik ist wohl unbestreitbar. Vor allem die Konsequenz, Planmäßigkeit und Radikalität der Judenvernichtung übertrifft alle Vorstellungskraft und findet keine Parallele in anderen Ländern.

Rassenideologie und -politik des faschistischen Italien blieben weit hinter denen des Nationalsozialismus zurück. Die vorhandenen rassistischen Elemente wurden weder zur Doktrin erhoben, noch Leitlinie der Politik mit vergleichbaren Folgen⁷⁵).

„Rasse: das ist ein Gefühl, nicht eine Tatsache: 95 Prozent Gefühl.“⁷⁶) Diese Äußerung Mussolinis unterscheidet ihn von Hitler: Mussolini hielt es „für möglich, die Juden zu arisieren“⁷⁷), für Hitler war dies undenkbar. So machte sich der italienische Führer über den „Unsinn der blonden Edelrasse“ lustig⁷⁸). Erst

nach 1933 verließ Mussolini in der Judenfrage seine bisherige Linie⁷⁹). Doch erst nach dem Sturz Mussolinis folgte dann ab September 1943 die Ausdehnung der nationalsozialistischen „Endlösungs“-Politik auch auf die besetzten Teile Italiens.

Die Betrachtung der „rassenpolitischen“ Differenzen zwischen Nationalsozialismus und italienischem Faschismus zeigt folgendes: Zum einen gibt es antisemitische Elemente in beiden „Faschismen“. Zum anderen bedeutet deren Radikalisierung in der nationalsozialistischen Rassenideologie und -politik einen qualitativen Unterschied.

Die Analyse der Rassenpolitik und -ideologie ergibt somit einen ähnlichen Befund wie die Analyse der außenpolitischen Zielsetzungen: Nationalsozialismus und italienischer Faschismus haben gemeinsame Elemente (Imperialismus und Antisemitismus), deren Radikalisierung allerdings im Nationalsozialismus eine neue Qualität bedeutet.

c) Die Rolle des Staates und das Führerprinzip

Das außen- und das rassenpolitische Programm waren die zentralen Zielvorstellungen des Nationalsozialismus. Alle andere Bereiche der Politik waren Mittel zum Zweck der Durchsetzung dieser beiden Ziele: „Der Staat und seine Verfassung, die Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Partei, ihr Programm und ihre Ideologie — alles war nur Mittel zu diesem doppelten Zweck.“⁸⁰)

Damit wurde dem Staat und anderen politischen Institutionen die Funktion eines Instrumentes zugeordnet — eines Instrumentes in den Händen eines Führers, der die Verantwortung trägt für den „Lebenskampf“ seines Volkes. Damit war aber auch zweitrangig, wie dieses Instrument beschaffen sein sollte. So gab es nie eine nationalsozialistische Verfassungspolitik. Nicht einmal die Nachfolgefrage wurde je gesetzlich geregelt. Auch die Partei und ihr Programm hatten für Hitler nur funktionalen Charakter zum Zweck der Integration der Gefolgschaft⁸¹). Entsprechend dienten Innen- und Sozialpolitik lediglich der inneren Konsolidierung, um das Primat der Außenpolitik zu sichern. Die Sozialpolitik aber

⁷³) Vgl. zum folgenden Eberhard Jäckel (Anm. 62), S. 98 ff.

⁷⁴) Vgl. zum folgenden ebd., S. 73 ff.

⁷⁵) Vgl. Stefan Breuer, Faschismus in Italien und Deutschland: Gesichtspunkte zum Vergleich, in: Leviathan, 11 (1983) 1, S. 29.

⁷⁶) Mussolini zit. nach Manfred Funke, Hitler, Mussolini und die Substanz der „Achse“, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Anm. 68), S. 363.

⁷⁷) Renzo de Felice, Der Faschismus. Ein Interview, Stuttgart 1977, S. 91.

⁷⁸) Stefan Breuer (Anm. 75), S. 29.

⁷⁹) Vgl. Reiner Pommerin, Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin-Rom 1938—1943, in: VjZG, 27 (1979), S. 646 ff.

⁸⁰) Eberhard Jäckel (Anm. 62), S. 93.

⁸¹) Vgl. ebd., S. 85 ff.

war „das wichtigste taktische Mittel zum Zweck erst der Gewinnung und Bewahrung der Herrschaft und dann der Verwirklichung der außenpolitischen Ziele im Eroberungskrieg“⁸²). Alles in allem läßt sich eine völlige Umkehrung des herkömmlichen Staatsbegriffs feststellen, indem der Herrscher nun nicht mehr Diener des Staates, sondern umgekehrt der Staat Mittel des Herrschers sein sollte. Staat und Partei sollten nichts anderes sein als Mittel in der Hand des Führers zum Zwecke der außen- und rassenpolitischen Ziele.

IV. Zur Diskussion um die Herrschaftspraxis

Der Herrschaftsanspruch also war absolut. Die Herrschaftspraxis aber ist weniger eindeutig zu charakterisieren. Sie ist Gegenstand heftiger wissenschaftlicher Kontroversen⁸⁵.

Die Diskussionsebenen seien hier kurz angedeutet: Letztlich geht es, auf einer hochabstrakten Ebene, um das *Verhältnis von Personen und Strukturen* in der Geschichte. Der *methodische Zugriff* hängt von dessen Einschätzung ab: „Intentionalisten“ erklären den Nationalsozialismus aus den Intentionen Hitlers, „Funktionalisten“ legen den Schwerpunkt auf die Funktion, die er im politischen Umfeld innehatte.

Die dritte Diskussionsebene ist die Frage nach der *Rolle Hitlers* im nationalsozialistischen System. Die eine Position fand ihren Ausdruck im Urteil von Hans Mommsen, demzufolge Hitler der „entscheidungsunwillige, häufig unsichere, ausschließlich auf Wahrung seines Prestiges und seiner persönlichen Autorität bedachte, aufs stärkste von der jeweiligen Umgebung beeinflusste, in mancher Hinsicht schwache Diktator“⁸⁶) war. Demgegenüber sieht beispielsweise Jäckel Hitler als „Alleinherrscher“, insofern, als „die wesentlichen politischen Entscheidungen von einem einzelnen, in diesem Falle von Hitler, getroffen wurden“⁸⁷).

⁸²) Ebd., S. 92.

⁸³) Ebd., S. 94.

⁸⁴) Vgl. Wolf-Rüdiger Gröbl/Harald Herrmann (Anm. 8), S. 32.

⁸⁵) Vgl. hierzu den Sammelband von Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), *Der „Führerstaat“: Mythos und Realität*, Stuttgart 1981.

⁸⁶) Hans Mommsen, *Nationalsozialismus*, in: *Sozietätsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. 4, Freiburg 1971, S. 702.

⁸⁷) Eberhard Jäckel (Anm. 62), S. 148.

Damit verbunden war aber auch der Anspruch Hitlers auf eine „absolut uneingeschränkte und außer einer imaginären Volksidee niemandem verantwortliche Stellung“⁸³). Grundsatz der Organisation von Partei und Staat sollte das „Führerprinzip“ sein: Alle Gewalt geht vom Führer aus und wird von oben nach unten von ihm abgeleitet. Er repräsentiert den Willen der Volksgemeinschaft. Keine Gewaltenteilung oder parlamentarische Kontrolle begrenzen die Führergewalt⁸⁴).

Es wäre absurd, die große Rolle Hitlers zu leugnen, und im Grunde tut dies auch niemand ernsthaft. Es wäre ebenfalls absurd zu behaupten, Aufstieg und die „Machtergreifung“ seien allein Hitlers Werk gewesen. Dies tut ebenfalls niemand; sie fanden in einer besonderen historischen Situation statt, in der bestimmte Strukturen besonders wirkungsvoll sein konnten⁸⁸).

Eng damit zusammen hängt wiederum die Frage nach der Perspektive: personales oder instrumentales *Hitlerverständnis*?⁸⁹). Ein Beispiel der einen Sicht ist die Feststellung Brachers: „Grundlegend für den Nationalsozialismus und sein Herrschaftssystem ist, daß es von Anfang bis zum äußersten Ende mit diesem Manne stand und fiel: mit seinen Entscheidungen, seinen ideologischen Fixierungen.“⁹⁰). Auf der anderen Seite wird Hitler als Erfüllungsgehilfe gesehen.

Eine fünfte Diskussionsebene ist die Charakterisierung des nationalsozialistischen *Herrschaftsgefüges* als „Führerstaat“ oder „Chaos“. Entsprechend wird die *Herrschaftspraxis* als „Monokratie“ oder „Polykratie“ eingestuft, wobei einerseits die Herrschaft nach *einem* Prinzip, nach *einem* Willen, andererseits aber das vielfältige Kompetenzgerangel, das „polykratische Chaos“ betont wird.

Die verschiedenen Diskussionsebenen und -stränge seien in einer Übersicht zusammengefaßt, stark vereinfacht und auf die jeweils kontroversen Positionen zugespitzt:

⁸⁸) Vgl. Wolfgang Wippermann (Anm. 78), S. 736f.

⁸⁹) Vgl. Walther Hofer (Anm. 1), S. 4.

⁹⁰) Vgl. Karl Dietrich Bracher (Anm. 16), S. 85.

Diskussions- ebenen	kontroverse Positionen	
abstrakt- philosophisch Analyseansatz	Person intentional	Struktur funktional/ strukturell
Rolle Hitlers	Allein- herrscher personal	schwacher Diktator funktional
Hitler- Verständnis	Führerstaat	Chaos
Herrschafts- gefüge Herrschafts- praxis	Monokratie	Polykratie

Diese Diskussionsebenen haben ihren Zusammenhang in der wohl unbestreitbaren Tatsache der „Diskrepanz zwischen dem monolithischen Herrschaftsanspruch und den dualistischen oder polykratischen, vom anarchischen Kompetenzwirrwarr eines ‚gelenkten Chaos‘ bestimmten Herrschaftsstrukturen“⁹¹). Die Kontroversen gehen letztlich darum, wie weit das Chaos als ‚gelenkt‘ bzw. ‚gebündigt‘ anzusehen ist.

Auf der einen Seite brachte es Haffner auf den Punkt: „... dieses Chaos war Hitlers Schöpfung“. Hitler habe „die Funktionsfähigkeit des Staates zugunsten seiner persönlichen Allmacht und Unersetzlichkeit bewußt zerstört, und zwar von Anfang an“. So habe Hitler „einen Zustand hergestellt, in dem die verschiedensten eigenständigen Machtträger unabgegrenzt, miteinander konkurrierend und einander überschneidend, nebeneinander und gegeneinander standen, und nur er selbst an der Spitze von allen“⁹²). Hitler als Herr und Schöpfer eines bürokratischen Dschungels, in dem jeder gegen jeden kämpft.

Auf der anderen Seite wiederum wird argumentiert, die institutionelle Polykratie habe ihren Hauptgrund nicht in einem machiavellistischen Kalkül des Diktators, einer bewußten Politik nach dem Motto ‚divide et impera‘, sondern in seinem „gesamtpolitischen Dilettantismus, der sich in Nichtentscheidungen äußerte“⁹³).

Man wird davon ausgehen müssen, daß polykratische und monokratische Elemente die

Politik im Nationalsozialismus bestimmten. Allerdings ist festzuhalten, daß das polykratische Chaos den Intentionen Hitlers und seinen Interessen entgegenkam: der bürokratische Dschungel als Arena für den ‚Lebenskampf‘, in dem sich der Stärkere durchsetzt.

Dies jedoch als bewußtes Kalkül Hitlers anzusehen, betont m. E. allzusehr die Stringenz und Rationalität Hitlerscher Politik. Das chaotische Durcheinander ist vielleicht nicht so sehr bewußt geschaffen, als vielmehr nicht beseitigt worden. Vielleicht ist hier Breuers These hilfreich, der betont, daß im nationalsozialistischen Deutschland „der charismatische Charakter der Bewegung für das politisch-administrative System als Ganzes strukturbestimmend“⁹⁴) wurde. Die für die Bewegungszeit „typische Struktur personeller Gefolgschaften und konkurrierenden Zuständigkeiten“ habe Hitler „auf das politisch-administrative System durchschlagen“ lassen⁹⁵).

1. Vergleichende Wertung

Der italienische Faschismus strebte die Totalisierung des Staates an: „... der Faschismus ist Schöpfer des Begriffs des totalen Staates, *lo stato totalitario*, so wenig er diesen dann realiter zu verwirklichen mochte“⁹⁶). Unter „*stato totalitario*“ verstand Mussolini einen aufs äußerste gesteigerten Staat, in dem sämtliche Individuen und gesellschaftliche Gruppen vollständig integriert wären. Der faschistischen Partei wurde eine dienende Funktion zugeordnet⁹⁷).

Für den Nationalsozialismus dagegen ist gerade die „Entstaatlichung des Staates“⁹⁸), dessen Funktionalisierung, charakteristisch. Haffner formuliert treffend: „Das Deutsche Reich mußte aufhören, Staat zu sein, um ganz Eroberungsinstrument werden zu können.“⁹⁹) Auch die Partei diene nicht dem Staat; sie entwickelte eine eigene Dynamik, die „in zunehmendem Maße zu einer Aushöhlung anstatt zu einer Steigerung der Staatlichkeit“¹⁰⁰) führte. Nicht der Staat, die Bewegung sollte totalisiert werden.

⁹¹) Karl Dietrich Bracher, Tradition und Revolution im Nationalsozialismus, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, Kronberg 1978, S. 18.

⁹²) Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 58.

⁹³) Heinrich August Winkler in: Historische Zeitschrift, 235 (1982), S. 483, der in einer Rezension die Argumentation von Hüttenberger wiedergibt.

⁹⁴) Breuer (Anm. 75), S. 29.

⁹⁵) Ebd., S. 38.

⁹⁶) Karl Dietrich Bracher (Anm. 16), S. 20.

⁹⁷) Vgl. Wolfgang Schieder (Anm. 8), S. 469.

⁹⁸) Vgl. Tilla Siegel, Thesen zur Charakterisierung faschistischer Herrschaft, in: Ästhetik und Kommunikation, 9 (1978) 32, S. 60.

⁹⁹) Sebastian Haffner (Anm. 92), S. 66.

¹⁰⁰) Wolfgang Schieder (Anm. 8), S. 469.

Der italienische Faschismus strebte zwar eine Totalisierung des Staates an, wurde aber in der Praxis durch das Fortbestehen machtvoller Rivalen (Monarchie, Aristokratie, Kirche, Armee) eingeschränkt¹⁰¹). Ihm gelang es letztlich nur in relativ bescheidenem Maße, „sich in die Substanz der vorfaschistischen Ordnung einzugravieren“¹⁰²). Im Nationalsozialismus dagegen konnten die Partei und ihre Gliederungen ihre starke Stellung ausbauen. „Die Partei befiehlt dem Staat“ hieß die Parole¹⁰³).

Auch die Stellung der Führer war unterschiedlich. Der „Duce“ gelangte nie über den Rang eines „konstitutionellen“ Diktators¹⁰⁴) hinaus. Im Nationalsozialismus dagegen gab es keine institutionalisierte Begrenzung. Auch die terroristische ‚Qualität‘ der Regime war unterschiedlich: Im italienischen Faschismus blieb sie wohl „vielfach potentiell“¹⁰⁵). Eine vergleichbar massive terroristische Einschüchterung des einzelnen und eine so „rücksichtslose Mordjustiz“ wie im Dritten Reich hat es weder in Italien noch in Japan gegeben¹⁰⁶).

Alles in allem läßt sich feststellen: „Ideologie, Massenpartei, charismatisches Führertum, Terror-, Waffen- und Propagandamonopol sowie eine disponible Wirtschaft waren durchaus Bestimmungselemente der Herrschaft Mussolinis und Hitlers, jedoch von höchst unterschiedlicher Intensität und ideologischem Rigorismus.“¹⁰⁷)

Bracher macht auf den vielleicht wichtigsten gemeinsamen Grundzug beider Systeme aufmerksam: „Der faschistische Staat war strikt zentralistisch organisiert, seine Führung hierarchisch-autoritär aufgebaut, an der Spitze stand der Duce als der totale Repräsentant der Nation: dieser pseudodemokratische Anspruch des Führerprinzips als Verwirklichung der totalen Identität von Herrschern und Beherrschten war die Grundfiktion des faschistischen wie dann auch des nationalsozialistischen Systems.“¹⁰⁸) In beiden Fällen handelte

es sich, so Erdmann, um eine Diktatur auf „plebiszitär-akklamatorische(r) Grundlage“¹⁰⁹).

Die Analyse von Herrschaftsanspruch und -system ergibt einen ähnlichen Befund wie die Analyse der außenpolitischen Zielsetzungen und die der Rassenideologie und -politik: Nationalsozialismus und italienischer Faschismus haben gemeinsame Elemente, deren Radikalisierung im Nationalsozialismus jedoch ein qualitativer Bruch bedeutet, diesen gar als singular erscheinen läßt.

2. Die Ambivalenz faschistischer und singularer Elemente

Die Diskussion der Vergleichbarkeit des Nationalsozialismus ergibt somit das Bild einer *spezifischen Ambivalenz*:

Zum einen lassen sich eine Reihe von Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten mit anderen Faschismen feststellen; zum anderen jedoch kennzeichnen den Nationalsozialismus vor allem eine Reihe spezifischer Elemente. So kommt Bracher zu dem Schluß, bei aller Vergleichbarkeit sei doch „das deutsche Phänomen des Nationalsozialismus einzigartig: die rassistische Ideologie, der globale Herrschaftsanspruch, die diktatorisch-technokratische Effizienz, die Radikalität der Herrschafts- und Vernichtungspolitik heben es weit über die ‚Faschismen‘ hinaus“¹¹⁰).

Wegen dieser Besonderheiten des Nationalsozialismus, die ihn über alle anderen Faschismen hinausheben, ist es nicht von der Hand zu weisen, daß der Nationalsozialismus in einem allgemeinen Faschismusbegriff nicht aufgeht. Der Nationalsozialismus wird durch den Begriff ‚Faschismus‘ nicht hinreichend getroffen.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß Nationalsozialismus und italienischer Faschismus wichtige gemeinsame Elemente hatten. Deren Radikalisierung im Nationalsozialismus allerdings läßt diesen als singular erscheinen. In unserem Zusammenhang sind die folgenden Ergebnisse hervorzuheben:

— Beide, Nationalsozialismus und italienischer Faschismus, trugen imperialistische Züge; deren Radikalisierung im globalen Herrschaftsanspruch des Nationalsozialismus mit dem Ziel eines rassistisch begründeten Imperiums unterscheidet diesen dennoch radikal.

¹⁰¹) Vgl. Karl Dietrich Bracher (Anm. 16), S. 23.

¹⁰²) Stefan Breuer (Anm. 75), S. 36, in Anlehnung an De Felice.

¹⁰³) Ebd., S. 37f.

¹⁰⁴) Manfred Funke (Anm. 86), S. 346.

¹⁰⁵) Jens Petersen, Zum Stand der Faschismusdiskussion in Italien. Nachwort zu: De Felice (Anm. 77), S. 131.

¹⁰⁶) Bernd Martin (Anm. 53), S. 69.

¹⁰⁷) Manfred Funke (Anm. 76), S. 346.

¹⁰⁸) Karl Dietrich Bracher (Anm. 16), S. 23.

¹⁰⁹) Karl Dietrich Erdmann (Anm. 6), S. 65.

¹¹⁰) Karl Dietrich Bracher (Anm. 16), S. 30.

— Beide trugen antisemitische Züge; beim italienischen Faschismus waren sie wohl nie zentral, deren Radikalisierung dagegen im Nationalsozialismus durch die rassenideologisch begründete Vernichtungspolitik machen diesen zu einer einzigartigen historischen Erscheinung.

— Beide waren nach ihrem Anspruch Führerdiktaturen auf „plebiszitär-akklamatorische(r) Grundlage“¹¹¹⁾; die tendenziell alles umfassende Gewalt im Nationalsozialismus hatte keine institutionelle Begrenzung.

Angesichts dieser Tatsache, daß Nationalsozialismus und italienischer Faschismus gemeinsame Grundzüge hatten, die aber im Nationalsozialismus bis hin zu einer neuen Qualität radikalisiert waren, bietet sich natürlich an, an eine Unterscheidung Ernst Noltes anzuknüpfen: Nolte unterscheidet den deutschen „Radikal-“ vom italienischen „Normalfaschismus“¹¹²⁾. Er meint, daß ein Begriff wie „Radikalfaschismus“ vollkommen ausreiche, um die Differenz zwischen deutschem und italienischem Faschismus zu fassen oder zu verdeutlichen¹¹³⁾. Für diese Bezeichnung spreche vor allem die Tatsache, daß sich gerade der Nationalsozialismus in besonders radikaler Weise gegen die „Emanzipation im Ganzen“¹¹⁴⁾ gewandt und dabei in weit größerem Maße als die anderen „normalfaschistischen“ Bewegungen und Regime Terror eingesetzt und die politische und soziale Ordnung verändert habe¹¹⁵⁾.

¹¹¹⁾ Karl Dietrich Erdmann (Anm. 6), S. 65.

¹¹²⁾ Ernst Nolte (Anm. 34), S. 507 ff.

¹¹³⁾ Vgl. Ernst Nolte in: Totalitarismus und Faschismus (Anm. 5), S. 77.

¹¹⁴⁾ Ernst Nolte (Anm. 34), S. 507.

¹¹⁵⁾ Vgl. Hans Ulrich Thamer/Wolfgang Wippermann (Anm. 55), S. 247.

Allerdings scheint mir auch die Bezeichnung „Radikalfaschismus“ problematisch zu sein, wenn sie zur allgemeinen Bestimmung des Nationalsozialismus dienen soll. Der Nationalsozialismus ist zwar *auch*, aber *nicht nur* Faschismus. Die rassenideologisch begründete bürokratisierte und systematische Vernichtungspolitik macht ihn zu einem einzigartigen historischen Phänomen. Der Holocaust wird durch keinen Faschismus-Begriff gedeckt. Dennoch hat dieser als heuristisches Instrument seine Berechtigung.

Am treffendsten erscheint mir der Vorschlag von Kielmannsegg¹¹⁶⁾ zu sein, den Nationalsozialismus im Sinne einer weiteren Ambivalenz zugleich eine Ausprägung des Faschismus und als etwas anderes, mehr als alle anderen Faschismen zu nennen. Mit dieser Formel läßt sich der Nationalsozialismus im historischen Zusammenhang der faschistischen Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg beschreiben, ohne daß seine spezifischen Züge in ihrer Bedeutung unterschätzt werden.

Der Nationalsozialismus ist zwar „deutscher Faschismus“, aber er ist als solcher nicht hinreichend beschrieben. Er ist mehr als das. Er trägt singuläre Züge. Darum sollte er im Sinne einer spezifischen Ambivalenz als eine Ausprägung des Faschismus und zugleich als etwas anderes, mehr als dies gesehen werden. Er trägt faschistische Züge, die er doch zerbricht¹¹⁷⁾.

Sein „Wesen“ aber offenbarte er erst im Holocaust.

¹¹⁶⁾ Vgl. Karl Dietrich Bracher (Anm. 16), S. 32.

¹¹⁷⁾ In Anlehnung an eine Formulierung von Thomas Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, 227 (1978), S. 99.

Hans-Adolf Jacobsen: Zur Lage der Nation: Deutschland im Mai 1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/85, S. 3—22

Was bedeutet der Mai 1945 für die Deutschen und Deutschland wirklich? Lassen sich heute gesicherte Aussagen über die historische Einordnung dieses Ereignisses und damit des Epochencharakters machen? Zur Klärung dieser Frage bedarf es als erstes einer Darstellung der unterschiedlichen Erfahrungsebenen. Dabei sind subjektives Erleben und Empfinden von dem Versuch einer objektiven historischen Gesamtbewertung zu unterscheiden. Wie immer der einzelne das Jahr 1945 auch heute im Rückblick — verklärt oder nicht — in seiner Erinnerung bewahrt haben mag: jeder hat die Tage des Umbruchs damals anders erlebt, je nachdem, ob er zu den Unterdrückern oder Unterdrückten, zur Heimat oder zur kämpfenden Front in Uniform gezählt hat, ob er bei der Marine, der Luftwaffe oder im Heer gefordert war oder aber, ob er die Ereignisse im Osten bzw. im Westen miterlebt hat. Erst wenn diese Unterschiede geklärt worden sind, kann Bilanz gezogen und die Wendemarke von 1945 in ihrer Bedeutung für Deutschland und die Deutschen besser beurteilt werden.

Darüber hinaus kann der Krieg selbst nicht allein mit der Kategorie von Hegemonialkriegen verglichen werden, die den Gang der letzten Jahrhunderte bestimmt haben. Vielmehr hat es sich von 1939 bis 1945 um einen totalen, weltweiten Konflikt gehandelt, in dem verschiedene Staaten — z. T. regional begrenzte — neue Ordnungsprinzipien durchsetzen wollten, alte Ordnungsmächte um die Behauptung des Status quo, ihrer Lebensordnung, ihrer Wirtschafts- und Wertvorstellungen kämpften, jüngere farbige Völker in Asien und Afrika diesen Waffengang nutzten, ihre alten Bande und Fesseln abzustreifen, und der Sowjetkommunismus sein Herrschaftssystem Teilen der Welt zu oktroyieren verstand.

Auf Grund der ideologischen Spaltung in Ost und West wurde die Welt schon bald nicht mehr einheitlich interpretiert. Deutschland wurde geteilt und die souverän gewordenen Staaten Bundesrepublik Deutschland und DDR in die jeweiligen Machtsphären integriert.

Albrecht Tyrell: Die deutschlandpolitischen Hauptziele der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/85, S. 23—39

Hauptkriegsziel der Mächte der Anti-Hitler-Koalition in Europa war die „vollständige Niederlage Deutschlands“. Die „bedingungslose Kapitulation“ sollte ihnen volle Handlungsfreiheit für die Eingriffe sichern, durch die Deutschland dauerhaft entmachtet und als Friedensrisiko ausgeschaltet werden sollte. Bemühungen, diesen Rahmen noch während des Krieges durch Vereinbarungen über die Inhalte einer gemeinsamen Deutschlandpolitik auszufüllen, blieben weitgehend fruchtlos, und dies nicht nur, weil die Zielvorstellungen erheblich voneinander abwichen. Die Briten vermochten es nicht, ihre Grundkonzeption — die Wiedereingliederung eines durch maßvolle politische und wirtschaftliche Eingriffe geschwächten Deutschland in das politische Leben Europas — vor Kriegsende zu einem konkreten Deutschlandprogramm zu verdichten. In Washington blockierten seit Morgenthaus Auftreten im August 1944 der deutschlandpolitische Grundsatzkonflikt zwischen Außen-, Finanz- und Kriegsministerium und die Vertagungspolitik des Präsidenten Roosevelt klare Entscheidungen. Die Provisorische Französische Regierung brachte ihre noch nicht näher spezifizierte Hauptforderung nach einem Sonderstatus für das Rhein-Ruhr-Gebiet vor Kriegsende niemals offiziell in den interalliierten Verhandlungsprozeß ein. Am eindeutigsten war noch das Programm, das die Sowjetregierung in Jalta präsentierte: eine politisch-wirtschaftliche Doppelsicherung aus staatlicher Teilung einerseits und wirtschaftlicher Schwächung andererseits, ergänzt durch eine innere Umgestaltung in antifaschistisch-demokratischem Sinne.

Roland Schmidt: Nationalsozialismus — ein deutscher Faschismus?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/85, S. 41—53

Gegenstand des Beitrages ist die Diskussion darüber, in welchem Maße der Nationalsozialismus ein Teil oder eine besondere Ausprägung eines allgemeinen europäischen Faschismus gewesen ist. Nachdem die Herkunft und die Entwicklung des Begriffes „Faschismus“ umrissen sind, wird die Geschichte der Begriffskontroverse in ihren Phasen in groben Strichen skizziert.

Schließlich wird der Frage der Vergleichbarkeit des Nationalsozialismus nachgegangen. Ausgehend von der Überlegung, daß ein übergreifender Faschismusbegriff nur dann legitim und sinnvoll ist, wenn er Gemeinsamkeiten seiner beiden wichtigsten Fälle — Italien und Deutschland — abbildet, werden erstens kurz deren weitgehend unbestrittenen Ähnlichkeiten zusammengestellt. Zweitens jedoch hat der Nationalsozialismus ganz spezifische Elemente, die ihn zu einem singulären Phänomen machen: a) der globale Herrschaftsanspruch, b) die Rassenideologie und der daraus abgeleitete Holocaust und c) die Rolle des Staates und das Führerprinzip.

Es ergibt sich das Bild einer spezifischen Ambivalenz: Der Nationalsozialismus ist zwar auch, aber nicht nur Faschismus. Der Holocaust wird durch keinen Faschismus-Begriff gedeckt. Dennoch hat dieser Begriff als heuristisches Instrument seine Berechtigung. Der Nationalsozialismus ist zwar ein „deutscher Faschismus“, aber er ist als solcher nicht hinreichend beschrieben. Er ist mehr als das; er trägt singuläre Züge. Darum sollte er als eine Ausprägung des Faschismus und zugleich als etwas anderes, mehr als dies gesehen werden: Sein „Wesen“ offenbart er erst im Holocaust.